



BAYERISCHE Gemeindezeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | FACHBEREICHEN | TECHNİK | PRAXIS

Vormerken!
9. März
2017

Bayerischer Landkreistag:

Positionspapier zur Bundestagswahl

Anlässlich der diesjährigen Bundestagswahl beabsichtigt der Deutsche Landkreistag, Bundestag und Bundesregierung einen Forderungskatalog vorzulegen. Die Landräte im Freistaat haben dies zum Anlass genommen, Bedürfnisse der bayerischen Kommunen in wichtigen Themenfeldern zu formulieren. Ergebnis ist ein wirtschaftliches Positionspapier.

Den Schwerpunkt bildet die gleichwertige Entwicklung im ländlichen Raum. „Wir brauchen eine zeitgemäße Förderung, die den Fokus auf die tatsächlichen heutigen Erfordernisse des ländlichen Raums legen. Unsere bayerischen Landkreise sind nicht nur lebens- und liebenswert, sie entwickeln sich zunehmend zur Quelle und zum Rückhalt der wirtschaftlichen Entwicklung. Leider geschieht das nicht überall mit gleicher Geschwindigkeit. Für das Ziel der gleichwertigen Lebensverhältnisse in allen Landesteilen gibt es daher noch einiges zu tun“, verdeutlicht Landrat Christian Bernreiter (Deggendorf), Präsident des Bayerischen Landkreistags.

Konkret plädiert der Verband dafür, den Landkreisen einen wesentlich höheren Entscheidungsspielraum in kommunalen Angelegenheiten einzuräumen. Nur so

könne besser auf die Belange der Menschen vor Ort eingegangen werden. Kommunen sollten daher selbstständig über regionale Entwicklungsbudgets verfügen können.

Zur weiteren Stärkung des ländlichen Raums befürwortet der Bayerische Landkreistag den Ausbau, die Strukturierung sowie die Initiativenbündelung der Bundesförderprogramme. Neben einer Erhöhung der finanziellen Mittel sollte die Gemeinschaftsaufgabe „Agrarschutz und Küstenschutz“ neu ausgerichtet werden.

Leistungsfähige Kommunen

Leistungsfähige Kommunen benötigen ausreichend finanzielle Mittel, weshalb nach Überzeugung des Bayerischen Landkreistags die strenge Umsetzung des Konnexitätsprinzips auf allen staatlichen Ebenen eine zentrale Rolle spielt. Der Bund dürfe keine Normen setzen, die die Kommunen zu höheren Ausgaben zwingen und diese dann nicht ersetzen.

Um auch künftig die Attraktivität der Regionen als Wohn-, Arbeits- oder Unternehmensstandort aufrechterhalten zu können, spielen laut Kommunalverband Mobilität, Logistik und Erreichbarkeit eine zentrale Rolle. Eine Schlüsselrolle komme dabei dem Beschreiten „neuer Wege“ zu. Intelligente, über Branchen- und Firmengrenzen hinweg gedachte Lösungen öffneten Türen zu neuen, effizienten Ansätzen. Das Potenzial liege in der Automatisierung und der Bündelung von Diensten. Der Schlüssel dazu sei in der IT zu finden.

„Die Förderpolitik muss ihren Fokus von Smart Cities auf Smart Country ausweiten“, heißt es weiter. Vom Bund erwarteten die Kommunen eine offene innovationsfördernde Haltung sowie die Schaffung investitionsfreundlicher Voraussetzungen für Unternehmen.



Einladung der GZ: 2. Bayerisches InfrastrukturForum

Die kommunale Infrastruktur im Freistaat steht vor sehr großen finanziellen, technischen und rechtlichen Herausforderungen. Insbesondere Schwerpunkte wie Kommunaler Hoch- und Tiefbau, Verkehrs- und Leitungsinfrastruktur sowie so genannte weiche Standortfaktoren und deren günstigste Finanzierung müssen beleuchtet werden. Letztlich ist es Aufgabe der kommunalen Entscheidungsträger, hierfür die jeweils optimale Lösung zu finden und damit zur Stärkung der eigenen Region und des Wirtschaftsstandortes Bayern allgemein beizutragen.

Auf dem 2. Bayerischen InfrastrukturForum am 9. März 2017 finden die verantwortlichen Repräsentanten aus Bayerns Gemeinden, Städten, Landkreisen und Bezirken die exakt auf ihren Bedarf zugeschnittenen Lösungsangebote. Hochkarätige Referenten diskutieren mit den Gästen ihre jeweiligen Fachgebiete.

Die Tagung findet in den Räumen des Bayerischen Bauindustrieverbandes e.V. in der Landeshauptstadt München statt. Weitere Infos unter www.bayerisches-infrastrukturforum.de Wir freuen uns auf Ihre Anmeldung.

Ein Lösungsansatz für eine attraktive ländliche Mobilität liege in der Entwicklung neuer Bündelungsstrategien und dem konsequenten Einsatz von Automatisierung. Ein Beispiel seien kombinierte Personen- und Gütertransportlösungen. Für den kombinierten Transport von Gütern müsse flächendeckend eine rechtliche Basis geschaffen werden. „Die Politik muss offene, branchen- und firmenübergreifende Standards schaffen, die auch kleinen, regionalen Unternehmen und Kommunen selbst Zugang zu den Mobilitäts- und Logistikkonzepten der Zukunft bieten“, so der Bayerische Landkreistag.

Sicherung der Mobilität

Als „unabdingbar“ bezeichnet es der Kommunalverband zudem, dass die zur Sicherung der Mobilität im öffentlichen Personennahverkehr notwendige finanzielle Absicherung durch Bundesmittel gestärkt wird. Neben dem Ausbau des Verkehrsnetzes gelte es auch in dünn besiedelten Regionen, Straßen instand zu halten und das Bus- und Bahnnetz attraktiv und vor allem bedarfsgerecht aufrechtzuerhalten. Vor allem müsse es auch in der Fläche möglich sein, ohne Auto über den öffentlichen Personennahverkehr mobil zu sein.

Vom Bund erwartet der Bayerische Landkreistag, im Rahmen einer Reform des Personenbeförderungsrechts weitere Erleichterungen zur Einbeziehung alternativer Bedienformen in den ÖPNV zu prüfen. Die Steuerung durch den zuständigen ÖPNV-Aufgabenträger sei dabei sicherzustellen, „um eine nachteilige Konkurrenzierung des öffentlich finan-

zierten Verkehrs durch zusätzliche Mobilitätsangebote zu vermeiden“.

Vernetzung erweitern

In erster Linie gehe es darum, wie die Vernetzungen erweitert und die Angebote rechtlich, finanziell und organisatorisch gefördert werden können. „Messlatte ist, ob alternative Angebote (Fortsetzung auf Seite 4)

5. Kommunalforum Alpenraum 2017:

Gemeinsam statt einsam

Vielfältige Möglichkeiten kommunaler Zusammenarbeit beleuchten Experten am 16. März beim 5. Kommunalforum Alpenraum im Lindner-Innovationszentrum in Kundl. In einer Talkrunde werden Spitzenvertreter der Gemeindeverbände aus Bayern, Tirol und Südtirol zum Tagungsthema Stellung nehmen.

Aktuelle Herausforderungen können Kommunen im Alpenraum nicht länger als Einzelkämpfer meistern. Kreative Zusammenarbeit – gerade auch über Ländergrenzen hinweg – ist angesagt. Nach der Begrüßung durch den Hausherrn, Mag. Hermann Lindner, wird Tirols Landesrat Johannes Tratter in das Thema der grenzüberschreitenden Tagung einführen.

Kooperationen planen

Die anschließende Keynote spricht Professor Dr. Peter Filzmaier vom Institut für Strategieanalysen (ISA) in Wien. Der Wissenschaftler wird unter anderem aufzeigen, wie eine Kooperation

von Gemeinden langfristig geplant werden kann – und wo es Gemeinsamkeiten oder Widersprüche gibt.

Im zweiten Vortrag stehen erfolgreiche Wege in der Daseinsvorsorge im Mittelpunkt. Gerlinde Rogatsch (Humanocare) erörtert private Partnerschaften im Gesundheits- und Sozialbereich. Nach den folgenden Thementischen diskutieren Spitzenvertreter der Gemeindeverbände darüber, wie die Gemeinden effizienter zusammenarbeiten können.

Für die Vertreter bayerischer Kommunen ist die Teilnahme erneut kostenlos.

Information und Anmeldung: <http://www.kommunalforum-alpenraum.eu>

Neues von Sabina

Immer wieder werden in jüngster Zeit große Infrastrukturvorhaben gestoppt. Oft werden dabei Umweltaspekte ins Feld geführt. Dem Bürgermeister ist aber auch die faire Abwägung zwischen Entwicklung und Erstarrung wichtig. Seite 15

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die Bayerische Gemeindezeitung als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Postvertriebsstück - Gebühr bezahlt - B 1578
Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH,
Postfach 825, 82533 Geretsried

Sie lesen in dieser Ausgabe

Breitband: „Einzigartige Erfolgsgeschichte“	Seite 2
Autobahnen: Verkehrsbelastung steigt weiter	2
GZ-Kolumne Stefan Rößle: Umweltschutz beginnt im Kleinen	3
Gute Finanzierungsbedingungen für Mittelstand erhalten	3
Flüchtlingsintegration passiert vor Ort	3
Partizipationsstudie der HSS: Modellland Bayern	4
GZ-Fachthemen: EDV · IT · Digitalisierung	5-13
Kommunikation	13
Aus den bayerischen Kommunen	14-16

Kommunalforum Alpenraum

Kommunalforum Alpenraum 2017

Gemeinsam besser.

16. März 2017, Lindner Innovationszentrum Kundl

Lindner **DAKA** **iKB**

Österreichischer Gemeindebund **Südtiroler Gemeindeverbund** **FORUM LAND**

Gemeindezeitung **BAUHOF ONLINE.DE** **BAYERISCHER GEMEINDETAG**

Anmeldung unter: www.kommunalforum-alpenraum.eu

Jetzt Testfahren!
UNITRAC
112 **LEITRAC**

Bayerischer Gemeindetag:

Klare Zeichen setzen

Damit dringend benötigtes Bauland mobilisiert werden kann, appellieren Bayerns Städte und Gemeinden an die Bayerische Staatsregierung und die Bundesregierung, intensiv über die Einführung einer sog. Baulandsteuer nachzudenken. Damit könnte aus ihrer Sicht möglicherweise der weitverbreiteten Spekulation auf brachliegende Grundstücke, deren späterer Verkauf höhere Gewinne verspricht, begegnet werden.

Mit Hochdruck weisen die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister im Freistaat derzeit Bauland aus. Im Anschluss stellen sie jedoch häufig frustriert fest, dass vom neugeschaffenen Baurecht kein Gebrauch gemacht wird. Vor dem Hintergrund steigenden Zugzugs nach Bayern und des immensen Bedarfs an zusätzlichem Wohnraum bezeichnete Gemeindegatspräsident Dr. Uwe Brandl es als „unerträglich, dass zahlreiche bebaubare Grundstücke nur deswegen brachliegen, weil sich ihre Eigentümer durch einen späteren Verkauf höhere Gewinne versprechen“.

Da sich das im Baurecht verankerte Baugebot in der Praxis als ineffizient und schwer durchsetzbar erwiesen hat, rief Brandl Bund und Freistaat dazu auf, darüber nachzudenken, ob nicht die in der alten Bundesrepublik Anfang der 1960er Jahre bestehende Grundsteuer C, eine sog. Baulandsteuer, wieder eingeführt werden könnte. Seiner Meinung nach ist es „unverständlich, dass diese Idee vor geraumer Zeit vom Bundesrat verworfen wurde. Wir brauchen dringend Wohnungen für unsere Bevölkerung. Neben vielen anderen denkbaren Anreizen für den Wohnungsbau sollte auch eine solche Steuer in die Erwägungen einbezogen werden. Wer für brachliegendes, aber bebaubares Land Steuer zahlen

muss, wird es sich gut überlegen, ob ein weiteres Zuwarten wirtschaftlich sinnvoll ist.“

Der Bayerische Gemeindetag setzt sich zudem für eine härtere Bestrafung von Angriffen auf Feuerwehrleute, Rettungsdienstmitarbeiter und Polizeibeamte ein. Vor dem Hintergrund des Bundeskabinetts-Beschlusses, den Strafrahmen für entsprechende Straftaten anzuhängen, appellierte Verbandschef Brandl an die Richter, künftig über deutlich höhere Strafen ein klares Zeichen zu setzen.

Stopschild gegen Gewalt

Feuerwehrleute, Sanitäter und Polizisten werden nach seiner Überzeugung immer mehr zur Zielscheibe durchgeknallter Zeitgenossen, sensationslüsterner Gaffer und unbelehrbarer Gegner des Gemeinwesens. Wer anderen von Berufs wegen oder – wie die Mitglieder Freiwilliger Feuerwehren – ehrenamtlich Hilfe leistet, habe die uneingeschränkte Solidarität und Anerkennung der Gesellschaft verdient. Von anderen beleidigt oder gar tätlich angegriffen zu werden, sei nicht hinnehmbar. Den Straftätern müsse der Rechtsstaat mit der vollen Härte des Gesetzes „ein Stopschild entgegenzusetzen“.

Die Gerichte sollten den Strafrahmen konsequent ausschöpfen und es nicht bei symbolischen

Disziplinarmaßnahmen belassen. Staatsanwälte wiederum sollten entsprechende Ermittlungsverfahren nicht mit dem Hinweis auf Überlastung oder mangelndem öffentlichen Interesse an der Strafverfolgung einstellen. Andernfalls würde Brandl zufolge die Motivation der Helfer massiv leiden und der allgemeinen Erosion des Rechtsbewusstseins Vorschub geleistet.

Verfahrensbeschleunigung

Begrüßt wird vom Bayerischen Gemeindetag darüber hinaus die in Berlin erzielte Einigung zum Umgang mit Flüchtlingen ohne Asylanspruch. Wie Präsident Brandl erläuterte, „ist die Beschleunigung der Ausreise von Flüchtlingen, deren Asylantrag nicht anerkannt wurde, dringend erforderlich. Gemeinden und Städte brauchen unbedingt Entlastung, um sich um die wirklich schutzbedürftigen Flüchtlinge kümmern zu

Breitband-Förderprogramm:

„Einzigartige Erfolgsgeschichte“

Opposition: Schnellere Umsetzung im ganzen Land

Der Breitbandausbau in Bayern bleibt ein zentrales Thema der Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik sowie der Landesentwicklung und hat erneut den Landtag beschäftigt. Auf Vorschlag der Freien Wähler fand in der Plenarsitzung eine Aktuelle Stunde unter dem Titel „Der langsame Ausbau des schnellen Internets“ statt.

Thorsten Glauber, wirtschaftspolitischer Sprecher der Freien Wähler forderte von der Staatsregierung ein kraftvolles Breitband-Förderprogramm sowie einen deutlich schnelleren Fortschritt. Die finanzielle Reserve dafür sei im Haushalt vorhanden. Es gehe dabei vor allem um die Unterstützung der mittelständischen Unternehmen, die das Rückgrat der bayerischen Wirtschaft sind. Außerdem müsse mit den Gemeinden im ländlichen Raum anders umgegangen werden als mit den Ballungszentren.

Noch Handlungsbedarf

Annette Karl (SPD) verwies auf das von ihrer Fraktion bereits in 2006 vorgelegte Breitband-Förderprogramm. Das erst zwei Jahre später von der Staatsregierung vorgelegte Förderprogramm habe einen Richtungswechsel nach sich gezogen und tue der Gesellschaft gut. Zwar gebe es in den Städten keine Probleme, jedoch müsse man im ländlichen Raum weiter vorankommen. Hinsichtlich des Mobilfunks sei ein flächendeckendes Netz sowie der Aufbau mehrerer Mobilfunkmasten erforderlich. Karl forderte gemeinsames Handeln für schnellere Netze und einen schnelleren Umgang der Menschen mit den Technologien.

Gleichwertige Verhältnisse

Markus Ganserer (Grüne) bemängelte, die CSU betriebe den schnellen Ausbau des langsamen Internets. Mittels der Digitalisierung könne man gleichwertige Verhältnisse in Bayern schaffen, der Breitbandausbau sei Grundvoraussetzung hierfür. Ganserer forderte Breitbandanschlüsse mit 30 Mbits im ganzen Freistaat.

Daueraufgabe

CSU-Generalsekretär und medienpolitischer Sprecher Markus Blume wies die Kritik der Opposition zurück. Das Förderprogramm des Freistaats sei einzigartig. 1.416 Kommunen hätten inzwischen einen Förderbescheid erhalten und über eine halbe Mil-

können. Es ist nicht weiter hinnehmbar, dass abgelehnte Asylbewerber weiterhin Monate oder gar Jahre im Land verbleiben und Kräfte binden, die für die wirklich Schutzbedürftigen aufgewendet werden sollen.“

Nach Brandls Worten ist es sinnvoll, dass der Bund die Ausreise zentral organisiert. Davon versprechen sich Gemeinden, Städte und Länder gleichermaßen eine Entlastung. Der bereits beschlossene Aufbau eines gemeinsamen Zentrums zur Unterstützung der Rückkehr zwischen Bund und Ländern sei dazu ein erster guter Schritt. Der Verbandschef äußerte Zweifel, ob die Rückführung von mehreren hunderttausend abgelehnten Asylbewerbern in diesem Jahr noch zu schaffen sei. Er bezeichnete es als Skandal, dass viele Staaten unwahrscheinlich hohe Hürden aufbauten, um die Rückkehr ihrer eigenen Bürger zu verhindern. Die Bundesregierung müsse hier viel druckvoller auftreten. In der bundesdeutschen Bevölkerung entstehe sonst immer mehr der Eindruck, dass der deutsche Rechtsstaat machtlos ist und dem Problem nicht mehr Herr wird. **DK**

Autobahnen:

Verkehrsbelastung steigt weiter

Innenminister Herrmann will bedarfsgerechte Entwicklung

Die Verkehrsbelastung auf Deutschlands Autobahnen nimmt weiter deutlich zu. Dies bestätigen die jüngst veröffentlichten Ergebnisse der Straßenverkehrszählung für 2015.

In Bayern ist der am stärksten belastete Streckenabschnitt die Autobahn A9 zwischen der Anschlussstelle Garching Süd und dem Autobahnkreuz München Nord, wo inzwischen täglich im Durchschnitt mehr als 153.000 Kraftfahrzeuge verkehren. Der Abschnitt mit der höchsten Schwerverkehrsbelastung liegt auf der A6 zwischen der Anschlussstelle Waidhaus und der Bundesgrenze zu Tschechien mit 14.200 Fahrzeugen täglich. Für Innen- und Verkehrsminister Joachim Herrmann ist dies ein klares Signal, die bereits eingeschlagene Strategie einer bedarfsgerechten Weiterentwicklung der Autobahnen konsequent fortzuführen.

Dauerzählstellen

Zur Ermittlung der Verkehrsentwicklung auf den Bundesfern- und Landesstraßen führt die Bundesanstalt für Straßenwesen neben den ständigen Erhebungen an verschiedenen Dauerzählstellen alle fünf Jahre auch die Zählung des Straßenverkehrs im Gesamtnetz

durch. Diese Untersuchung liefert Ergebnisse, die wesentliche Grundlage der Straßenplanung und der Planung verkehrsbeeinflussender Einrichtungen sowie für Sicherheitsanalysen und Emissionsberechnungen sind. Demnach ist die Verkehrsbelastung auf Autobahnen in 2015 gegenüber 2010 bundesweit um ca. acht Prozent gestiegen. Der in Deutschland am stärksten befahrene Autobahnabschnitt liegt auf der A3 zwischen dem Kreuz Köln-Ost und dem Dreieck Köln-Heumar, wo täglich im Durchschnitt mehr als 170.000 Kraftfahrzeuge verkehren.

Für den bayerischen Verkehrsminister sind die vorliegenden Ergebnisse auch die Bestätigung dafür, die Weiterentwicklung der Bundes- und Landesstraßen künftig in gleicher Weise wie die der Autobahnen voranzutreiben. Der Freistaat werde die vom Bund bereitgestellten Mittel entsprechend den Erfordernissen in die Erhaltung, den Um- und Ausbau der Straßen sowie in Neubaumaßnahmen zielgerichtet investieren, erklärte Herrmann. **rm**

EuGH plädiert für humanitäre Visa

Die Botschaften der EU-Länder müssen bedrohten Flüchtlingen in Zukunft womöglich weltweit humanitäre Visa ausstellen, damit sie in der EU Asyl beantragen können.

Dafür plädierte der einflussreiche Generalanwalt des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) Paolo Mengozzi jüngst in Luxemburg. Mengozzi zufolge sind EU-Mitgliedstaaten verpflichtet, Visa für die Beantragung von Asyl zu erteilen, wenn den Betroffenen ansonsten „Folter“ oder eine anderen unmenschliche Behandlung drohen.

Im Ausgangsfall hatte eine syrische Familie christlichen Glaubens mit drei Kindern aus Aleppo in der belgischen Botschaft im Libanon Visa mit beschränkter Gültigkeit nach dem sogenannten EU-Visakodex beantragt, um dann in Belgien einen Asylantrag stellen zu können.

Lebensgefährliche Flucht

Mengozzi verwies in den Schlussanträgen deutlich darauf, dass von Folter und Verfolgung betroffen Menschen wie die syrische christliche Familie im vorliegenden Fall keine Flucht über das Mittelmeer zugemutet werden könne. Dies sei „lebensgefährlich“.

Ein Visum für einen Asylantrag zu erteilen, sei dann „der letzte Weg“ für die Betroffenen, um an ihr Grundrecht zu kommen. Überdies könne „nicht geleugnet werden“, dass der Familie in der EU Schutz gewährt worden wäre, wenn sie die Hindernisse einer illegalen Reise überwunden hätte, heißt es in den Schlussanträgen.

Das Urteil wird in einigen Monaten erwartet. Die Schlussanträge des Generalanwalts sind nicht bindend. Sollte der EuGH sie übernehmen, was zumeist der Fall ist, hätte das womöglich weitreichende Konsequenzen für die Asyl- und Flüchtlingspolitik der EU.

Der Familienvater hatte in der belgischen Botschaft angegeben, er sei in Syrien von einer bewaffneten Gruppe entführt und gefoltert worden, bis er gegen Löse-

geld frei kam. Die Familie aus Aleppo befürchtete zudem Verfolgung wegen ihres christlich-orthodoxen Glaubens.

Die belgischen Behörden lehnten dann aber im vergangenen Oktober die Visaanträge ab. Zur Begründung hieß es, die EU-Mitgliedstaaten seien nicht verpflichtet, alle Personen aufzunehmen, „die eine katastrophale Situation erleben“.

Visakodex

Auf die Klage der Familie legte ein belgisches Gericht dann den Fall dem EuGH vor und bat um Auslegung des Visakodex sowie der Artikel zum Asylrecht und Folterverbot der Europäischen Grundrechtecharta.

Mengozzi zufolge sind EU-Staaten in solchen Fällen eindeutig verpflichtet, die in der Charta garantierten Grundrechte zu wahren und ein humanitäres Visum auszustellen. Dies gelte unabhängig davon, ob zwischen den Antragstellern und dem ersuchten Mitgliedstaat Verbindungen bestehen.

Für den Generalanwalt steht fest, dass die Familie in Syrien zumindest „der tatsächlichen Gefahr einer unmenschlichen Behandlung von extremer Schwere ausgesetzt“ war, die eindeutig unter das Verbot der Grundrechtecharta fällt.

Vor allem wegen der „Informationen, die über die Lage in Syrien verfügbar sind“, durfte der belgische Staat nicht davon ausgehen, er müsse seinen Verpflichtung aus der Charta zu Schutz von Menschen vor Folter oder unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung nicht nachkommen.

Dies gelte vor allem, weil die Familie keine Fluchtalternative habe. Bei einem Aufenthalt im Libanon drohe ihr die Abschiebung nach Syrien. An Schleuser, die von der EU bekämpft würden, könne sie auch nicht verwiesen werden. **□**

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Hans Koch
92281 Königstein
am 5.3.

Bürgermeister Kaspar Vogl
94143 Grainet
8.3.

Bürgermeister Hilmar Müller
91623 Sachsen b. Ansbach
am 16.2.

Bürgermeister Bernhard Kraus
92355 Velburg
am 16.2.

Landrat Georg Grabner
83435 Bad Reichenhall
am 19.2.

Bürgermeister Otto Dümig
97849 Roden
am 20.2.

Bürgermeister Georg Förster
91054 Buckendorf
am 22.2.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Ludwig Fischer
93485 Rimbach
am 3.3.

Bürgermeister Klaus Homann
96114 Hirschaid
am 6.3.

Bürgermeister Max Niedermeier
94481 Grafenau
am 7.3.

Bürgermeister Johann Thiel
93092 Barbing
am 8.3.

Bürgermeister Günter Kopp
95508 Kulmain
am 8.3.

Bürgermeister Johann Eichler
85653 Aying
am 24.2.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Manfred Hauser
87662 Kalental
am 4.3.

Bürgermeister Karl-Kolb
86754 Megesheim
7.3.

Bürgermeister Peter Klinger
96367 Tschirn
am 16.2.

Bürgermeister Georg Hofer
94094 Malching
am 17.2.

Bürgermeister Peter Geiser
95197 Schauenstein
am 24.2.

Bürgermeister Hans Prechtl
92551 Stulln
am 24.2.

Bürgermeister Edmund Roider
93483 Pöising
am 27.2.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Hans-Jürgen Strehl
92265 Edelfeld
am 4.3.

Bürgermeister Josef Oswald
85625 Glonn
am 8.3.

Bürgermeister Benedikt Berchtold
86928 Hofstetten
am 18.2.

Bürgermeister Christian Müllinger
84335 Mitterskirchen
am 23.2.

Bürgermeister Ulrich Pfanner
88175 Scheidegg
am 24.2.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Martin Link
97640 Stockheim
am 21.2.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin Simone Kirschner
95500 Heinersreuth
am 20.2.

ZUM 35. GEBURTSTAG

Bürgermeister Martin Mittag
96145 Seßlach
am 3.3.

Hinweis in eigener Sache:

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Flüchtlingsintegration passiert vor Ort

Praxisbeispiele aus bayerischen Städten – Teil 2

Integration kostet Zeit und braucht ausreichende Ressourcen, betonte der Deutsche Städtetag in Berlin bei der Präsentation der Broschüre „Flüchtlinge vor Ort in die Gesellschaft integrieren – Anforderungen für Kommunen und Lösungsansätze“. Begleitend zur Publikation hat der Kommunalverband eine Reihe von Beispielen, darunter eine Vielzahl aus Bayern, veröffentlicht. Die Liste wird ständig erweitert.

Beispiel Gräfelfing: Das „Gräfelfinger Leben“ ist ein neues Bürgerjournal der Gemeinde mit buntem Info-Mix. Im Mittelpunkt der ersten Ausgabe steht unter anderem die Situation der Flüchtlinge und Ankunft im Alltag. Dabei geht es um die Themen Schule und Bildung, Arbeitsmarktintegration, Sprachunterricht und Freizeit. Vorgestellt werden auch ehrenamtliche Initiativen und Unternehmen, die dazu beitragen, dass Integration gelingt. Der Themenmix aus den Bereichen Kultur, Vereine, Bauprojekte, Umwelt oder Soziales stellt die Menschen in den Vordergrund.

Beispiel Bayreuth: Ausbildung und Arbeit sind zentrale Bestandteile der Integration. Doch einem Berufsstart stehen trotz hoher Motivation oft noch unzureichende Sprachkenntnisse und Qualifikationen entgegen. Mit einer schrittweisen Annäherung zwischen verschiedenen Welten und dem Ziel eines Ausbildungsplatzes bietet die Kooperation der Stadt Bayreuth mit der Technischen Berufsbildung Bayreuth GmbH (TBB) und der Firma Schlaeger Kunststofftechnik GmbH geflüchteten Jugendliche einen gestuften Ausbildungszugang.

Einzelgespräche

Um zu sehen, wer an einer Ausbildung zum Verfahrensmechaniker interessiert ist und auch dafür geeignet ist, finden zunächst Einzelgespräche zwischen den Jugendlichen, dem Berufsschullehrer und den Betreuern der VHS statt. Rund 20 Kandidaten werden dann zur TBB eingeladen, wo sie einen Einstellungstest in deutscher Sprache absolvieren und sich in den Werkstätten informieren.

Wer diese ersten Schritte erfolgreich absolviert, erhält die Möglichkeit auf einwöchige Praktika bei der TBB. Wer auch dort motiviert mitarbeitet, bekommt eine Chance für mehmonatige Praktika bei der Firma Schlaeger. Auch in weiteren Verbundfirmen der TBB sollen künftig über dieses Modell Praktika angeboten werden.

Das Netzwerk hinter diesem Projekt ist groß: Neben den Ausbildungsleitern sind die Berufsschulen, die Volkshochschule sowie Vertreter der Kammern, der Wirtschaftsförderung der Stadt und die Arbeitsagentur mit an Bord.

Baum der Integration

Darüber hinaus hat die Stadt Bayreuth auf dem Gelände der Landesgartenschau einen Baum der Integration als Platz für künftige interkulturelle Veranstaltungen und Treffen gepflanzt. Dort ließ das Bayreuther Kunstmuseum mit einer Kunstaktion viele neu nach Bayreuth gekommene Menschen mit ihren Namen und Herkunftsländern sichtbar werden. Das Hinweisschild am Integrationsbaum wurde von der Metallbauerklasse und Flüchtlingsklasse der Berufsschule I gemeinsam im Rahmen des „kompetenzorientierten Unterrichts“ angefertigt.

Beispiel Erlangen: Die Wirtschaftsförderung der Stadt Erlangen ist schon seit 15 Jahren in der Arbeits- bzw. Ausbildungsmarktförderung aktiv. Mit der Grün-

derung des Vereins Jugend, Arbeit, Zukunft (JAZ) wurde ein Instrument geschaffen, mit dem sowohl die quantitative als auch die qualitative Seite des Ausbildungsmarktes „bearbeitet“ werden kann. Dabei stellen Übergangsklassen eine der wichtigsten Integrationsmaßnahmen für junge Zuwanderer, Flüchtlingskinder und Kinder aus „Arbeitsmigranten“-Familien dar.

Angeboten werden Betriebsbesichtigungen, Workshops zur Kompetenzfeststellung und -entwicklung sowie Unterstützung bei der Erstellung aussagekräftiger Bewerbungsunterlagen. Die Vor- und Nachbereitung von Schulpraktika in den 8. und 9. Jahrgangsstufen ist ein wichtiger Baustein der beruflichen Orientierung und bedarf daher besonderer Sorgfalt. Rückmeldegespräche mit Unternehmen und Schülern geben dabei Aufschluss über die Optimierung von Rahmenbedingungen und Prozessen.

Standortbestimmung und Zielvereinbarung

Neben Aktivitäten mit den Klassen finden zahlreiche Einzelgespräche zur „Standortbestimmung“ und „Zielvereinbarung“ statt. Dies umso häufiger, je näher sich die Schülerinnen und Schüler am Ausbildungsmarkt befinden. Dabei geht es auch um die Entwicklung von Perspektiven, Bildungs- und Ausbildungswegen. Die Unterstützungsleistung erhält der Jugendliche auch nachdem er aus der Schule entlassen wurde.

Die Stadt Erlangen sieht zudem die Notwendigkeit des schnellen und sicheren Datenaustausches zwischen den zentralen Akteuren. Durch die Etablierung einer gemeinsamen Datenbank soll dieses Ziel erreicht werden, so dass die zur Aufgabenerfüllung notwendigen Daten zwischen den sowohl öffentlichen als auch nicht öffentlichen Stellen sicher und schnell getauscht werden können. Die zuständigen Stellen pflegen Daten der Kunden ein und sehen gleichzeitig die eingetragenen Daten anderer Stellen, so dass man sehen kann, in welcher Stufe der Integration der Kunde ist.

Zugang zur Datenbank

Folgende Institutionen werden zu der Datenbank Zugang haben und Daten einpflegen: Agentur für Arbeit, Bildungsclearing der Volkshochschule, Deutschkurskoordination Volkshochschule, Flüchtlingsbetreuung des Jobcenters, Migrationsberatung, Ausländerbehörde, Berufsschule, Jobcenter/GGFA und Koordinationsstelle des Referates für Soziales der Stadt Erlangen.

Beispiel München: In den städtischen Kindertageseinrichtungen in München werden die alltagsintegrierte Sprachförderung, verbunden mit zusätzlichen Angeboten zur Sprachentwicklung sowie eine hohe Qualifizierung des Fachpersonals bezüglich interkultureller Pädagogik und sprachlicher Bildung als Grundvoraussetzungen für die stetig steigenden Herausforderungen in der Elementarbildung betrachtet. Hierzu gehören aktuell auch die Anforderungen an Fachkräfte durch die Aufnahme von Kindern aus Familien mit Fluchterfahrung.

Zudem hat die Landeshauptstadt ein Konzept von aufeinander aufbauenden Projekten zur Unterstützung von Flüchtlingen bei der Integration in Beruf und Ausbildung sowie bei der Feststellung und dem Ausbau von Qualifikationen entwickelt. Hierzu gehören zum Beispiel „FIBA – Flüchtlinge in Beruf und Ausbildung“, die Servicestelle zur Erschließung ausländischer Qualifikationen und das Netzwerk Integration durch Qualifizierung (IQ)-MigraNet.

Beratungsstelle

Das Amt für Wohnen und Migration koordiniert das Netzwerk „FIBA 2 – Flüchtlinge in Beruf und Ausbildung, Ostbayern“, einen Zusammenschluss von acht Trägern in München und in der Region Ostbayern. Gefördert wird das Netzwerk durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und den Europäischen Sozialfond. Zu den geförderten Projekten gehören z.B. eine Beratungsstelle im Amt für Wohnen und Migration und im Jobcenter München sowie ein Projekt beim Trägerkreis Junge Flüchtlinge e.V..

Ziel des Bundesprogramms ist es, Bleibeberechtigte und Flüchtlinge mit Arbeitsmarktzugang dabei zu unterstützen, eine dauerhafte Beschäftigung zu finden und ihren Lebensunterhalt eigenständig zu erwirtschaften. Dies erfolgt durch drei Bausteine: Beratung von Flüchtlingen, Vermittlung in Arbeit und Ausbildung sowie Sensibilisierung von Behörden und Arbeitgebern in Schulungen und Fachveranstaltungen zu den rechtlichen Voraussetzungen des Arbeitsmarktzugangs und den vorhandenen Bildungsangeboten.

Qualifizierung

Die Servicestelle zur Erschließung ausländischer Qualifikationen wiederum ist eine Beratungseinrichtung, die Migrantinnen und Migranten auf dem Weg zur beruflichen Anerkennung ihrer ausländischen Qualifikation Beratung anbietet und sie im Anerkennungsverfahren unterstützt. Dadurch lassen sich Ressourcen für den Arbeitsmarkt zur Sicherung des Fachkräftebedarfs erschließen sowie die Arbeitsmarktchancen für Menschen mit ausländischen Qualifikationen verbessern. Alle relevanten Informationen zum Anerkennungsverfahren werden vermittelt. Liegen bereits Bescheide vor, werden diese erläutert und die verschiedenen Handlungsmöglichkeiten und Wege aufgezeigt. Außerdem initiiert die Servicestelle zur Erschließung ausländischer Qualifikationen gemeinsam mit Hochschulen, Fachakademien und anderen Institutionen Anpassungsqualifizierungen, berufsbezogene Deutschkurseangebote und Brückenmaßnahmen, die den Einstieg als Fachkraft in den Arbeitsmarkt erleichtern. Unterstützt wird dies auch durch ein Mentoring-Partnerschaftsprojekt in Kooperation mit Unternehmen.

Die Servicestelle zur Erschließung ausländischer Qualifikationen ist im Netzwerk „Integration durch Qualifizierung“ (IQ) zuständig für die regionale Koordination von MigraNet in München. Im Rahmen dieser Netzwerkarbeit wurde das städtische Beratungsangebot mit einem Handlungsschwerpunkt „Qualifizierung von Migrantinnen und Migranten im Kontext des Anerkennungsprozesses“ verknüpft.

Damit stehen seit 2015 den Anerkennungs-suchenden eine Vielzahl weiterer Anpassungs- und

GZ Kolumne Stefan Rößle

Liebe Leserinnen und Leser,

Obwohl die Themen Umweltschutz und Klimaschutz für die Menschen unbestritten als Schlüsselherausforderungen des 21. Jahrhunderts gelten, kommt es leider des Öfteren vor, dass konkrete Maßnahmen vor Ort mit dem Hinweis auf eine notwendige globale Handlungsstrategie vorab relativiert und kleingeredet werden. Als Kommunalpolitische Vereinigung (KPV) können wir dafür eigentlich kein Verständnis aufbringen.

Ohne Zweifel müssen die großen Herausforderungen, gerade was Müll und Treibhausgase betrifft, auch letztendlich von der Gesamtheit der Weltgemeinschaft gelöst werden. Denn kein ein-



ger, ein Lebensmittelgeschäft zu etablieren, in dem man ohne Plastikmüll zu erzeugen, seinen Einkauf tätigen kann.

Nicht nur Mehl, Müsli und andere Getreideprodukte – vor allem von regionalen und biologischen Bauern und Mühlen – soll man sich dort künftig in selbst mitgebrachte Behälter abfüllen können; auch Obst und Gemüse soll es vor allem saisonal und lose geben, ebenso wie offenen Käse. Andere Lebensmittel sollen in Gläsern angeboten werden – Hauptsache kein organisatorisch.

Plastikmüll. Spontankunden erhalten dafür Glasbehälter mit Pfand und Stofftaschen. In der Theorie klingt das recht einfach, doch die tatsächliche Umsetzung im Detail erfordert im Vorfeld und vor dem Hintergrund der strikten Einhaltung der lebensmittelrechtlichen Vorgaben einen hohen Aufwand – konzeptionell, finanziell und organisatorisch.

Aber der Grundgedanke ist durchaus schlüssig und wenn alles klappt, wird sich der Einsatz mehrfach lohnen, vor allem aber für die Umwelt, die etwas vor weiteren Müllbelastungen behütet wird. Man mag es kaum glauben, aber rund 617 kg Müll produziert schon jetzt jeder Deutsche im Schnitt pro Jahr. Über 7 Millionen Tonnen Kunststoffabfälle landen jährlich in unseren Ozeanen. Eine Plastiktüte zersetzt sich in der Regel erst nach 450 Jahren und gibt in dieser Zeit ständig Schadstoffe mit den klangvollen Namen wie Bisphenol A oder Phthalate an die Umwelt ab. Diese Fakten allein lassen einen schon von der Planung eines Geschäftes überzeugen, das Lebensmittel lose und ohne Plastikmüll verkaufen möchte. Damit wird zwar nicht ansatzweise das globale Müllproblem gelöst, aber ein höchst sinnvoller Beitrag geleistet.

Nicht zu vernachlässigen sind übrigens auch die Signalwirkungen und Nachahmungseffekte, die letztendlich aus einer solchen Initiative und deren erfolgreichen Realisierung erwachsen können.

Deshalb sollten wir auf kommunaler Ebene derartige Ideen unbedingt unterstützen. Wir wollen auf jeden Fall mit unserem Abfallwirtschaftsverband eine Kooperation mit dem innovativen Ladengeschäft schließen. Denn Umweltschutz beginnt im Kleinen. Bei uns, in den Kommunen.

Ihr Stefan Rößle
KPV-Landesvorsitzender

Umweltschutz beginnt im Kleinen

zernes Land und schon gar nicht eine Kommune kann hier alleine sprichwörtlich „die Welt retten“.

Aber Fakt ist: Um die Folgen der Klimaänderungen für den Menschen beherrschbar zu gestalten, die Umwelt zu schützen und die natürlichen Lebensressourcen (Boden, Wasser, Luft) für die kommenden Generationen zu erhalten, ist ein Handeln auf allen Ebenen erforderlich – auch bei uns vor Ort. Hierzu gibt es zahlreiche Ideen und Projekte, die mit überschaubarem Aufwand für die Kommunen umgesetzt, begleitet oder unterstützt werden können. Dazu gehören neben der Förderung der Energiewende (z. B. E-Mobilität, Energieberatung), gemeinsame Projekte mit der Wirtschaft (z. B. regionale Direktvermarktung), mit Verbänden, der Landwirtschaft sowie Angebote im Bildungsbereich (z. B. Umweltschule) und öffentliche Kampagnen (z. B. zur Müllvermeidung).

Beim Stichwort Müllvermeidung möchte ich aus meinem Landkreis Donau-Ries über eine hochinteressante Projektidee berichten. Dabei geht es um die Realisierung eines Lebensmitteladens gänzlich ohne Verpackungsmüll. In Großstädten wie Berlin, München, Nürnberg und Augsburg gibt es so etwas längst, aber im ländlichen Raum gestalten sich die Rahmenbedingungen etwas schwieri-

Brückenmaßnahmen zur Verfügung. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Kooperation mit Unternehmen und deren Sensibilisierung und Beratung für die Beschäftigung von Menschen mit ausländischen Qualifikationen und insbesondere auch für Beschäftigung von Geflüchteten. Das Netzwerk wird durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und durch Mittel aus dem Europäischen Sozialfond gefördert.

„Wohnen für Alle“

Ambitioniert ist auch „Wohnen für Alle“, ein städtisches Projekt zur Schaffung zusätzlicher Wohnungen vor allem für Familien mit geringem Einkommen, für Auszubildende und junge Berufstätige sowie für anerkannte Flüchtlinge. Die Landeshauptstadt München begegnet damit aktiv dem rasant steigenden Bedarf an gefördertem Wohnraum für einkommensschwache Gruppen. Insgesamt sollen bis 2019

circa 3.000 neue Wohneinheiten entstehen – zusätzlich zu den im Rahmen der wohnungspolitischen Handlungsprogramme ohnehin bereits geplanten Fertigstellungen.

Münchner Mischung

Kern des Programms ist das Prinzip der Münchner Mischung: Die einzelnen Wohnungsbauprojekte werden dezentral und integrierend über das Stadtgebiet verteilt auf städtischen und privaten Flächen verwirklicht. Die dadurch entstehenden geförderten Wohnungen werden allen berechtigten Haushalten verschiedener Einkommensstufen zu Gute kommen, die es auf dem hochpreisigen Münchner Wohnungsmarkt besonders schwer haben.

Neben den städtischen Wohnungsbaugesellschaften ist auch die private Wohnungswirtschaft ausdrücklich angesprochen, sich als Träger an diesem Programm zu beteiligen. Durch private Investoren sollen mindestens 1.500,

d.h. die Hälfte der geplanten Wohneinheiten, errichtet werden. Für die Finanzierung des Projekts stellt die Landeshauptstadt München zusätzlich zu den staatlichen Wohnraumfördermitteln, die zuletzt durch den „Wohnungspakt Bayern“ deutlich aufgestockt wurden, städtische Wohnraumfördermittel in Form von Darlehen in Höhe von 188,4 Millionen Euro zur Verfügung, davon 53,4 Millionen Euro für die städtischen Wohnungsbaugesellschaften und 135 Millionen Euro für die private Wohnungswirtschaft.

Weitere Vernetzung

Ziel des Projekts „Willkommen in München“ ist schließlich wiederum die Vernetzung der einzelnen Einrichtungen zur Inobhutnahme von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen mit den Regelangeboten der Jugendhilfe im Sozialraum. Vor allem werden Freizeitgestaltung und die Unterstützung tagesstrukturierender Maßnahmen angeboten. **DK**

Gute Finanzierungsbedingungen für Mittelstand erhalten

Bayerischer Landtag folgt Dringlichkeitsanträgen von CSU, SPD und Freien Wählern

Der Bayerische Landtag folgte nunmehr den Dringlichkeitsanträgen von CSU, Freien Wählern und SPD und fordert die Staatsregierung auf, sich auf Bundes- und Europaebene entschieden dafür einzusetzen, dass bei der Überarbeitung der Basel III-Regeln die Spezifika der fest verankerten kleinen und mittleren Sparkassen und Genossenschaftsbanken angemessen berücksichtigt werden.

Dr. Ulrich Netzer, Präsident des Sparkassenverbands Bayern begrüßt diese Entscheidung: „Es ist gut zu sehen, dass der Landtag über die Fraktionen hinweg erkennt, dass dringender Handlungsbedarf zur Schaffung einer verhältnismäßigen Regulierung besteht. Sparkassen

und Genossenschaftsbanken stehen für die Kreditversorgung des starken bayerischen Mittelstands. Sie dürfen nicht mit Regeln überlastet werden, die für Großbanken geschaffen wurden. Dann können sie ihre Rolle auch weiterhin erfolgreich wahrnehmen.“

Netzer appelliert damit an alle Entscheidungsträger auf Landes-, Bundes-, und Europaebene, die eine Möglichkeit haben, sich in die Gestaltung der Basel III-Reform einzubringen. „Sparkassen und andere kleinere Kreditinstitute sollten auch weiterhin ihre ganze Kraft in die Arbeit für ihre mittelständischen Kunden stecken können, anstatt in überzogene Meldepflichten. Damit stärken sie dauerhaft die bayerische Wirtschaft“, so Netzer. **□**

Modellland Bayern

Studie der Hanns-Seidel-Stiftung zu Integration und Partizipation von Migranten

Auf einem bemerkenswert hohen Niveau befindet sich die Integration von Migranten in Bayern. Die überwiegende Mehrheit der Befragten fühlt sich hier sehr wohl, ist mit Wohnumfeld, Job, Zukunftsperspektiven und der herrschenden Lebensqualität überaus zufrieden und kommt mit Nachbarn und Kollegen ausgesprochen gut zurecht. Dies sind grundlegende Ergebnisse einer Repräsentativstudie, die Data4U im Auftrag der Hanns-Seidel-Stiftung durchgeführt hat. Die Untersuchung ist der erste umfassende Bericht zum Stand der Integration und politischen Partizipation von Migranten der 1. und 2. Generation in Bayern.

Etwa 70 Prozent der Migranten in Bayern sind aus dem Ausland zugewandert (1. Generation), entsprechend rund 30 Prozent hier geboren (2. Generation). Bei den Gruppen, die bereits länger im Land leben, wie Migranten aus der ehemaligen SU, der Türkei oder Griechenland ist dieses Verhältnis fast hälftig. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer liegt bei über 20 Jahren.

Rückkehrpläne

Rund drei Viertel von ihnen planen im Land zu bleiben, nur knapp ein Fünftel beabsichtigt ins Herkunftsland zurück zu kehren. Am häufigsten planen Migranten aus der Türkei (36 %) und Italien (26 %) eine Rückkehr. Am seltensten möchten Migranten aus den

Digitale Heimat:

Neues Fördernavi im Bayernportal

Immer die richtige Förderung auf einen Klick

„Unsere digitale Heimat im Internet erlebt einen Sprung. Mit dem neuen Fördernavi im BayernPortal findet jeder die passende Förderung auf einen Klick“, kündigte Finanz- und Heimatminister Dr. Markus Söder bei einer Pressekonferenz in München an.

„Das Fördernavi ist ein hilfreicher Wegweiser für Wirtschaft, Verwaltungen, Vereine und Privatpersonen“, so Söder weiter. Integriert werden alle Förderungen der Bayerischen Staatsregierung, zum Beispiel Breitbandförderung, Kulturfonds Bayern und Städtebauförderung. Auch einige Förderungen von Bund und EU sind abrufbar, zum Beispiel Elterngeld, BAföG oder Interreg-Programme.

Zentraler Zugang

Das neue Fördernavi ist in das BayernPortal (www.freistaat.bayern), als zentraler Zugang zu Online-Leistungen der Verwaltung, integriert. Seit Freischaltung vor rund einem Jahr wachsen die Nutzerzahlen des BayernPortal ständig. „Unser BayernPortal ist sehr erfolgreich“, freute sich Söder. „Rund 1.300 Kommunen sind bereits angeschlossen, etwa 250.000 Aufrufe des Portals pro Monat und über 55.000 Nutzerkonten zeigen die große Akzeptanz“, so der Minister weiter. Auch die Zahl der Online-Services, die über das Portal abrufbar sind, wächst stetig. Dabei wird Sicherheit großgeschrieben. Die kostenlose Nutzung des BayernPortals bietet sichere Identifizierung durch Bayern-ID, eine sichere Kommunikation über ein digitales Postfach und sicheres Bezahlen durch kommunales E-Payment.

„Ab sofort können vier von Bayerns weltberühmten Schlössern und Burgen originalgetreu und in 3D im Internet besucht werden – rund um die Uhr und von überall“, gab Söder als weitere Neuierung bekannt. Touristenmagneten wie das Schloss Neuschwanstein, Schloss Linderhof, das Königshaus am Schachen und die Kaiserburg wurden nach Lasermessungen digital modelliert und sind von außen und innen interaktiv über das Internet erlebbar. In höchsten Auflösungen kann der digitale Besucher

Nachfolgestaaten der ehemaligen SU, unter ihnen zahlreiche Spätaussiedler, zurückkehren (3%). Fast die Hälfte (45 %) besitzen inzwischen die deutsche (30 %) oder eine doppelte Staatsbürgerschaft (15 %).

Neben wirtschaftlicher Stärke, der daraus resultierenden geringen Arbeitslosigkeit sowie einer weitgehenden Abstinenz offener sozialer Konfliktfelder dürfte der Schlüssel für diese überaus positive Entwicklung in der ländlich geprägten Struktur des Freistaates zu finden sein. In ganz Bayern gibt es nur acht Städte mit mehr als 100.000 Einwohnern, in denen weniger als 30 Prozent aller bayerischen Migranten wohnen. Entsprechend leben über 70 Prozent der Zuwanderer in kleineren Städten und Gemeinden. Dies

sich frei in den Objekten bewegen, anschauen und genießen. So kann beispielsweise der Thronsaal in Schloss Neuschwanstein originalgetreu in allen Perspektiven erkundet werden – sogar der von König Ludwig II. ausgeführte Thron kann ein- und ausgeblendet werden.

„Wir wollen die Kulturgüter unserer Heimat mit virtueller Realität digital greifbar machen und in die digitale Zukunft führen“, sagte Söder. Weitere große und repräsentative Gebäude, wie die Residenz Würzburg und die Neue Residenz Bamberg, sollen folgen. Neben dem großen Nutzen für den Tourismus dient das detailgetreue Modell auch der Archivierung. Die Modelle können über den BayernAtlas (www.bayernatlas.de) oder über die Homepage der Bayerischen Schlösserverwaltung unter www.schloesser.bayern.de aufgerufen werden. □

Bayerische Klima-Allianz:

KIT-Campus Alpin wird neuer Partner

Bayern setzt sich intensiv für den Klimaschutz ein. Das betonte die Bayerische Umweltministerin Ulrike Scharf beim Beitritt des Instituts für Meteorologie und Klimaforschung – Atmosphärische Umweltforschung (KIT-Campus Alpin) zur Bayerischen Klima-Allianz in Garmisch-Partenkirchen.

„Die Klimaveränderungen treffen auch Bayern. Wir erwarten in Zukunft mehr Extremwetterereignisse, nassere Winter und trockenere Sommer. Nur wenn wir beim Klimaschutz gemeinsam noch aktiver werden, können wir die Klimaerwärmung und ihre Folgen begrenzen. Dabei ist jeder gefordert. Die Klima-Allianz ist ein bayernweit erfolgreiches Bündnis für den Klimaschutz. Die Klima-Allianz bündelt Kräfte vor Ort, tauscht Informationen aus und stimmt Aktivitäten aufeinander

verhindert eine integrationshemmende Ghettoisierung und Isolation, wie man sie in vielen Stadtteilen zahlreicher Großstädte innerhalb und außerhalb Deutschlands sonst oft vorfindet. Das Zusammenleben in kleineren Gemeinden fördert Kommunikation, gute Nachbarschaft und damit gegenseitiges Verständnis und Integration.

Isolation bzw. Ghettoisierung beklagen zehn Prozent der Befragten stark, auf weitere 15 Pro-

Die Klimaänderungen, wie sie in jüngster Vergangenheit auch in Bayern erlebbar waren, fordern ein schnelles und zielgerichtetes Handeln auf allen Ebenen. Das betonte die Bayerische Umweltministerin Ulrike Scharf jüngst in München.

Scharf unterstrich: „Wir müssen uns auch in Bayern auf die Folgen des Klimawandels einstellen. Um negative Folgen zu vermeiden, müssen wir uns in allen Lebensbereichen bestmöglich an den Klimawandel anpassen. Dazu hat die Staatsregierung die Bayerische Klima-Anpassungsstrategie aktualisiert. Wir bereiten uns damit im Detail auf den Klimawandel vor. Ziel ist es, Bayern langfristig klimasicher zu machen.“

Die Strategie zeigt anhand aktueller Klimaprojektionen die beobachteten und zukünftig erwarteten Klimaänderungen für Bayern und stellt regionale Folgen sowie konkrete Anpassungsmaßnahmen für 15 klimaempfindliche Handlungsfelder vor. Bereits im Jahr 2009 hat der Freistaat Bayern eine der ersten Klima-Anpassungsstrategien auf Länderebene entwickelt.

Lufttemperatur steigt

Untersuchungen des Bayerischen Landesamtes für Umwelt belegen: Im Zeitraum von 1931 bis 2015 hat die Lufttemperatur in Bayern um 1,4 °C zugenommen. Die Folgen sind unter anderem eine zunehmende Hitzebelastung, eine Verlängerung der Vegetationsperiode um 23 Tage (1961 bis 2010), eine Veränderung von Tier- und Pflanzenarten, eine Ausbreitung neuer Arten wie der Tigermücke oder veränderte Bedingungen für den Tourismus. Hitzebelastung stellt besonders für ältere Menschen und Kleinkinder ein hohes Risiko dar. Auch Allergiker dürften die Auswirkungen der jahreszeitlichen Verschiebungen bereits deutlich

spüren. Seit 1980 sind Pollen 24 Tage länger in der Luft. Bis Ende des 21. Jahrhunderts wird eine weitere deutliche Temperaturzunahme erwartet, wodurch sich die bereits heute beobachteten Folgen weiter verstärken werden.

Dialog intensivieren

Knapp die Hälfte (47 %) stimmen dem Statement „habe wenig Interesse an der deutschen Politik und Gesellschaft“ zumindest teil-

Der Freistaat wird klimasicher

weise zu. Ein distanziertes Verhältnis zum politischen Leben in Bayern zeigt auch die Bewertung der Parteienlandschaft. Zwischen 40 und über 60 Prozent der befragten Migranten konnten die abgefragten politischen Parteien programmatisch nicht einordnen. Bei denjenigen, die sich äußerten, ergab sich zumeist eine nur geringe Übereinstimmung mit den politischen Aussagen und Zielen der Parteien. Eine Intensivierung des Dialoges Politik/Migranten bzw. auch umgekehrt Migranten/Politik scheint dringend notwendig.

Wasserkreislauf

Auch der Wasserkreislauf ist von den Klimaänderungen betroffen. Die Sommer werden zukünftig durch längere Trockenperioden geprägt, die Winter werden feuchter, Starkregen werden zunehmen. Die Folgen dieser veränderten Niederschlagsbedingungen wie Hochwasser, Sturzfluten, Trockenheit oder Dürre treffen nicht nur die Wasserwirtschaft schwer, sondern haben Auswirkungen auf nahezu alle Handlungsfelder der Bayerischen Klima-Anpassungsstrategie, insbesondere Landwirtschaft, Städtebau, Straßenbau und Verkehr oder die Energiewirtschaft. Neben der Vorsorge vor Dürre und Trockenheit kommt dem Hochwasserschutz eine große Bedeutung zu.

Sturzfluten

Als Antwort auf die jüngsten Starkniederschlagsereignisse im Sommer 2016 im Süden Bayerns verstärkt der Freistaat das Hochwasserschutz-Aktionsprogramms daher um eine Komponente Sturzfluten und wird speziell an kommunalen Gewässern jährlich weitere rund 23 Millionen Euro in die Hochwasservorsorge investieren.

Die aktualisierte Strategie ist im Internet verfügbar unter: www.klimaschutz.bayern.de □

Die Erfahrungen mit Diskriminierung und offene Ausländerfeindlichkeit begegnen den Migranten in Bayern selten, aber immerhin ein knappes Viertel geben an, dass sie Erfahrungen mit Diskriminierungen zumindest hin und wieder (14 %) oder sogar oft (10 %) sammeln mussten. Etwa zehn Prozent sahen sich zumindest gelegentlich mit ausländerfeindlichen Beschimpfungen oder Übergriffen konfrontiert.

Eine Radikalisierung konnte die Meinungsforscher nicht feststellen: 38 % der Migranten tendieren zur politischen Mitte, der linke Flügel misst 16 %, der rechte Flügel 12 %. Über ein vollständiges Wahlrecht in Deutschland verfügen 44 Prozent besitzen das vollständige politische Wahlrecht, ein weiteres Fünftel (23 %) hat das kommunale Wahlrecht für EU-Ausländer inne. Weniger als die Hälfte aller Migranten (42 %) haben sich in der Vergangenheit an politischen Wahlen in Bayern aktiv beteiligt. Bezogen auf die Migranten mit Wahlrecht lag die Wahlbeteiligung in der Vergangenheit zwischen 50 und 60 Prozent.

Bei der Sonntagfrage (Landtagswahlen) würden unter Migranten die CSU mit 46 % und die SPD mit 26 % die mit Abstand größten Stimmanteile erzielen. Es folgen DIE LINKE (9 %), DIE GRÜNEN (8 %) sowie die AfD (6 %). Alle weiteren Parteien scheitern bei den Migranten an der 5-Prozent-Hürde. Fast die Hälfte (45 %) besitzen die deutsche Staatsbürgerschaft, 30 % eine doppelte Staatsbürgerschaft. Nur 4 % der Türkeistämmigen haben den Doppelpass.

Die Migranten in Bayern stufen sich in erster Linie als „umweltbewusst“ und „sozial“ ein. Am wenigsten würden sie sich selbst als „konservativ“ oder „sozialistisch“ bezeichnen. Die Begriffe „liberal“ und das in

Positionspapier zur...

(Fortsetzung von Seite 1)

Breitbandnetze rein privatwirtschaftlich nicht überall gelingen wird. Der Bund sei deshalb aufgefordert, die Rahmenbedingungen für eine optimale Versorgung mit bestmöglicher Technologie zu verbessern. „Dazu zählt auch, Fördermöglichkeiten zu erweitern und die bislang aus wirtschaftlichen oder technischen Gründen unterversorgten Gebiete in ländlichen Regionen zeitnah an das Breitbandnetz anzuschließen oder mit neuen Techniken zu versorgen.“

Wohnen ist ein Grundbedürfnis der Menschen, weshalb angemessener und bezahlbarer Wohnraum ausreichend zur Verfügung stehen müsse. Ungeachtet der Leerstände in manchen Regionen gelte dies auch für den ländlichen Raum, so der Landkreistag. Auch dort bedürfe es Anreizen zur Steigerung der Wohnqualität durch Modernisierungsmaßnahmen und der Wiederbelebung des sozialen Wohnungsbaus, aber auch der Ankerbelung der Wohneigentumsbildung.

Bereits 2013 habe der Bayerische Landkreistag gefordert, Hindernisse für eine durchgängig elektronische Verwaltung abzubauen. Dies gelte gerade auch für die über 3.000 Rechtsvorschriften im Verwaltungsrecht des Bundes, in denen die Schriftform angeordnet wird. „Wir begrüßen daher die Initiativen des Bundes, Schriftformerfordernisse abzubauen, als Schritt in die richtige Richtung. Zusätzlich fordern wir einen wirksamen ‚E-Gov-TÜV‘ für neue Rechtsvorschriften, der neue rechtliche Hindernisse für E-Government von vornherein verhindert und Rechtsvorschriften konsequent E-Government-konform ausgestaltet“, unterstreicht der Kommunalverband abschließend. **DK**

Deutschland eher belaste „national“ liegen im Mittelfeld.

Vor allem eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung, eine gute Aus- und Weiterbildung (ihrer Kinder) sowie der Bereich innere Sicherheit stellen für die Migranten in Bayern aktuell die wichtigsten sozialen und politischen Problemfelder dar. Der Bereich Wirtschaftspolitik/Wirtschaftswachstum besitzt für SU-Migranten, Türken und Polen momentan die höchste Priorität. Bildung und der Ausbau von Bildungseinrichtungen (Schule, Hochschule...) für Rumänen, SU-Migranten sowie Araber.

Beachtenswert ist, dass die Integration von Migranten in Gesellschaft und Arbeitsmarkt zwar wichtig, aber aktuell nicht das drängendste Problem der Migranten darstellt. Besonders Araber, Türken sowie Migranten aus den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien sehen hier einen hohen Handlungsbedarf. Der Umwelt- und Steuerpolitik wird aktuell die geringste Dringlichkeit zugemessen.

Christen in der Mehrheit

Über die Hälfte der in Bayern lebenden Migranten (53 %) sind Mitglied einer christlichen Religionsgemeinschaft. Es folgen Muslime (23 %) sowie Einwanderer, die keiner religiösen Gemeinschaft angehören (20 %). Für ein Drittel (33 %) ist Religion wichtig und spielt eine große Rolle für das eigene Leben.

Für Ursula Männle, Vorsitzende der Hanns-Seidel-Stiftung, bringen die Ergebnisse neue Impulse für Politik und Gesellschaft: „Wir waren selbst überrascht über die hohe Akzeptanz des politischen Systems und der politischen Parteien durch Migranten. Es zeigt sich, dass die Integration in Bayern gut gelingen kann. Das gibt Zuversicht für die aktuellen Herausforderungen bei der Integration neuer Mitbürger!“ **DK**

Chancen nutzen auf der Internationalen Handwerksmesse

Die Welt ist im Wandel: Neue gesetzliche Regelungen, veränderte Ansprüche und Wünsche von Kunden sowie neue Produktions- und Vertriebsmöglichkeiten durch digitale Techniken sind für Handwerksbetriebe Chance und Herausforderung zugleich. Wer sie kennt und zu nutzen weiß, hat bei den Kunden auch in Zukunft die Nase vorn. Für Betriebe hält die Internationale Handwerksmesse vom 8. bis 14. März in München jede Menge Anregungen und Lösungen in Theorie und Praxis parat.

Die gelungene Verzahnung von handwerklicher Produktion in der Werkstatt und neuen Vertriebsmöglichkeiten durch das Internet demonstriert die Tischlerei Dickmank. Auf ihrer Online-Plattform www.schrankwerk.de können Kunden individuelle Möbel per 3D-Konfigurator gestalten,

die dann in der Tischlerei gefertigt werden. Dass nicht jeder Handwerker einen eigenen Webshop betreiben kann, war Grundlage der Geschäftsidee der beiden Tischler Danny Hammer und Siegfried Margrander. Auf ihrem Online-Marktplatz www.manopus.de können Betriebe

aus Deutschland Produkte einstellen und überregional anbieten. Dies allerdings nur, wenn sie die Qualitätsrichtlinien der Plattform erfüllen. Dazu gehört unter anderem, dass der Produzent einen Meister- oder Gesellenbrief in einem Handwerksberuf vorweisen muss.

Wie man deutschland- und sogar weltweit erfolgreich sein kann, zeigen die Aussteller auf dem „Land des Handwerks“ in Halle C2. Auf dieser Plattform für Vorzeigebetriebe aus der Bundesrepublik stellen elf Unternehmen ihre Leistungen und Ideen vor. Mit dabei sind mehrfach ausgezeichnete Unternehmen, Hidden Champions und natürlich jede Menge herausragende Handwerker.

Megatrend Digitalisierung

Wie schon im vergangenen Jahr nimmt der Megatrend Digitalisierung auch diesmal viel Raum auf der Messe ein und steht bei zahlreichen Veranstaltungen im Fokus. So erfahren Fachbesucher beispielsweise auf der Regionalkonferenz „Digitale Geschäftsmodelle - Made in Germany“ alles über Erfolgsfaktoren und erhalten Tipps für das eigene Unternehmen. Die Veranstaltung im Internationalen Congress Center München (ICM) bietet Expertenvorträge, Praxisbeispiele aus dem Handwerk und interaktive Workshops und ist für Fachbesucher aller Gewerke geöffnet.

Digitale Exponate und Digitalisierungs-Check für Betriebe

Passend dazu präsentiert sich auf dem Stand des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) in Halle C2 das Kompetenzzentrum Digitales Handwerk mit seinen vier Schaufern. Hier werden Betriebe vorgestellt, die digitale Technologien und Anwendungen erfolgreich einsetzen; beispielsweise Google-Brillen, auf denen Arbeitsanweisungen angezeigt werden, oder Virtual-Reality-Brillen, mit deren Hilfe die Kunden Designs und Entwürfe vorab sehen können. Dort gibt es auch einen Digitalisierungs-Check, der den Digitalisierungsgrad des je-

weiligen Unternehmens misst. Durchgeführt wird dieser durch Experten des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks und des Heinz-Piast-Instituts für Handwerkstechnik an der Leibniz Universität Hannover (HPI). Diese beraten außerdem in individuellen, kostenfreien Gesprächen über neue Produktionstechniken, Prozessoptimierungen, Kommunikations-, Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten.

Fachtagung

„Baustelle 4.0 - Der Digitale Wandel im Bau- und Ausbauhandwerk“ ist Titel einer gemeinsamen Fachtagung des Bayerischen Handwerkstags und des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie im ICM. Dabei stehen Zukunftstrends, beispielsweise Building Information Modeling (BIM), im Mittelpunkt. Fachbesucher erfahren, welche digitalen Hilfsmittel sie im Büro oder auf der Baustelle einsetzen können, um Zeit und Ressourcen zu sparen.

„Digitalisierung praktisch gestalten“ ist das Motto im Treffpunkt Handwerk, der Netzwerk- und Informationsplattform für Fachbesucher im Eingang West. Hier werden unter anderem mobiles Arbeiten, Vernetzung und IT-Sicherheit beleuchtet. Dort findet zudem die „Denkwerkstatt kompakt“ mit dem Titel „Fit fürs Handwerk 4.0“ statt.

Sonderschau

Ihr Name ist gleichzeitig Programm: Auf der Sonderschau INNOVATION GEWINNT! (Halle C2) präsentieren zwölf Aussteller kreative Ideen aus dem und für das Handwerk. Vom Einbruchschutz gegen das Aufhebeln von einflügeligen Fenstern über ein neuartiges Befestigungssystem für Wärmedämmverbundsysteme bis zum dreirädrigen Lasten-Transportrad, mit dem Werkzeug und Material mit einem Gewicht von bis zu 250 Kilogramm dank innovativer Neigetechnik und Antriebselektronik sicher und stabil transportiert werden können. Gedacht ist es für die „letzte Meile“ zum Kunden, auf der verkehrsberuhigte oder autofreie Zonen oft Herausforderung oder gar Hindernis für Handwerker darstellen.

Mehr Informationen für Fachbesucher unter www.ihm.de/fachbesucher.

Neustadt a. d. Aisch:

Hotspot für Vermessung und Digitalisierung

Die Heimatstrategie ist ein zentrales Instrument aktiver Strukturpolitik. „Wir schaffen sichere Arbeitsplätze und stärken die Infrastruktur des ländlichen Raumes. Wir bringen die Arbeit zu den Menschen, damit diese in ihrer Heimat wohnen und arbeiten können. Wir schaffen einen Hotspot für Vermessung und Digitalisierung in Neustadt a.d.Aisch. Nach der erfolgten vertraglichen Vereinbarung zur Anmietung der Flächen für das BayernLab ist die heutige Unterzeichnung des Mietvertrags für das Landesluftbildarchiv Bayern ein weiterer wichtiger Meilenstein zur Stärkung des Behördenstandorts Neustadt a.d.Aisch. Das neue Museum wird auch eine touristische Attraktion für die gesamte Region“, freute sich Finanz- und Heimatminister Dr. Markus Söder anlässlich des Abschlusses des Mietvertrags durch die Immobilien Freistaat Bayern (IMBY).

Das BayernLab und das Landesluftbildarchiv mit dem Luftbild-Museum werden gemeinsam im sogenannten Brauhausareal in der Bamberger Str. 48 in Neustadt a.d.Aisch untergebracht. Das innenstadtnahe Brauhausareal, bis 1998 Heimat des Brauhauses Neustadt a.d.Aisch, war zuletzt brachgelegen und wird nun durch einen privaten Investor revitalisiert. Ein erster Mieter wird der Freistaat Bayern sein. Der Freistaat mietet insgesamt mehr als 1.900 m² Fläche an, davon rd. 430 m² Ausstellungsfläche für das neue Museum. Damit entstehen insgesamt zehn neue Arbeitsplätze in der Kreisstadt.

Das bayerische Landesluftbildarchiv ist zentrale Sammelstelle und die Schatzkammer für Bilder von oben. Mehr als eine Million Luftbilder aus rund sieben Jahrzehnten, darunter rund 64.000 Fotografien aus englischen und amerikanischen Aufklärungsflügen in den 1940er Jahren, befinden sich im Landesluftbildarchiv. Dieses größte und umfassendste Luftbildarchiv Deutschlands wird von München nach Neustadt a.d.Aisch verlagert. Deutschlandweit wird dabei erstmals ein Luftbildmuseum entstehen.

In dem Museum werden die Geschichte und gesellschaftliche Dimension des Luftbilds, der Luftbildmessung und des Landesluftbildarchivs des Freistaates Bayern der Öffentlichkeit präsentiert. Nach den für das Archiv und Museum erforderlichen Umbauten ist die Eröffnung voraussichtlich in der zweiten Jahreshälfte 2018 vorgesehen.

In dem neuen BayernLab in

Neustadt a.d.Aisch soll mit einem bis zu 300 Mbit/s schnellen Internetanschluss die schnellste öffentliche Verbindung der Region entstehen. Söder: „Digitalisierung darf kein Privileg von Großstädten sein. Wir schaffen insbesondere in ländlichen Regionen Bayerns acht IT-Labore. Sie sind Schaufenster für digitale Innovation und bieten modernste Technik zum Anfassen und Ausprobieren – kostenfrei und für Jedermann.“

Praktische Beispiele

Die BayernLabs präsentieren modernes E-Government, eine IT-Wissensbörse und digitale Innovationen anhand praktischer Beispiele. Nach dem Motto „Anschauen - Anfassen - Ausprobieren“ können Schüler die digitale Welt erforschen und Kommunen und Bürger sich über die Möglichkeiten der Digitalisierung informieren. Neben dem Breitbandausbau und BayernWLAN sind die BayernLabs ein wesentlicher Bestandteil der Digitalisierungsstrategie des Heimatministeriums. Das BayernLab wird 2018 eröffnet werden.

2015 begann die größte Regionalisierung von staatlichen Behörden und Einrichtungen der letzten Jahrzehnte. Über 50 Behörden und staatliche Einrichtungen mit 3.155 Personen werden aus Ballungszentren in ländliche Regionen Bayerns verlagert. Mittelfranken profitiert hierbei mit insgesamt 201 Arbeitsplätzen und 360 Studierenden. Der Landkreis Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim erhält insgesamt 35 Beschäftigte.

Jugendwettbewerb zur Internet-Sicherheit:

Neuer Rekord

Der Jugendwettbewerb myDigitalWorld verzeichnet einen neuen Rekord: Bundesweit haben sich in diesem Jahr über 4.000 Schülerinnen und Schüler mit über 300 Beiträgen am Wettbewerb für mehr Sicherheit im Netz beteiligt.

Gemeinsam mit der Bundeszentrale für politische Bildung hatte die Initiative Deutschland sicher im Netz e.V. junge Menschen dazu aufgerufen, sich mit ihrer digitalen Identität auseinanderzusetzen. An diesem Wochenende tritt die Jury des Schülerwettbewerbs in Königswinter zusammen. Den Gewinnern winken Klassenfahrten, Geld- oder Sachpreise mit einem Besuch im Bundeskanzleramt.

Wachsendes Interesse

„Wir konnten in diesem Jahr mit dem Wettbewerb mehr junge Menschen für das Thema IT- und Internetsicherheit erreichen als je zuvor. Wir sehen ein steigendes Interesse bei jungen Menschen im kritischen Umgang mit ihrer digitalen Identität. Die Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung ist ein Erfolg“, erklärt Dr. Thomas Kremer, Vorstandsvorsitzender von Deutschland sicher im Netz e.V.

Start 2014

Der Jugendwettbewerb myDigitalWorld fördert seit 2014 Engagement für mehr IT-Sicherheit bei jungen Menschen. Durch die erstmalige Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bil-

dung im Schuljahr 2016/2017 hat das Thema IT-Sicherheit auch Eingang in den größten deutschsprachigen Schülerwettbewerb zur politischen Bildung gefunden.

Mehrere Patenorganisationen

Das Angebot von DsiN wirkt einem unter Jugendlichen weit verbreiteten Fatalismus entgegen. Laut DsiN-Sicherheitsindex 2016 bildet die Verbrauchergruppe der Fatalisten mit 52,4 Indexpunkten das Schlusslicht, wenn es um die digitale Sicherheit der Verbraucher geht. Fatalistische Nutzer kennzeichnen sich dadurch, dass sie zwar gute Kenntnisse zu Schutzmaßnahmen haben, dieses Wissen aber nicht in demselben Maße anwenden. myDigitalWorld soll als Angebot zur Anwendung vorhandenen Wissens motivieren, um (Selbst)Vertrauen zu stärken und Unsicherheiten abzubauen.

myDigitalWorld wird regelmäßig von mehreren Patenorganisationen unterstützt. In diesem Jahr sind dies neben dem Bundesministerium des Innern als Schirmherren von DsiN die DsiN-Mitglieder Deutsche Telekom, Google Deutschland und Ericsson.



MADE IN GERMANY
Echt bei uns im Handwerk!

Sie haben die Idee, wir die Lösung.

Wir setzen Maßstäbe.

INTERNATIONALE HANDWERKSMESSE

08. – 14.03.2017

Messegelände München | www.ihm.de

DAS HANDEWERK
DIE WIRTSCHAFTSMACHT VON NEBENAN

GHM
Your Fair Partner

Kommunales GIS Forum in Neu-Ulm:

Geodaten - fit für die Zukunft

Im kommunalen GIS-Forum des Runden Tisches GIS e.V. in Neu-Ulm erörterten GIS-Verantwortliche und Entscheidungsträger aus Gemeinden, Städten und Landkreisen, GIS-Anbieter und GIS-Dienstleister, Öffentlich bestellte Vermessungsingenieure und Vermessungsbüros, Vertreter der Kommunalen Spitzenverbände, Vertreter der GDIs aus Bayern und Baden-Württemberg sowie Vertreter kommunaler Fachmedien das Thema „Geodaten – fit für die Zukunft“. Neben aktuellen Geodaten-Entwicklungen wurden unter den Überschriften Geodaten und Betriebssteuerung, Geodaten und Stadtentwicklung sowie Geodaten und Mobilität Projekte aus der Praxis vorgestellt.

Dr. Klement Aringer, Bayerisches Landesamt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung, berichtete eingangs über „Aktuelles aus den Vermessungsverwaltungen“. Seinen Ausführungen zufolge befinden sich beim Breitbandausbau über 96 Prozent aller Kommunen bayernweit im Förderverfahren. Laut Aringer fördert die Bayerische Staatsregierung den digitalen Ausbau auch durch die Initiative BayernWLAN. Bis zum Jahr 2020 sollen insgesamt 20.000 Hotspots kostenfrei unter @BayernWLAN zur Verfügung stehen. Konkret sind 4.000 Standorte (Hotspots) mit je 2 Zugangspunkten (Accesspoints) für die Kommunen geplant, zudem 1.000 Standorte an geeigneten Behörden (2.000 Accesspoints) sowie die Einbeziehung der WLAN-Netze der Universitäten und Hochschulen (8.000 Accesspoints).

Aufgrund der positiven Resonanz an den Pilotstandorten wird das BayernWLAN um neue Schwerpunkte in den touristisch interessantesten Regionen Bayerns erweitert. Neben Liegenschaften des bayerischen Finanzministeriums werden hier in Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden 1.000 weitere Touristenhotspots nach dem Motto „Dort, wo Bayern am schönsten ist“ mit BayernWLAN ausgestattet. Kommunen und Landkreise wählen diese Standorte aus und der Freistaat übernimmt die Ersteinrichtungskosten für diese Tourismus-Hotspots (2.000 Accesspoints). Der Freistaat unterstützt die Kommunen mit 10 Mio. Euro bei der Ersteinrichtung. Die Hotspots sind mit Jugendschutzfilter ausgestattet.

Aringer verwies zudem auf das erste BayernLab in Traunstein, eröffnet im Oktober vergangenen Jahres. Mit einem Mini-Ho-

lobeck kann dort in virtuelle Welten eingetaucht werden; zudem können 3D-Drucker ausprobiert oder verschiedene Welten und Planeten auf einem 120 kg schweren digitalen Globus bestaunt werden. Auch ist es in der kostenfreien BayernWLAN-Lounge möglich, bei der schnellsten, öffentlichen Verbindung im Landkreis - 300 Mbit/s – im Internet zu surfen. BayernLabs sind Schaufenster für digitale Innovation und bieten modernste Technik zum Anfassen und Ausprobieren – kostenfrei und für Jedermann. Insgesamt werden insbesondere in ländlichen Regionen Bayerns acht IT-Labore eingerichtet.

BayernAtlas-App

Mit Blick auf neue Luftbildprodukte nannte Aringer die BayernAtlas-App, einem mobilen Begleiter für alle Freizeitinteressierten in Bayern. Sie bietet ein umfangreiches Kartenfeld mit verschiedenen amtlichen Kartenwerken und Luftbildern. Neben der Möglichkeit Wander- bzw. Radtouren als GPX-Track aufzuzeichnen, kann man mit Hilfe der historischen Karten einen Blick auf das Königreich Bayern vor über 150 Jahren werfen und mit der Gegenwart vergleichen. Die

Bayerische Vermessungsverwaltung bietet hochwertige Topographische Karten und Luftbilder in dieser App an.

Angelika Jais vom Bayerischen Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat, informierte über das neue Angebot der GDI-Bayern. Die Internetseite der Geodateninfrastruktur Bayern wurde grundlegend überarbeitet und orientiert sich am Erscheinungsbild des Webauftritts der Bayerischen Staatsregierung. Die Informationen zu den Geodatendiensten werden nun in einer Datenbank geführt und erlauben damit eine gezielte Suche. Auch dank der Suchmöglichkeit auf die Seiteninhalte werden die Zugriffszeiten auf die gewünschten Antworten wesentlich verkürzt.

Der schnelle Zugriff auf Informationen der Geodateninfrastruktur in Bayern, Deutschland oder Europa wird mit zusätzlichen Links zu diversen Portalen unterstützt, so Jais. Auch auf den Punkt „Barrierefreiheit“ wurde viel Wert gelegt. Das erweiterte Angebot an Arbeitshilfen und Leitfäden vereinfacht die Umsetzung von INSPIRE-relevanten Aufgaben, wie beispielsweise der WebMapService-Bereitstellung.

Dr.-Ing. Andreas Donaubaer, Technische Universität München, Lehrstuhl für Geoinformatik, stellte den neuen, zur Intergeo erschienenen Leitfaden Bezugssystemwechsel auf ETRS89/UTM des Runden Tisches GIS e.V., vor. Er enthält die Grundlagen der Koordinatentransformation, eine Übersicht der Realisierungspläne von Bayern und Baden-Württemberg, informiert über den Zeitplan und die Auswirkungen auf die Anwender von Geodaten und gibt einen Überblick über Produkte und Dienstleistungsangebote der Landesvermessungsbehörden und des Bundes. Zudem berichten betroffene Anwender von ihren Erfahrungen. Schließlich wird ein Überblick über Lösungskonzepte und Softwareprodukte von Firmen und konkrete Empfehlungen für die Umsetzung der Transformation gegeben. Als Autoren für diesen jüngsten Leitfaden des Vereins konnten aus dem Netzwerk des Runden Tisches GIS ausgewiesene Experten von Unternehmen, Landes- und Kommunalbehörden sowie aus der Wissenschaft gewonnen werden.

Mit „Vernetzter Mobilität am Beispiel der Stadt Augsburg“ befasste sich Jürgen Biedermann, Stadtwerke Augsburg Carsharing GmbH. Nach seinen Worten wandeln sich Stadtwerke zum zentralen Mobilitätsanbieter. Car- und Bike-Sharing ergänzen das vorhandene Mobilitätsangebot mit Bus und Tram, es gebe bequeme Mobilitätsangebote für den Umstieg zwischen Bus, Tram, Auto und Rad. In eineinhalb Jahren habe man in der Fuggerstadt bereits 1.000 Carsharing-Kunden, 30 Standorte und 71 Fahrzeuge verzeichnet.

Einfach und flexibel sei das neue „stationsbasierte“ Carsharing: Eine Vermietung sei ab einer Stunde bis zu mehreren Wochen möglich. Fahrzeugabholung und Rückgabe erfolgten am selben Standort (= stationsbasiertes Carsharing), Treibstoff, Reinigung, Versicherung und Wartung seien im Mietpreis bereits enthalten. Die bedarfsgerechte Fahrzeugflotte erstreckte sich vom City-Flitzer über 9-Sitzer bis Kastenwagen. Darüber hinaus vernetzte die SWA Fahrinfo App bisherige Mobilitätsangebote. Haltestellen, Bike- und Carsharing-Stationen werden in einer Kartenansicht dargestellt. Insgesamt handle es sich, so Biedermann, um ein ÖPNV-gerechtes Zusatzprodukt zu den bestehenden Buchungs-Apps. **DK**

Digital Government Barometer 2016:

Ausbaufähiges eGovernment

Die digitale Transformation im öffentlichen Sektor beschäftigt Gremien und Planungsstäbe über alle Verwaltungsebenen hinweg. Doch wie beurteilen die Bürgerinnen und Bürger den Ist-Zustand und geplante Entwicklungen im E-Government? Kommt die Verwaltungsdigitalisierung in den als wichtig empfundenen Bereichen voran? Eine repräsentative Umfrage, die im Auftrag des IT-Beratungsunternehmens Sopra Steria durchgeführt wurde, vergleicht den Ist-Zustand und geplante Entwicklungen im E-Government mit den Erwartungen und Wünschen der Menschen.

4.000 Personen aus Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Norwegen wurden in Online-Panel-Interviews befragt. Deutschland schneidet eher schlecht ab: Nur gut die Hälfte der Befragten hält das Niveau der Verwaltungsdigitalisierung allgemein für „fortgeschritten“, in einigen Teilbereichen ist die Zustimmung weit geringer.

Bemerkenswert an den deutschen Ergebnissen ist die vergleichsweise hohe Variabilität in der Einschätzung des digitalen Fortschritts bezogen auf verschiedene Verwaltungsbereiche: Als digital weit fortgeschritten wird in der Bundesrepublik zum Beispiel die Finanzverwaltung mit der Möglichkeit zur Online-Abgabe der Einkommensteuererklärung wahrgenommen. Im Gegensatz dazu gelten Justiz und Polizei bei den Bürgern bislang als digitale Nachzügler innerhalb der staatlichen Verwaltung.

Vorteile digitaler Online-Dienste

Eine überwältigende Mehrheit der Bevölkerung erwartet von ihrer Verwaltung einen zügigen Ausbau digitaler Serviceangebote: In Deutschland wären 83 Prozent der Befragten sogar bereit, alte Gewohnheiten im Umgang mit Behörden zu ändern, wenn sie im Gegenzug ihre Verwaltungsangelegenheiten online erledigen könnten. Als größte Vorteile digitaler Online-Dienste nannten 51 Prozent der deutschen Studienteilnehmer Zeiterparnis und 48 Prozent die Unabhängigkeit von Sprech- und Öffnungszeiten dank 7 mal 24 Stunden Zugriffsmöglichkeit via Internet. Weitere 45 Prozent erhoffen sich von der Verwaltungsdigitalisierung den Wegfall von Behördengängen sowie Anrufen bei Ämtern.

Gut ein Drittel der deutschen Teilnehmer nutzt bereits heute Online-Angebote der öffentlichen Verwaltung. Die Nutzungsfrequenz jedoch ist noch relativ gering: Nur fünf Prozent greifen wöchentlich, neun Prozent einmal im Monat und jeder fünfte halbjährlich auf digitale Dienste von Ämtern und Behörden zu. Zwei Drittel der Befragten aus der Bundesrepublik geben eine Nutzungshäufigkeit von einem Mal im Jahr oder noch seltener an.

Partielle Unsicherheiten

Aber auch partielle Unsicherheiten gegenüber öffentlichen Online-Diensten treten in der Studie zutage: So sehen sich hierzulande nur 43 Prozent der Befragten in der Lage, digitale Serviceangebote autonom und ohne fremde Hilfe zu nutzen. Jeder zweite deutsche Studienteilnehmer beherrscht den Umgang mit öffentlichen Online-Diensten weitgehend selbstständig, ist jedoch sporadisch auf Hilfe angewiesen. Sieben Prozent hingegen haben hierbei nach eigenem Bekunden ohne Hilfe Schwierigkeiten.

Wie können die verantwortlichen Verwaltungseinheiten in Deutschland am besten Hilfestellung leisten? Durch leicht

verständliche Artikel und Leitfäden im Internet, meinen 34 Prozent der Befragten. Durch eine rund um die Uhr erreichbare Hotline, sagen 30 Prozent, während 23 Prozent Unterstützung via Instant Messaging und Chats begrüßen würden.

Einheitliches Portal

Drei Viertel der bundesdeutschen Bevölkerung wünschen sich ein einheitliches Verwaltungsportal mit nur einmaligem Transfer gleichbleibender Daten. Rund vier von fünf Bürgern wollen via Internet auf öffentliche Services zugreifen und Behörden via E-Mail oder Online-Formulare jederzeit kontaktieren können. Gut zwei Drittel meinen, die öffentliche Verwaltung sollte mit unterschiedlichen Geräten über verschiedene digitale Kanäle erreichbar sein. Der Erfüllungsgrad dieser Erwartungen wird in der Bundesrepublik signifikant schlechter bewertet als in den anderen drei Ländern.

Wunsch nach Vereinfachung

Der Gesundheitssektor rangiert in der Bevölkerung aller vier untersuchten Länder unter den Top 3 der Digitalisierungsprioritäten. Nach Ansicht von 46 Prozent der deutschen Teilnehmer sollte die Digitalisierung von Verwaltungsabläufen inklusive Online-Kontaktmöglichkeit vor allem bei Personalstandsangelegenheiten vorangetrieben werden. Auf Platz zwei und drei der Prioritätenliste aus Bürgersicht folgen in der Bundesrepublik die Steuerverwaltung mit 37 Prozent und das Gesundheitswesen mit 31 Prozent.

Viele Verwaltungsabläufe sollten aus Sicht der Bürger vereinfacht werden. In Deutschland nennen 46 Prozent der Studienteilnehmer in diesem Kontext die Erneuerung des Personalausweises oder Reisepasses. 34 Prozent wünschen sich eine Vereinfachung bei der Einkommensteuererklärung und 32 Prozent bei Anträgen auf staatliche Leistungen. Weitere Vereinfachungswünsche beziehen sich in der Reihenfolge ihrer Häufigkeit auf Rentenansprüche, die Jobsuche und die Inanspruchnahme medizinischer Behandlungen sowie auf die Meldung eines Sterbefalles.

Verwaltungsdigitalisierung

Für einen Großteil der Bevölkerung hat die Verwaltungsdigitalisierung nicht nur auf nationaler, sondern auch auf europäischer Ebene Priorität. 60 Prozent der Befragten in der Bundesrepublik glauben, dass Online-Services für Bürger auch von Behörden der Europäischen Union angeboten werden sollten. Inhaltlich wäre aus Sicht der deutschen Teilnehmer die europäische Verwaltungsdigitalisierung hauptsächlich in den Bereichen Jobsuche (34 Prozent), Personalstandsfragen (34 Prozent) sowie Justiz und Polizei (31 Prozent) lohnenswert. **DK**

Stadtwerke Bad Reichenhall KU und Süd IT AG:

Signal für die Branche

Frühe Zertifizierung gemäß IT-Sicherheitskatalog der Bundesnetzagentur

Die Stadtwerke Bad Reichenhall gehen mit ihrem Partner Süd IT beim Schutz sensibler Infrastrukturen voran. Bereits 18 Monate nach Veröffentlichung des neuen IT-Sicherheitskatalogs durch die Bundesnetzagentur sind damit deren anspruchsvolle Anforderungen erfüllt.

Kernstück des Zertifizierungsprojektes waren der Aufbau und Betrieb eines Informationssicherheits-Managementsystems (ISMS) nach ISO/IEC 27001 sowie ISO/IEC TR 27019. Damit setzt der kommunale Versorger Standards bei Sicherheit, Risikomanagement, Prävention und Krisenreaktion. Darüber hinaus ermöglicht die gesteigerte Transparenz der Betriebsprozesse und Arbeitsabläufe den Stadtwerken, die Produktivität und Kosteneffizienz ihrer Leistungen für den Bürger zu steigern. Die Energiewirtschaft verfügt damit über ein belastbares Modell, um die Rechtskonformität sensibler Anlagen bis zum 31.01.2018 nachzuweisen.

Vorgaben effizient erfüllen

Insgesamt erstreckte sich das Zertifizierungsprojekt von dem ersten Projekttreffen über Vorbereitung, Implementierung sowie Vor- und Abschlussaudits über elf Monate. Süd IT Vorstand Dr. Stefan Krempf erläutert: „Wir haben zusammen mit den Branchenverbänden KOV und PEG ein speziell für mittelständische Energieversorger zugeschnittenes Projektvorgehen erarbeitet. Damit können die Netzbetreiber die Vorgaben der Bundesnetzagentur effizient erfüllen und gleichzeitig von den Vorteilen eines ISMS profitieren.“

Traditionell legen die Stadtwerke Bad Reichenhall großen Wert auf eine starke Absicherung ihrer Versorgungsleistungen. Auf Basis der hohen personellen und technischen Sicherheitskompetenz hat das Unternehmen die Initiative ergriffen und die Zertifizierung aktiv vorangetrieben, wie Jörg Schmitt, Vorstand der Stadtwerke Bad Reichenhall, ausführt: „Die Umsetzung des IT-Sicherheitskatalogs ist für uns keine bloße Pflichtübung: Wir haben die Zertifizierung in erster Linie als

Chance gesehen, einen dynamischen Schutz für unsere Geschäftsmodelle zu implementieren, damit wir auch auf unvorhergesehene Gefahrenlagen schnell und richtig reagieren können. Der methodische Ansatz und die gute Zusammenarbeit mit der Süd IT hat es uns ermöglicht, dieses Ziel mit weniger Zeit- und Budgeteinsatz als geplant zu erreichen. Gemeinsam haben wir ein ISMS eingeführt, das unsere Gefahrenabwehr stärkt und auch betriebswirtschaftlich einen Mehrwert in Form von umfassender Prozesskontrolle und Workflow-Optimierung liefert.“

TÜV Rheinland führte das abschließende Audit (Prüfverfahren) bei den Stadtwerken Bad Rei-

chenhall durch. Dieses Audit war zugleich Bestandteil des Verfahrens, das TÜV Rheinland erfolgreich absolvieren muss, um die Akkreditierung für den IT-Sicherheitskatalog zu erhalten. Nach Abschluss der noch ausstehenden Anerkennung durch die Deutsche Akkreditierungsstelle (DAkkS) fungiert der TÜV Rheinland als Prüforganisation für Gas- und Stromnetzbetreiber und darf Prüf- und Zertifizierungsverfahren nach dem IT-Sicherheitskatalog der Bundesnetzagentur durchführen. Dazu Ralph Freude, Head of Business Line ICT bei TÜV Rheinland: „Im Hinblick auf die Fristsetzung zum 31. Januar 2018 ist es uns wichtig, Energieversorgern schnell als Prüfdienstleister zur Verfügung zu stehen. Wir haben für unsere DAkkS-Akkreditierung dieses Projekt der Süd IT ausgewählt.“ **DK**

Stadt Ingolstadt startete mit EinsA ins Jahr 2017

Die Stadt Ingolstadt führte zum Jahreswechsel das Anwendungsverfahren EinsA für die Durchführung der Einbürgerungs- und Staatsangehörigkeitsverfahren ein. Damit ist der „Lückenschluss“ zwischen den beiden seit vielen Jahren eingesetzten Fachverfahren OK.EWO und OK.VISA hergestellt.

Bislang behalf sich die bayerische Großstadt mit über 130.000 Einwohnern mit Excel-Tabellen und Word-Dokumenten, um die Bearbeitung der rund 300 Einbürgerungsanträge und etwa 50 staatsangehörigkeitsrechtlichen Vorgänge pro Jahr zu bewerkstelligen.

Geringerer Erfassungsaufwand

Nicht zuletzt aufgrund der Notwendigkeit, jedes abgeschlossene Verfahren an das EStA-Register beim Bundesverwaltungsamt melden zu müssen, war die bisherige Arbeitsweise nicht mehr zeitgemäß. Mit Hilfe von EinsA können die vier Mitarbeiter des Amtes für Staatsangehörigkeits- und Ausländerangelegenheiten nicht nur alle erforderlichen Dokumente direkt aus dem Fachverfahren heraus erzeugen, auch der Erfassungsaufwand reduziert sich erheblich, beginnend mit der Datenübernahme aus OK.VISA bis hin zur abschließenden Meldung an das EStA-Register und das Statistische Landesamt. Komplettiert wird die Lösung durch eine elektronische Aktenführung. **DK**

Schnelles Internet in Bayern:

Breitbandausbau läuft auf Hochtouren

Auf Hochtouren läuft im Freistaat der Ausbau von schnellem Internet. In jüngster Zeit haben 19 Gemeinden aus Niederbayern, 51 Gemeinden aus Oberbayern und 14 Gemeinden aus Schwaben Breitband-Förderbescheide aus den Händen von Finanz- und Heimatminister Dr. Markus Söder sowie Finanzstaatssekretär Albert Füracker erhalten. Außerdem wurden aktuell Kommunen in Unter- und Mittelfranken sowie der Oberpfalz bedacht.

„Breitband ist Zukunft. Nur wo Breitband vorhanden ist, werden Arbeitsplätze entstehen und erhalten. Ziel sind hochleistungsfähige Breitbandnetze mit Übertragungsraten von mindestens 50 Mbit/s. Hierfür stellt der Freistaat Bayern bis zu 1,5 Milliarden Euro zur Verfügung - eine bundesweit einzigartige Summe“, betonte Söder. „Der Anschluss an die Datenautobahn stärkt die ländlichen Regionen und die Heimat“, ergänzte Füracker.

Insgesamt rund 8,8 Millionen Euro Förderung erhielten 19 Gemeinden aus Niederbayern. Mit 256 Gemeinden befinden sich dort 99 Prozent im Förderverfahren. 229 Kommunen wurde inzwischen eine Fördersumme von insgesamt über 97 Millionen Euro zugesagt. Ein großer Teil der Fördermittel von maximal rund 216,67 Millionen Euro für Niederbayern ist aber noch offen. „Investieren Sie weiter in den zukunftsweisenden Ausbau des schnellen Internets und schließen Sie auch kleine Ortschaften an“, appellierte Söder.

Oberbayern

51 Gemeinden aus Oberbayern können sich über eine Förderung von insgesamt rund 18,7 Millionen Euro freuen. Mit 464 Gemeinden befinden sich dort 93 Prozent im Förderverfahren. 266 Kommunen wurde inzwischen eine Fördersumme von insgesamt rund 92,7 Millionen Euro zugesagt. Ein Großteil der Fördermittel von maximal rund 365 Millionen Euro für Oberbayern ist aber noch offen.

Mit insgesamt 4,8 Millionen Euro Förderung wurden 14 Gemeinden aus Schwaben bedacht. Mit 323 Gemeinden befinden sich dort 95 Prozent im Förderverfahren. 191 Kommunen wurde inzwischen eine Fördersumme von insgesamt rund 69,1 Millio-

nen Euro zugesagt. Ein Großteil der Fördermittel von insgesamt 232,95 Millionen Euro für Schwaben ist aber noch offen.

Die Stadt Stadtprozelten und die Gemeinde Faulbach im Landkreis Miltenberg erhielten 57.678 bzw. 167.767 Euro Förderung. Mit 293 Gemeinden befinden sich in Unterfranken derzeit 95 Prozent im Förderverfahren. 206 Kommunen wurde inzwischen eine Fördersumme von insgesamt mehr als 58,7 Millionen Euro zugesagt. Ein großer Teil der Fördermittel von maximal 192,25 Millionen Euro für Unterfranken ist aber noch offen.

Eine Förderung in Höhe von 177.009 bzw. 777.190 Euro bekamen die Stadt Schwabach und die Gemeinde Rohr im Landkreis Roth. Mit 202 Gemeinden befinden sich in Mittelfranken 96 Prozent im Förderverfahren. 147 Kommunen wurde inzwischen eine Fördersumme von insgesamt rund 56,4 Millionen Euro zugesagt. Ein Großteil der Fördermittel von maximal rund 148,65 Millionen Euro für Mittelfranken ist aber noch offen.

Landkreis Neumarkt

In den Märkten Lupburg und Breitenbrunn (Landkreis Neumarkt i. d. OPf.) können nunmehr insgesamt rund 900 bislang unversorgte Haushalte die Datenautobahn mit High-Speed benutzen. Der Freistaat förderte den Breitbandausbau mit 174.753 Euro im Markt Lupburg und mit 604.910,78 Euro im Markt Breitenbrunn. In der Gemeinde Mühlhausen sind nunmehr rund 850 bislang unversorgte Haushalte an das schnelle Internet angeschlossen. Der Freistaat förderte den Breitbandausbau mit 395.600 Euro.

„Es hat sich viel getan in den letzten beiden Jahren, auch im Landkreis Neumarkt“, merkte

Füracker an. Ende 2013 konnten nur 11,9 Prozent der Haushalte im Landkreis Neumarkt i. d. OPf. schnelles Internet nutzen. Nach zweieinhalb Jahren Breitbandinitiative des Heimatministeriums können bereits 51,2 % der Haushalte Bandbreiten von mindestens 50 Mbit/s nutzen, 66,6 % sogar mindestens 30 Mbit/s. Der Landkreis liegt damit weit über dem Durchschnitt der ländlichen Regionen in Bayern.

„In zwei Jahren wurden über 23.000 Haushalte im Landkreis an das schnelle Internet angeschlossen“, erklärte Füracker. 18 Kommunen erhielten Förderbescheide über insgesamt 7,6 Millionen Euro. 8,2 Millionen Euro stehen den Kommunen noch zur Verfügung.

96 % im Förderverfahren

Bayernweit sind über 96 % aller Kommunen im Förderverfahren, über 500 Kommunen durchlaufen das Verfahren bereits ein zweites oder drittes Mal. Minister Söder zufolge starten 1.416 Kommunen mit einer Gesamtfördersumme von über 546 Millionen Euro in den Breitbandausbau. Viele Gemeinden gehen mehrfach in das Verfahren, um schrittweise eine hohe Flächendeckung und besonders zukunftssichere Glasfasernetze bis in die Gebäude zu erreichen.

In rund 500 Gemeinden sind erste Ausbauprojekte bereits abgeschlossen; in über 1000 Gemeinden laufen aktuell die Baumaßnahmen. Allein bei diesen Projekten werden über 26.000 km Glasfaserleitungen neu verlegt. Aktuell werden im Förderverfahren über 580.000 bislang unversorgte Haushalte an das schnelle Internet angeschlossen, davon 50.000 Haushalte sogar mit Glasfaser bis ins Haus (FTTB).

Beratung durch Breitbandmanager

Wichtige Hilfe für die Kommunen ist die Beratung durch die Breitbandmanager an den Ämtern für Digitalisierung, Breitband und Vermessung und das Bayerische Breitbandzentrum Amberg. In über 7.500 persönlichen Gesprächen und weit mehr telefonischen Kontakten wurde jede Gemeinde beraten. Seit Übernahme der Verantwortung durch das Heimatministerium verbesserte sich die Versorgung mit schnellem Internet bei einer Bandbreite von mind. 50 Mbit/s in ländlichen Gemeinden Bayerns von unter 16 auf über 32 Prozent der Haushalte. Seit Ende 2013 wurden in Bayern über 900.000 Haushalte an das schnelle Internet angeschlossen.

Eine besondere Herausforderung beim Ausbau des schnellen Internets sind Kommunen mit sehr vielen Streusiedlungen. Daher sollen diese Gemeinden bei künftigen Ausbauprojekten zusätzlich mit einem „Höfebonus“ unterstützt werden. Dazu wird der, je nach Finanzkraft gestaffelte, Fördersatz für künftige Projekte auf 80 Prozent angehoben und der Förderhöchstbetrag erhöht. Voraussetzung dafür ist, dass die Gemeinde bereits einen Förderbescheid zu bisherigen Konditionen erhalten hat und einen großen Teil ihres Förderhöchstbetrags so abgerufen hat. Kommunen, die bereits bisher einen Fördersatz von 90 Prozent hatten, behalten diesen. Ein besonderer Fokus beim Höfebonus liegt auf einem hohen Anteil direkter Glasfaseranschlüsse in die Gebäude (FTTB). Details werden noch mit den kommunalen Spit-

zenverbänden und dem ORH abgestimmt. Der Höfebonus wird innerhalb des 1,5-Milliarden-Euro-Rahmens bleiben, weil andere Gemeinden ihren Förderhöchstbetrag nicht ausschöpfen. Keine Kommune muss mit einer Kürzung ihres Förderhöchstbetrags rechnen.

Unternehmen benötigen jetzt schon direkte Glasfaseranschlüsse und höhere Bandbreiten als 30 Mbit/s, damit sie im globalen Wettbewerb nicht den Anschluss verlieren. Nach EU-Vorgaben ist eine Förderung bisher nicht zulässig, wenn ein Gebiet bereits mit 30 Mbit/s erschlossen ist, weil diese Geschwindigkeit laut EU als „schnelles Internet“ gilt. Gewerbebetriebe benötigen aber oft höhere, auch symmetrische, Bandbreiten. Die EU-Kommission muss also ihre restriktiven Leitlinien aus dem Jahr 2013 dringender anpassen. Bis dies geschieht, will der Freistaat laut Söder eine pilothafte „Gigabit-Förderung“ angehen und in ausgewählten Gewerbegebieten den Ausbau von Glasfaserleitungen bis in die Gebäude unterstützen. Erreichbar sein sollen Geschwindigkeiten von 1.000 Mbit/s und mehr.

Ausgewählte Pilotgemeinden

In allen Regierungsbezirken ist der Freistaat in Gesprächen mit ausgewählten Pilotgemeinden: Ebersberg, Oberbayern; Huthorn, Niederbayern; Biessenhofen, Schwaben; Neutraubling, Oberpfalz; Kulmbach, Oberfranken; Kleinostheim, Unterfranken, Kammerstein, Mittelfranken. Im nächsten Schritt wird das Vorgehen mit der EU Kommission mit dem Ziel abgestimmt, noch im Jahr 2017 eine Genehmigung aus Brüssel zu erhalten. **DK**

Sonderförderprogramm Mittelstand des BMVI

Das Bundesverkehrsministerium hat das mit einem Volumen von 350 Millionen Euro ausgestattete „Sonderförderprogramm Mittelstand“ vorgestellt. Damit will das Ministerium den Ausbau mit Gigabit-Glasfaser-Anschlüssen bislang unversorgter Gewerbe-/Industriegebiete sowie Häfen vorantreiben.

Die Mindestgeschwindigkeit der Anschlüsse muss dabei mindestens 1 Gbit/s im Up- und Downstream (= symmetrische Bandbreite) erreichen. Die Vergabe der Fördermittel erfolgt im so genannten Windhundverfahren. Die maximale Fördersumme je Projekt beträgt 1 Million Euro. Um Fördermittel erhalten zu können, müssen 80 Prozent der Grundstückseigentümer im jeweiligen Gewerbe-/Industriegebiet eine Eigenbeteiligung in Höhe von 2.000 Euro leisten. Das neue Sonderförderprogramm ist Teil des Bundesförderprogramms und mit den Förderprogrammen der Länder kombinierbar.

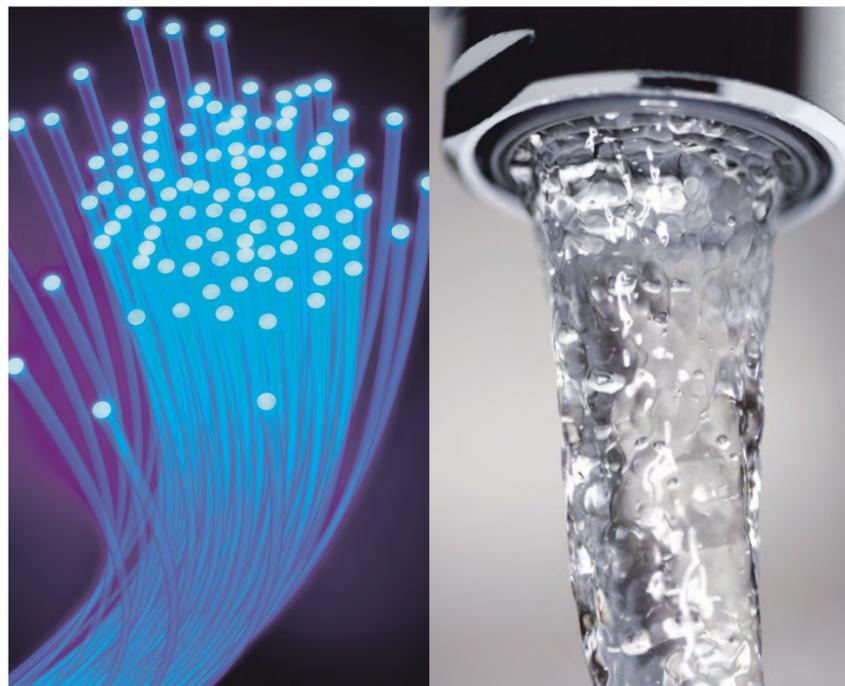
Lob von BREKO

Der BREKO begrüßt grundsätzlich die neu geschaffene Fördermöglichkeit, da sie dazu beitragen kann, die Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft voranzutreiben und Deutschland auf dem Weg in die Gigabit-Gesellschaft auf diese Weise weiter voranzubringen. Ob die obligatorische Eigenbeteiligung der Attraktivität des Förderprogramms im Wege stehen wird, wird sich in den kommenden Monaten zeigen.

„Die Digitalisierung unseres Landes mit Glasfasernetzen als Basisinfrastruktur sichert Deutsch-

land Wachstum und Wohlstand“, sagt BREKO-Geschäftsführer Dr. Stephan Albers. „Gerade in Hinblick auf die Anbindung von Unternehmen mit ultraschnellen Glasfaseranschlüssen besteht dringender Handlungsbedarf, den die Bundesregierung mit ihrem klaren Fokus auf Glasfaser bis direkt zu den Unternehmen erkannt hat. Weitere Fördermittel für die Digitalisierung der Wirtschaft werden auch in den kommenden Monaten und Jahren einen wichtigen Baustein auf dem Weg in die Gigabit-Gesellschaft darstellen.“

Kritisch sieht der BREKO unterdessen, dass Unternehmen in so genannten Nahbereichen rund um die bundesweit knapp 8.000 Hauptverteiler nicht von der neuen Fördermöglichkeit profitieren können: Denn in solchen Bereichen ist eine Förderung nachhaltiger und zukunftssicherer Glasfaseranschlüsse aufgrund der Vectoring-II-Entscheidung der Bundesnetzagentur nicht möglich. Nach Ansicht des führenden deutschen Glasfaserverbands sollte keine Unterscheidung zwischen Nahbereichen und allen anderen Gebieten gemacht werden. Vielmehr sollten auch Unternehmen, die ganz oder teilweise in Nahbereichen liegen, zur Sicherung ihrer Wettbewerbsfähigkeit von der neuen Bundesförderung profitieren können. **□**



WIR FÖRDERN GLAS UND KLAR

Bayerns Kommunen stehen vor großen Herausforderungen. Als Förderbank für Bayern finanzieren wir Investitionen in den Ausbau der Breitbandtechnologie genauso wie klassische kommunale Projekte. Gerne beraten wir Sie, wie Sie mit unseren zinsgünstigen Darlehen Ihre Region fit für die Zukunft machen. Tel. 0800 - 21 24 24 0



LfA FÖRDERBANK BAYERN

Beratung. Finanzierung. Erfolg.

www.lfa.de

LfA Förderbank Bayern:

Gründungs- und Wachstumsfinanzierung wird noch attraktiver

Die bayerische Mittelstandsfinanzierung über die LfA Förderbank Bayern wird noch attraktiver. Im Bereich Gründung und Unternehmensnachfolge sowie in der Wachstumsfinanzierung muss ab sofort nur noch ein Antrag pro Vorhaben gestellt werden, um eine Finanzierung von bis zu 100 Prozent zu erhalten. Die Finanzierung bietet weitere erhebliche Vorteile: Der maximale Kreditbetrag beläuft sich auf 10 Millionen Euro. Bis zu einer Darlehenshöhe von 2 Millionen Euro (bisher: 1,5 Millionen Euro) kann die LfA 70 Prozent (Gründung) bzw. 60 Prozent (Wachstum) des Kreditrisikos bei Bedarf durch eine Haftungsfreistellung übernehmen. Der Zinssatz startet aktuell bei 1,0 Prozent. Darlehenslaufzeiten und Zinsbindungen sind bis zu 20 Jahren möglich.

„Gründer und mittelständische Unternehmen sind der Motor der bayerischen Wirtschaft. Mit dem verbesserten Förderangebot der LfA können neue Geschäftsideen und Zukunftsinvestitionen noch einfacher verwirklicht werden. Unternehmen profitieren so von einer unbürokratischen und raschen Finanzierung zu langfristig günstigen Konditionen“, so Bayerns Wirtschaftsministerin und LfA-Verwaltungsratsvorsitzende Ilse Aigner.

Dr. Otto Beierl, Vorstandsvorsitzender der LfA, ergänzt: „Förderung muss einfach, schlank und flexibel sein. Deshalb haben wir unsere Gründungs- und Wachstumsförderung neu aufgestellt. Pro Vorhaben ist ab sofort nur noch ein Antrag notwendig und das bei sehr attraktiven Konditionen. Das ist eine deutliche Verbesserung für den bayerischen Mittelstand und die Hausbanken.“

Informationen zu den Finanzierungsmöglichkeiten bietet die LfA-Förderberatung: Telefon 0800 / 21 24 24 0 (kostenfrei), www.lfa.de **□**

Bayerischer Datenschutzbericht:

Brennpunkt Digitalisierung

Der Bayerische Landesbeauftragte für den Datenschutz, Dr. Thomas Petri, hat seinen Tätigkeitsbericht für die Jahre 2015/2016 vorgestellt. Darin sind neben den Grundsatzthemen Neuordnung des Europäischen Datenschutzrechtsrahmens und Videoüberwachung in Bayern eine Vielzahl von Beiträgen zur Gesetzgebung, zu Bürgerbeschwerden und zu Prüfungen bei bayerischen öffentlichen Stellen enthalten.

Einen Prüfungsschwerpunkt hat wie in den vergangenen Jahren die Videoüberwachung in Bayern gebildet. Bei der Überprüfung von Videoüberwachungssystemen in bayerischen öffentlichen Krankenhäusern stellte er einige Unsicherheiten hinsichtlich der rechtlichen und technischen Rahmenbedingungen fest. Zahlreiche Anfragen betrafen die Videoüberwachung in staatlich und kommunal betriebenen Unterkünften für Asylsuchende. Zum Schutz der Bewohnerinnen und Bewohner dieser Unterkünfte könne Videoüberwachung zulässig sein, so der Datenschutzbeauftragte.

Videoüberwachung

Unter welchen Voraussetzungen öffentliche Schulen Videoüberwachungsanlagen betreiben dürfen, hat das bayerische Landesrecht Petri zufolge detailliert geregelt. Eine Schule nahm auf dem Schulgelände zahlreiche Kameras in Betrieb, so auch im Kollegstufencafé. Von dort wurden die Bilder direkt auf einen Monitor im Eingangsbereich der Schule übertragen, sodass alle Besucher des Schulgebäudes das Geschehen im Kollegstufencafé „live“ mitverfolgen konnten. Weder der Kamerastandort noch die per „Fernsehen“ bewirkte soziale Kontrolle entsprachen allerdings den rechtlichen Vorgaben. Gleichwohl berief sich die Schulleitung darauf, auf diese Weise aufsichtsführendes Personal einsparen zu können. „Auf meine Intervention hin konnte das Kultusministerium die Schule mit einigem Nachdruck schließlich zum Einlenken bewegen; letztlich wurden alle Kameras abgebaut“, erklärte Petri.

In einer flächendeckenden Prüfung von mehr als 100 Krankenhäusern und Krankenhausverbänden untersuchte er zudem deren Outsourcing-Aktivitäten insbesondere hinsichtlich des Scannens und Archivierens von Klinikunterlagen und der vorhandenen Entsorgungskonzepte. Dabei musste er diverse Mängel feststellen. Zur Gleichbehandlung öffentlicher und privater Krankenhäuser in Bayern erarbeitete der Landesdatenschutzbeauftragte gemeinsam mit dem Landesamt für Datenschutzaufsicht einen Leitfadens, der ausführlich die rechtlichen Anforderungen darstellt und verschiedene Lösungswege aufzeigt.

Bei der Prüfung von Apps bayerischer Behörden - Anwendungen für mobile Telekommunikationsgeräte - stellte Petri fest, dass vergleichbare Fehler gemacht werden wie schon vor Jahren bei der Entwicklung von Webanwendungen. Verantwortliche legten ihr Augenmerk häufig allein auf Funktionalität und Design. Datenschutz- und Datensicherheitsaspekte der App und der dahinterliegenden Systeme würden hingegen vielfach nicht oder nur unzureichend berücksichtigt. Als Handlungsalternativen blieben den öffentlichen Stellen jetzt nur Nachbesserungen, eventuell sogar kostenintensive Neuentwicklungen oder die „Abschaltung“.

Schleichend bedrohten neue Technologien das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung vieler Bürger. Dazu zählen Petri zufolge intelligente Wassermesser, die detailliert bestimmte Verbrauchswerte speichern und einzelne dieser Daten sogar regelmäßig „auf die Straße“ funken. Der Einsatz solcher Zähler sei aus diesen Gründen mit erheblichen datenschutzrechtlichen Problemen behaftet. Insbesondere könne ein Verbrauchsprofil aus den Daten erstellt werden, ohne dass die Betroffenen dies bemerken. Mit den zuständigen Staatsministerien und dem Bayerischen Gemeindetag sei er übereingekommen, dass für eine Übergangszeit eine Regelung durch kommunale Satzungen (nur) möglich ist, wenn Kunden von Wasserversorgungsunternehmen dem Einbau dieser Zähler widersprechen können.

Steuerverwaltung

Wesentliche Verbesserungen erfuhr der Datenschutz in der bayerischen Steuerverwaltung. Ursprünglich hatte ein einziger gemeinsamer behördlicher Datenschutzbeauftragter alle rund 100 Finanzämter und Außenstellen im Freistaat zu betreuen. „Dies war nicht ansatzweise aufgabengerecht“, stellte Petri fest und ergänzte: „Meine langjährigen Bemühungen um die Bestellung je eines behördlichen Datenschutzbeauftragten bei jeder einzelnen bayerischen Finanzbehörde hatten im Berichtszeitraum endlich Erfolg. Für die Steuerbürgerinnen und Steuerbürger sowie für die Finanzamtsbediensteten stehen nun bayernweit bei allen Finanzämtern und Außenstellen

datenschutzkundige Ansprechpersonen zur Verfügung, die zudem eine effektive örtliche Datenschutzkontrolle sicherstellen können.“

Fuhrparkmanagement

Großer Beliebtheit erfreuen sich laut Petri GPS-Ortungssysteme im Fuhrparkmanagement. Sie fänden auch bei bayerischen öffentlichen Stellen zunehmend Verwendung, etwa in Fahrzeugen kommunaler Bauhöfe. Die Mitarbeiterüberwachung durch GPS indes Risiken für die Datenschutzrechte der Bediensteten: Insbesondere die gewonnenen Bewegungsprofile könnten nämlich auch zur Leistungs- und Verhaltenskontrolle genutzt werden. „Ich habe ausführliche Hinweise für den Einsatz von GPS-Ortungssystemen in Dienstfahrzeugen erarbeitet und dabei hervor-

Münchner CSU und SPD:

Einigung auf Neuorganisation der städtischen IT

Die Münchner Stadtratsfraktionen von CSU und SPD haben sich auf Eckpfeiler für die Neuorganisation der städtischen IT verständigt:

1. Gegründet werden soll ein eigenes IT-Referat mit einem dann für die gesamte städtische IT zuständigen Referenten. Dieser soll noch in diesem Jahr seine Arbeit aufnehmen. Dem zu gründenden Referat wird zunächst der Eigenbetrieb it@M unterstellt. Die städtischen Referate behalten eigene IT-Einheiten, die sich jedoch künftig auf das fachliche Anforderungsmanagement konzentrieren sollen. Auch soll es weiterhin an allen großen Standorten der Stadt einen „Vor-Ort-Support“ geben, um IT-Ausfälle so schnell wie möglich zu beheben beziehungsweise im besten Fall ganz zu vermeiden.

2. Parallel wird die Gründung einer Betriebs-GmbH geprüft, in die der Eigenbetrieb überführt werden soll, sobald die wesentlichen Voraussetzungen (u. a. Klärung der Umsatzsteuerpflicht) vorliegen. Die GmbH bietet die Voraussetzung für ein flexibleres Personalmanagement und mehr unternehmerische Freiheit.

3. Die IT in den Schulen und Kindertageseinrichtungen soll in einem ersten Schritt in eine bei den Stadtwerken München angegliederte GmbH integriert werden. Dies ist sinnvoll, damit den Bildungseinrichtungen und somit

gehoben, dass die Beschäftigten nicht einem permanenten Kontrolldruck ausgesetzt werden dürfen. Eine wichtige Sicherung liegt hier zudem in der Mitbestimmung des Personalrates.“

Recht auf Auskunft

Ende 2015 hat der Gesetzgeber in das Bayerische Datenschutzgesetz ein neues allgemeines Recht auf Auskunft aufgenommen. Der neue Zugangsanspruch erfasst Petri zufolge einen weiten Kreis von Informationen bei einer Vielzahl von Behörden im Freistaat, auch bei den Kommunen. Das Recht auf Auskunft sei ein wichtiger Baustein eines modernen, seine Verwaltungsabläufe grundsätzlich offenlegenden Gemeinwesens. Die Kontroll- und Beratungspraxis zeige, dass der Auskunftsanspruch zunehmend Bekanntheit erlangt. Um dies zu unterstützen, hat der Datenschutzbeauftragte eine Handreichung „Wie Sie das allgemeine Auskunftsrecht geltend machen“ erarbeitet, die auf seiner Homepage abgerufen werden kann. **DK**

Bei Anruf Hilfe – und zwar prompt

Gemäß n-tv-Test hat M-net den besten Telefon-Service

Im Auftrag des Nachrichtensenders n-tv hat das Deutsche Institut für Service-Qualität (DISQ) den Kundenservice von zahlreichen Unternehmen unter die Lupe genommen. Dem führenden regionalen Glasfaser-Anbieter M-net verlieh das Institut die Note „sehr gut“ für den besten Telefon-Service in seiner Branche. Während Kunden in vielen Hotlines zu viel Zeit in Warteschleifen verbringen, ist der telefonische Kundenservice bei M-net den Testern zufolge top.

Wie gut ist der Telefon- und E-Mail-Service deutscher Firmen wirklich - jenseits der üblichen Werbeversprechen? Das sollte das Deutsche Institut für Service-Qualität im Auftrag von n-tv herausfinden und prüfte dazu den Kundenservice von 364 Unternehmen aus verschiedenen Branchen. Grundlage der im Januar 2017 veröffentlichten Metaanalyse waren über 30 Studien, die das Institut im Vorjahr durchgeführt hatte.

Mit 81 von maximal 100 Punkten und dem Qualitätsurteil „sehr gut“ landete der regionale Telekommunikationsanbieter M-net auf dem ersten Platz in der Rubrik „Bester Service per Telefon“ unter allen Firmen aus dem Bereich Technik und Telekommunikation. Im Mittelpunkt der Untersuchung standen unter anderem die Beratungskompetenz, Freundlichkeit und Verständlichkeit der Mitarbeiter sowie die anfallenden Wartezeiten.

Optimierter Kundenservice

„In den vergangenen drei Jahren haben wir unseren Kundenservice fortlaufend verbessert. Nicht nur die üblichen Kennzahlen belegen das, auch das direkte Feedback unserer Kunden am Telefon bestätigt uns, dass wir auf dem richtigen Weg sind“, so Christian Biermann, Leiter des M-net Kundenservice.

Bereits im vergangenen Jahr hat die unabhängige ServiceRating GmbH den Kundenservice von M-net mit der Note „sehr gut“ bewertet. Insbesondere die kundenorientierte Beratung und die persönliche Betreuung stachen bei der Bewertung heraus. Der ausgezeichnete Service schlägt sich letztlich auch in der Unternehmensentwicklung nieder. M-net zählt seit Jahren zu den am schnellsten wachsenden Telekommunikationsunternehmen in ganz Deutschland. **□**

Highspeed-Internet in der ESKARA Sport + Kulturarena

E-Mails abrufen, Fakten recherchieren oder Notizen in der Cloud speichern. Wer heute eine Tagung besucht, erwartet einen schnellen und zuverlässigen Internetzugang. Damit auch die Gäste der ESKARA Sport + Kulturarena in Essenbach mit ihren Laptops und Smartphones ins Netz kommen, bietet der Hausherr künftig Highspeed-Internet per WLAN.

Die ESKARA Sport + Kulturarena in Essenbach ist ein beliebter Veranstaltungsort in Niederbayern. Regelmäßig finden hier Sport- und Kulturveranstaltungen statt, die für eine volle Halle sorgen. Daneben buchen Firmen, Vereine und Verbände die Arena, um sie für Tagungen, Versammlungen und Messen zu nutzen.

Veränderte Erwartungshaltung

„Die Erwartungen der Teilnehmer solcher Veranstaltungen haben sich in den vergangenen Jahren verändert“, weiß ESKARA-Geschäftsführer Antonio D'Auria. „Was die Grundausstattung der Halle angeht, so ist ein schneller Internetzugang per WLAN für die meisten heute ganz selbstverständlich.“ Er ist froh, dass er seinen Kunden künftig genau das anbieten kann: Highspeed-Internet mit einer

Bandbreite bis zu 300 Megabit pro Sekunde. Mit dem modernen Glasfasernetz, das die Gemeinde und der Telekommunikationsanbieter M-net vor wenigen Jahren in Essenbach aufgebaut haben, ist die ESKARA Sport + Kulturarena gleich über zehn Zugangspunkte verbunden. Zwei dieser sogenannten Access Points werden dauerhaft von M-net gesponsert. Die Anbindung ermöglicht, dass ein stabiles und schnelles WLAN-Netz in der Haupthalle, dem Foyer und im Tagungsbereich zur Verfügung steht. „Ich freue mich, dass wir mit Unterstützung unseres strategischen Partners M-net künftig eine erstklassige digitale Infrastruktur anbieten können. Das macht uns als Tagungsort noch attraktiver“, freut sich ESKARA-Chef Antonio D'Auria.

Noch vor wenigen Jahren verfügte die ESKARA Sport + Kulturarena, genau wie alle anderen Häuser in Essenbach, nur über langsame, instabile DSL-Leitungen. Da kein Telekommunikationsanbieter von sich aus den Breitbandausbau vorantreiben wollte, nahm die Gemeinde die Sache selbst in die Hand. Nach einer Vorvermarktung entschied sie 2013, in einem bis dahin einzigartigen Projekt ein eigenes Glasfasernetz bis in die einzelnen Gebäude hinein zu verlegen.

Mit dem regionalen Telefon- und Internetanbieter M-net fand Essenbach einen zuverlässigen Partner und Betreiber des Netzes. Heute stehen den Einwohnern leistungsfähige Telefon- und Internetanschlüsse mit Bandbreiten bis zu 300 Mbit/s zur Verfügung sowie ein umfangreiches TV-Angebot mit über 100 (HD-)Sendern und zahlreichen Extrafunktionen zur Verfügung. **□**

M ein neuer Heimvorteil

Auch auf dem Land mit Highspeed im Internet unterwegs.

20 Jahre M-net

breitbandausbau@m-net.de

M-net Mein Netz

E-Payment für Kommunen

GZ-Interview mit Roland Schmautz,
Vizepräsident des Sparkassenverbands Bayern

Seit 2015 gilt das Bayerische E-Government-Gesetz zur Umsetzung von Verwaltungsvereinfachungen und Förderung der Digitalisierung im kommunalen Verwaltungsablauf. Kommunen, die ihren Bürgern in Online-Serviceportalen Leistungen anbieten, müssen demnächst auch für eine passende Bezahlösung, das E-Payment, sorgen. Dazu sprach die Bayerische Gemeindezeitung mit Roland Schmautz, Vize-Präsident des Sparkassenverbands Bayern.

GZ: Wozu sind die Kommunen tatsächlich rechtlich verpflichtet in Sachen E-Payment und seit wann?

Schmautz: Das Bayerische E-Government-Gesetz von 2015 sieht vor, dass auch „geeignete elektronische Zahlungsmöglichkeiten“ vorgehalten werden müssen, wenn eine Kommune ihre Leistungen online anbietet. Deshalb reicht es auch nicht, einfach Überweisungen auf das Konto der Kommune zu akzeptieren. Es muss eine Bezahlösung direkt im Online-Portal implementiert sein. Derzeit gibt es noch eine Übergangsfrist, die endet allerdings mit dem Jahr 2019.

GZ: Worin liegt denn der Mehrwert für Kommunen, wenn sie ihre Fachverfahren elektronisch zur Verfügung stellen?

Schmautz: Einmal geht es um eine effizientere und schnellere Abwicklung im Rathaus oder Landratsamt. Da heißt das Thema natürlich: moderne, bedarfsgerechte Kommune. Und dann steht über allem der Wunsch nach Bürgerfreundlichkeit. Denn je digitaler die Bürger unterwegs sind, desto mehr erwarten sie das auch von ihrer Kommune, es geht also um das kommunale digitale Erscheinungsbild.

GZ: Fragen die Bürger denn aktiv nach Online-Dienstleistungen oder reagieren sie vor allem auf bestehende Angebote?

Schmautz: Wie überall stellt sich die Frage, wieviel die Menschen bereits über verfügbare Onlinedienste wissen und wie stark sie ihrerseits schon den Dialog einfordern. Doch vier von fünf Deutschen sind heute schon online. Irgendwann wird es eine Welle von Erwartungen der Bürger an das kommunale Online-Angebot geben. Wir Sparkassen kennen das aus eigener Erfahrung und stehen vor ähnlichen Herausforderungen: Unsere Leistungen werden sowohl in der Geschäftsstelle als auch digital in der Internetfiliale nachgefragt. Auch wir haben deshalb unsere Serviceangebote umgestellt und entwickeln digitale Lösungen weiter. Es ist aber zu erwarten, dass auch die Erwartungshaltung an die Kommunen wächst. Die Nachfrage nach Möglichkeiten, Verwaltungsdienstleistungen on-

line abzuwickeln, steigt sicher auch dort schneller, wo die räumliche Entfernung groß, die Öffnungszeiten des Servicebüros beschränkt und Wartezeiten lang sind. Wir Sparkassen begleiten diese Entwicklung bereits vorausschauend und stellen den Kommunen die passende Infrastruktur zur Verfügung.

GZ: Steht die Entwicklung von Online-Serviceportalen im kommunalen Bereich also erst noch am Anfang?

Schmautz: Es gibt noch einige Kommunen, die sagen, dass bei ihnen die Fachverfahren online nicht nachgefragt werden, dass ihr Rechenzentrum noch zu wenige Fachverfahren online anbietet, dass die Kosten für den Betrieb eines Serviceportals aufgrund der geringen Nachfrage unwirtschaftlich sind oder auch das Personal vor Ort ausgelastet sein muss.

Doch wir stellen fest, dass die Zahl der Serviceportale rapide steigt. Die Meisten bieten auch bezahlpflichtige Vorgänge in ihrem Portal an. Und wenn eine Kommune sich entscheidet, z. B. die Abwicklung der Meldebescheinigung online zur Verfügung zu stellen, dann braucht sie auch ein Bezahlfahrer und da kommen dann die Sparkassen ins Spiel. Wir stellen die Infrastruktur zum Bezahlen bereit, die von den bayerischen Kommunen genutzt wird. Die Sparkassen sind also sehr nah an den neuen Bedürfnissen der Rathäuser und Landratsämter.

GZ: Welche Lösung bieten die Sparkassen den Kommunen im E-Payment?

Schmautz: Wir haben gemeinsam mit unserem Partner GiroSolution AG das System GiroCheckout entwickelt: Eine Bezahlösung, die es den Kommunen einfach macht, online-Bezahlverfahren in ihre Systeme zu integrieren. Dazu stehen wir in engem Kontakt mit den kommunalen Rechenzentren AKDB und komuna GmbH, damit die Online-Bezahlverfahren schnell und unkompliziert an die Serviceportale angedockt werden können. Man kann sich ein Serviceportal vorstellen wie ein virtuelles Schaufenster einer Kommune, in dem die verfügbaren Produkte bzw. die Fachverfahren präsentiert werden, also z.B. Kfz-Abmeldung, Meldebe-

scheinigung, Anmeldung einer Zweitwohnung etc. Dieses Schaufenster stellt die AKDB mit dem Bürgerservice-Portal oder die komuna GmbH mit dem Rathaus Service-Portal. Einige Kommunen entwickeln auch Eigenlösungen. In jedem Fall brauchen Sie aber eine Kasse, die schon auf Ihr Produktangebot abgestellt ist. Und diese Kasse arbeitet mit GiroCheckout.

GZ: Wie sieht das konkret aus?

Schmautz: GiroCheckout ist ein Paket, das funktioniert wie bei anderen Internethops. Im Paket sind verschiedene Bezahlmöglichkeiten, aus denen zunächst die Kommune und später eben der zahlende Bürger auswählen kann: Lastschrift, Überweisung per giropay, Kreditkartenzahlung oder künftig auch mit paydirekt.

GiroCheckout ist wie ein Baukasten für das Kassensystem. Der Bürgermeister legt fest, welche Bausteine er als Zahlungswege zulässt. Er kann die passenden Einzelkomponenten auswählen oder das Komplettpaket. Wir haben hier ein „Sonderpaket Kommune“ geschnürt, weil es für uns wichtig war, alles aus einer Hand zu bieten, dabei die Betreuung vor Ort in der Sparkasse zu gewährleisten und insgesamt ein marktgerechtes und attraktives Preismodell für Kommunen zu schnüren. Die Rechenzentren bestätigen, dass uns all das sehr gut gelungen ist.

GZ: Eine Kommune kann also einfach eine Komplettlösung einkaufen?

Schmautz: Ja. Wenn Sie Fachverfahren über das „virtuelle Rathaus“ zur Verfügung stellen wollen, können Sie auf standardisierte Produkte des eigenen Rechenzentrums zurückgreifen oder selbst entwickeln. In aller Regel werden die Kommunen aber auf standardisierte Produkte zurückgreifen, um effizienter und kostengünstiger zu arbeiten. Der Freistaat Bayern hat für diese Lösungen bereits Basisdienste finanziert, die alle Kommunen brauchen: Kommunizieren, Archivieren und eben Bezahlen. Und diese Bezahlstelle arbeitet direkt mit unseren Systemen zusammen, es fallen keine Zusatzkosten für die Implementierung der Basisdienste an.

GZ: Also ist das kommunale E-Payment eine große Gemeinschaftsleistung?

Schmautz: Ja. Damit so etwas überhaupt umgesetzt werden kann muss man viele Beteiligte unter einen Hut bringen. Ein enges Netzwerk aus kommunalen Spitzenverbänden, den kommu-

nalen Rechenzentren, der GiroSolution als technischem Umsetzungspartner und den Sparkassen arbeitet hier Hand in Hand. Besonders wichtig sind die Sparkassen vor Ort, die die Kassenleiter und IT-Mitarbeiter ihrer Kommunen eng betreuen.

GZ: Wie sicher ist es, das E-Payment über GiroCheckout abzuwickeln?

Schmautz: Egal, welchen Baustein eine Kommune wählt: Sehr sicher. Alle Verfahren laufen in deutschen Rechenzentren unter deutschen Datenschutzbestimmungen. GiroCheckout ist eine Tochter der Sparkassen-Finanzgruppe, das steht für Seriosität, Erfahrung, Vertrauen und Nähe vor Ort. Der Lösungsanbieter für die Kommune sitzt nicht im Ausland oder ist nicht nur per Hotline erreichbar; sondern das ist der bekannte, vertraute kommunale Kundenberater der örtlichen Sparkasse. Wir wissen um den „Datenschutz“ und daher hat der Datenschutz bei uns schon lange Tradition.

GZ: Man liest jetzt viel über paydirekt, das demnächst Bestandteil des GiroCheckout-Angebots sein wird. Was kann

Marktreidwitz:

Neues Servicezentrum eGovernment BayernServer eröffnet

Behördenverlagerungen sind ein wichtiges Instrument aktiver Strukturpolitik in Bayern. Mit der Verlagerung werden qualifizierte und sichere IT-Arbeitsplätze geschaffen und Wirtschaftskraft in die Region gebracht. „Der Landkreis Wunsiedel wird dabei zur digitalen Vorzeigeregion. Wir bringen noch mehr digitale Innovation in den ländlichen Raum. Marktreidwitz wird die digitale Werkstatt, die den Paradigmenwechsel in der bayerischen Verwaltung vollzieht: Vom Blatt zum Byte“, stellte Finanz- und Heimatminister Dr. Markus Söder bei der Eröffnung des neuen Servicezentrums eGovernment BayernServer des Landesamts für Digitalisierung, Breitband und Vermessung in Marktreidwitz fest.

Im Endausbau entstehen dort 25 moderne, hochwertige und zukunftsorientierte IT-Arbeitsplätze. „Das Konzept der Behördenverlagerung greift auch beim Personal. Die bereits tätigen Mitarbeiter stammen aus der Region“, teilte Söder mit.

Moderne Plattformen

Das Servicezentrum eGovernment ist Teil des BayernServers. Der BayernServer betreibt alle zentralen IT-Systeme für Verwaltung und Gerichte in Bayern mit behördenübergreifend 60.000 Postfächern für staatliche Dienststellen sowie über 3.000 physische und 8.000 virtuelle Server. Der BayernServer betreibt das Bayerische Behördennetz und bietet moderne Plattformen für die Speicherung von Dateien mit einem Datenvolumen von über 6 Petabyte, was einem Speichervolumen von ca. 1,3 Millionen



GZ-Verlegerin Theresa von Hassel (2. v. l.) mit den SVB-Repräsentanten Andrea Bastian, Roland Schmautz und Eva Mang (v. l.).

man sich darunter vorstellen?

Schmautz: Paydirekt ist ein Online-Bezahlverfahren, bei dem Sie sich einmalig registrieren und dann ganz einfach unter Angabe ihrer Email-Adresse und Ihres Passworts bezahlen können. Mit der Bezahlversion giropay hingegen wird man direkt in das normale Onlinebanking mit PIN- und TAN-Eingabe geleitet, der

Bezahlvorgang dauert etwas länger. In beiden Fällen können Sie sich auf eine hohe Transaktions- und Datensicherheit verlassen und Sie wissen, dass der Geldfluss in Deutschland bleibt. Als Zahlungsdienstleister Nr. 1, auch wenn es um digitales Bezahlen in der Kommune geht, legen die Sparkassen darauf extrem hohen Wert.

Ausbauphase „Antrags-Manager“

Das neue Servicezentrum eGovernment ebnet nun den Weg zur nächsten Ausbauphase des BayernPortals, dem „Antrags-Manager“. Ziel ist, für staatliche und kommunale Serviceleistungen digital zugeschnittene Antragsformulare zu entwickeln. Das Servicezentrum in Marktreidwitz nimmt nun Aufträge von staatlicher Seite und kommunaler Seite entgegen. Die Aufträge von kommunaler Seite werden über die kommunalen Spitzenverbände im Rahmen des eGovernment-Pakts gebündelt. Der künftige digitale Antrag wird im BayernPortal vom Antragsteller online ausgefüllt und automatisch sicher an die richtige Adresse geschickt. Der Antragsteller muss nicht mehr selbst nach dem Ansprechpartner suchen.



Telekommunikation wird immer schneller. Aber wer bringt die Verbindungen zusammen?

Wir entwickeln und produzieren Infrastrukturkomponenten für Highspeed-Netze.

www.langmatz.de

Online-Handel:

Chancen und Risiken für Kommunen

Der Online-Handel boomt. Was vor einigen Jahren noch als Schreckensszenario für den kleinen lokalen Einzelhandel dargestellt wurde, bringt auch Chancen mit sich und innovative Versorgungsangebote vor Ort, wie eine aktuelle Publikation des Planungsverbandes Äußerer Wirtschaftsraum München aufzeigt.

Die Zunahme des Online-Handels zieht laut PV vor allem Veränderungen der Größenordnung, Struktur und Qualität des örtlichen Einzelhandels in den verschiedenen Lagen (zentrale Versorgungsbereiche, Randlagen, Nahversorgung etc.) nach sich. Stark ist der Online-Handel vor allem in Sortimenten wie Bekleidung, Elektroartikel oder Bücher, die auch typische „zentrenrelevante“ Sortimente sind und somit einen Großteil des stationären Handels in zentralen Einkaufsbereichen stellen. Kleinstädte mit weniger als 30.000 Einwohnern müssen daher mit einem Rückgang des stationären Einzelhandels rechnen. Die Entwicklung hängt jedoch von der Struktur und Be-

deutung des Einzelhandels vor Ort und nicht zuletzt von der demografischen Situation ab. Da in der Region München in fast allen Gemeinden eine positive Einwohnerentwicklung beobachtet (und prognostiziert) wird, dürfte hier dieser Effekt schwächer ausfallen, teilt der Planungsverband mit.

Strukturwandel

Bereits in der Vergangenheit haben die Innenstädte - auch in der Region München - einen großen Strukturwandel durchgemacht. Trends wie die Filialisierung und die Verdrängung kleiner und mittelständischer Läden durch (inter-)national tätige Handelsunternehmenso-

wie die Ausweitung von Verkaufsflächen durch Shopping-Center in Randlagen bzw. „auf der grünen Wiese“ haben die Anteile des innerstädtischen Handels am gesamten Einzelhandelsumsatz reduziert.

Anforderungsprofile

Für Städte und Gemeinden bedeutet die Zunahme des Online-Handels, dass sich die Konsolidierung der Verkaufsflächen fortsetzt. Innerstädtische Einkaufszentren, gut frequentierte Bereiche („IA-Lagen“), vor allem in Großstädten, gehören auch weiterhin zu den Gewinnern. Das Interesse von Online-Händlern, auch stationäre Geschäfte („Flagship-Stores“) zu eröffnen, könnte sie laut PV sogar stärken. Der Flächenbedarf ist für diese Stores niedriger, da der Verkauf online stattfinden soll. Es werden somit andere Anforderungen an Immobili-

en gestellt werden als bisher.

Auf diese Entwicklung reagieren zunehmend die Unternehmen im Lebensmitteleinzelhandel, die verstärkt kleinflächigere Ladenformate etablieren. Die Ansiedlung großflächiger SB-Warenhäuser in verkehrsgünstigen Randlagen ist zum Erliegen gekommen. Zudem suchen nun Online-Händler wie Amazon in Metropolen Lagerflächen im innerstädtischen Bereich, um möglichst schnell an ihre Kunden liefern zu können. Dies kann eine stärkere verkehrliche Belastung der Innenstadt oder städtebaulich wenig attraktive Architekturen der Auslieferungshallen zur Folge haben. Es bietet aber auch Chancen, wie die Nutzung von Leerständen. Geschäfte können sowohl Verkaufsraum für Konsumenten, als auch Lagerfläche für die schnelle Auslieferung online bestellter Waren sein. „Da der stationäre Einzelhandel weiter zurückgehen wird, sollten Händler verstärkt auf Nutzungsmischung und eine Kombination mit gastronomischen Angeboten achten“, betont der Planungsverband.

Nutzungspotenziale

E-Commerce eröffnet ländlichen Räumen mit Schwierigkeiten in der Nahversorgung auch Chancen. Zwar gibt es auch für Lebensmittel schon seit Jahrzehnten ein flächendeckendes Versandangebot (bofrost, Eismann etc.), doch bietet die Digitalisierung durch ihre vereinfachten Bestellmöglichkeiten zusätzliche und sehr niederschwellige Nutzungspotenziale. Sie können auch mit stationären Angeboten, wie der Errichtung von Abholstationen, gekoppelt werden.

Online-Handel integrieren

„Die Reaktionsmöglichkeiten der Kommunalpolitik, insbesondere der Stadt- und Ortsplanung auf die Digitalisierung im Einzelhandel und ihre räumliche Auswirkung sind begrenzt“, heißt es weiter. Empfohlen wird ein Citymanagement, das den Online-Handel mit einbezieht. Geeignet seien integrierte Einzelhandelskonzepte, die genau die einzelnen Standorte, Flächen und Sortimente untersuchen und realistische Ziele, Strategien und Instrumente zu ihrer Entwicklung vorschlagen. Gemeinden sollten zentrale Versorgungsbereiche bzw. Flächen der Nahversorgung genau definieren und, falls nötig, ihre Geschäftsflächen verkleinern.

Sinnvolle Instrumente

Instrumente eines solchen integrierten Citymanagements sind: Ausbau der digitalen Infrastruktur, Förderung des Multi Channeling durch Information und Koordination einer gemeinsamen Internetplattform (ggf. mit Verkaufsfunktion), Aufwertung, Erhalt und marktorientierte Umnutzung von Immobilien, auch mit Hilfe staatlicher Städtebau-Fördermittel, Flächen- und Leerstandsmanagement, Optimierung eines Nutzungsgemisches und attraktiven Angebots, Optimierung der Erreichbarkeit für verschiedene Zielgruppen der Innenstadt, attraktive Gestaltung des öffentlichen Raums mit hoher Erlebnisqualität.

Fazit: Über eine moderne Internetinfrastruktur und eine intensive Kooperation mit Online-Händlern können Kommunen die Nahversorgungssituation auch in ländlichen Räumen verbessern. Der Trend zur Digitalisierung ist nicht aufzuhalten und erfordert flexible, innovative Ideen, die eine zufriedenstellende Versorgung vor Ort und ein attraktives Ortsbild zugleich sicherstellen. **DK**

Probleme beim Breitbandausbau in Niederbayern:

Stellungnahme des Vorstandsvorsitzenden der amplus AG

Teisnach – Für Ärger beim Teisnacher Breitbandanbieter amplus AG sorgte der von der Deutschen Presseagentur (dpa) ausgesendete Pressebericht über die Vorwürfe des Freie-Wähler-Chefs Hubert Aiwanger bezüglich des verzögerten Ausbaus des Breitbandnetzes in der Stadt Rottenburg an der Laaber (Landkreis Landshut).

Christof Englmeier, Vorstandsvorsitzender der amplus AG, nimmt dazu wie folgt Stellung: „Es gab eine Verzögerung beim Breitbandausbau der amplus AG in der Stadt Rottenburg an der Laaber. Die verlängerte Projektdauer war nicht durch uns verursacht. Für den geförderten Breitbandausbau in dieser Kommune sollte bereits vorhandene Leerrohrinfrastruktur eines anderen Anbieters genutzt werden. Das ist gängige Praxis. Nachdem dieser Anbieter die Verhandlungen erheblich verzögerte, entschied sich die amplus AG in Abstimmung mit der Stadt für eine eigenwirtschaftliche Investition in Höhe von rund einer halben Million Euro, um die Infrastruktur selbst zu errichten. Im Herbst 2016 und noch vor Wintereinbruch konnte trotz der Widrigkeiten den Rottenburger Bürgern so ein

hochmodernes Breitbandnetz zur Verfügung gestellt werden.

Während der gesamten Projektlaufzeit standen die Mitarbeiter der amplus AG mit den Vertretern der Stadt in Kontakt: Der aktuelle Sachstand war der Stadtverwaltung bekannt.“

Fragwürdige Fakten

Englmeier weiter: „Wir sind ein regionales Telekommunikationsunternehmen, das die ländliche Region nachhaltig fördern und voranbringen will. Im Gegensatz zu anderen Unternehmen investieren wir gerne in unsere Heimatregion – und nutzen dafür auch unkonventionelle Wege. Wir finden so für jede Kommune das individuell passende Konzept. Aufgrund der wiederholt veröffentlichten fragwürdigen Fakten prüfen wir rechtliche Schritte.“ **□**

Digitales Gründerzentrum in Bamberg:

„Netzwerkaktivitäten können beginnen“

Das Digitale Gründerzentrum (DGZ) in Bamberg erhält bis zu 1,25 Millionen Euro an Fördermitteln. Überreicht wurde der Förderbescheid durch Bayerns Wirtschaftsministerin Ilse Aigner persönlich. Oberbürgermeister Andreas Starke und Landrat Johann Kalb zeigten sich hocherfreut: „Von der erfolgreichen Netzwerkarbeit werden sowohl die digitalen Gründer als auch die etablierten Unternehmen profitieren. Bamberg ist der ideale Standort für das Digitale Gründerzentrum, das ein bedeutender wirtschaftlicher Motor für die gesamte Region sein wird.“

Ende Juni 2016 hat die Region Bamberg den Zuschlag zur Errichtung eines Digitalen Gründerzentrums und zum Aufbau von Netzwerkaktivitäten erhalten. Das Ziel dieser Einrichtung ist es, die Digitalisierung als treibende Kraft für die wirtschaftliche Entwicklung der Region zu nutzen und damit zukunftsfähig aufzustellen. Die Region Coburg ist Konsortialpartner des Digitalen Gründerzentrums in Bamberg. Dadurch erhält Coburg bis zu 44 % der 1,25 Millionen Euro, um den digitalen Wandel Oberfrankens gemeinsam mit Bamberg aktiv mitgestalten zu können.

Die Übergabe des offiziellen Förderbescheids durch Bayerns Wirtschaftsministerin Ilse Aigner fand bei Brose in Bamberg statt. Der internationale Automobilzulieferer ist Premiumpartner des Projekts.

Globaler Knotenpunkt

„Brose unterstützt das DGZ Bamberg und die Aktivitäten in Coburg, weil sie die digitale Transformation in der Region beschleunigen werden“, erklärte Volker Herdin, Kaufmännischer Geschäftsführer bei Brose. Er wies auf die Bedeutung von Bamberg als globalen Knotenpunkt für die Informationstechnik, den Einkauf und die Elektronikentwicklung des Familienunternehmens hin. Von Coburg aus steuert der Automobilzulieferer seine 60 Standorte weltweit. „Wir sind sehr daran interessiert, dass sich starke Partnerschaften zwischen Wissenschaft, Gründern und erfolgreichen Unternehmen in Oberfranken bilden. Durch die Arbeit des DGZ versprechen wir uns auch, hochqualifizierte Mitarbeiter und innovative Dienstleister zu gewinnen“, betonte Herdin.

„Mit der Förderung über 1,25 Millionen Euro verleihen wir dem digitalen Gründergeschehen in Oberfranken zusätzlichen Schub.

Jetzt können die Netzwerkaktivitäten richtig beginnen. Oberfranken kann im Bereich Digitalisierung bereits etliche Erfolge vorweisen. Mit dem Digitalen Gründerzentrum erhöhen wir hier die Dynamik erheblich und das über die Stadt- und Landkreisgrenzen hinaus. Dass die Coburger Netzwerkaktivitäten jetzt eingebunden werden, ist eine erfreuliche Nachricht. Das zeigt, dass die gesamte Region hier an einem Strang zieht“, so Aigner.

Konversionsgelände

Das Digitale Gründerzentrum Bamberg entsteht als kombinierter Alt- und Neubau auf dem Konversionsgelände an der Ecke Zollnerstraße und Berliner Ring auf dem Gebiet der ehemaligen Lagarde-Kaserne. Damit soll ein digitaler Magnet geschaffen werden, der in Oberfranken einmalig ist und weit über die Region hinausstrahlt. Dabei wird es als besonders wichtig angesehen, Existenzgründungen zu ermöglichen und Netzwerke zu schaffen. Die Unternehmen und Firmen in der Region sollen eingebunden werden. Starke lobt in diesem Zusammenhang „die außergewöhnlich gute Zusammenarbeit mit dem Landkreis, der eine tragende Rolle in dem Projekt übernommen hat,“ so der Oberbürgermeister.

Wettbewerbsfähigkeit der Region stärken

Landrat Johann Kalb betonte: „Mit der staatlichen Zuwendung und den Beiträgen, die die Unternehmer leisten, ist es möglich, ein funktionierendes Netzwerk auf dem Gebiet der Digitalisierung aufzubauen und damit die Wettbewerbsfähigkeit der Region nachhaltig zu stärken.“

Das neue Digitale Gründerzentrum wird unter der Leitung der IGZ Bamberg GmbH, dem bestehenden Gründerzentrum in der

Kronacher Straße, geführt. Bereits dort sind rund die Hälfte der ansässigen Unternehmen dem Bereich IT zuzuordnen. Dank des Förderbescheids, kann nun mit den Netzwerkaktivitäten begonnen werden. „Das innovative Umfeld und die große Bereitschaft der Bamberger Wirtschaft sind wichtige Bausteine für das Vorhaben auf dem Konversionsgelände“, so Oberbürgermeister Andreas Starke. Er erwartet zudem einen erheblichen Image- und Attraktivitätsgewinn für alle Beteiligten. „Das Digitale Gründerzentrum wird ein bedeutender wirtschaftlicher Motor nicht nur für Bamberg, sondern für die gesamte Region sein. Wir schaffen hier Raum für junge Visionäre um kreativ quer zu denken“. Die Digitalisierung der Welt schreite mit Siebenmeilenstiefeln voran. Bamberg habe mit dem Digitalen Gründerzentrum die Nase klar mit vorne.

Gründerland Bayern

Die Förderung der insgesamt zwölf DGZ geht auf die Initiative „Gründerland.Bayern“ zurück, mit der die Bayerische Staatsregierung das Ziel verfolgt, den Freistaat als treibende Kraft der Digitalisierung zu etablieren und zum Gründerland Nummer 1 in Deutschland zu entwickeln. Diese mit 80 Millionen Euro geförderte Initiative umfasst ein umfangreiches Maßnahmenbündel zur Unterstützung von Existenzgründern. In jedem Regierungsbezirk sollen die neuartigen Gründerzentren innovativen IT-Start-ups ein ideales Umfeld bieten, um die Möglichkeiten der Digitaltechnik für neue Produkte, Dienstleistungen und Geschäftsideen auszuloten.

Bis 2020 sollen in das „Gründerland.Bayern“ 330 Millionen Euro fließen, verspricht Bayerns Wirtschaftsministerin Ilse Aigner und appelliert an Gründerunternehmen, sich beim Programm „Start?Zuschuss!“ zur Förderung von Unternehmensneugründungen im Bereich Digitalisierung zu bewerben. Dieses unterstütze Jungunternehmer mit bis zu 36.000 Euro für einen Zeitraum von einem Jahr. Die nächste Bewerbungsrunde startet im Juni 2017. **□**



Geretsried entscheidet sich für die WLAN-Lösung von HOTSPLOTS

Die WLAN-Lösungen der hotspots GmbH sind in Bayern an über 5.000 Standorten im Einsatz, immer mehr Kommunen entscheiden sich jüngst für den Internetzugangs-Spezialisten. So bietet nun auch die Stadt Geretsried bei München seit Ende letzten Jahres ihren Bewohnern und Gästen in Zusammenarbeit mit HOTSPLOTS einen kostenlosen Internetzugang an den drei Zugangspunkten Rathaus, Stadtbücherei und Seniorenstagesstätte an. Laut Geretsrieds Erstem Bürgermeister Michael Müller „ist WLAN heute längst Stand der Technik, im öffentlichen Raum leider aber allzu oft noch eine Rarität. Unsere Triebfeder: einfach, frei, schnell und kostenlos ins Internet – besonders an viel besuchten öffentlichen Plätzen. Damit stärken wir den Standort, beleben ihn und erhöhen die Aufenthaltsqualität und Attraktivität, für unsere Bürger und für unsere Gäste.“ Unser Bild zeigt von links: EDV-Leiter Thomas Plathe, Ersten Bürgermeister Michael Müller und Büchereileiter Björn Rodenwaldt. **□**

Wolfgang Bauer wird neuer LDBV-Präsident

Behörde ist zuständig für Vermessung, Geobasisdaten und schnelles Internet

Die 1.080 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Landesamtes für Digitalisierung, Breitband und Vermessung erhalten einen neuen Chef. „Herzlichen Glückwunsch zu Ihrer Bestellung zum Präsidenten des Landesamtes“, gratulierte Finanz- und Heimatminister Dr. Markus Söder dem Leitenden Ministerialrat Wolfgang Bauer anlässlich seiner Bestellung mit Wirkung vom 1. April 2017.

Wolfgang Bauer, Jahrgang 1970, trat 1998 nach Ablegung der Großen Staatsprüfung für den höheren vermessungstechnischen Verwaltungsdienst und für den höheren Flurbereinigungsdienst bei der damaligen Bezirksfinanzdirektion München in die Bayerische Vermessungsverwaltung ein. Es folgten Tätigkeiten am Finanzministerium, der Staatskanzlei und dem Landesamt für Finanzen. Bauer war Teilnehmer am 20. Lehrgang für Verwaltungsführung und leitete seit 2008 verschiedene IT-Referate im Finanzministerium – zuletzt war er für die IT-Strategie, IT-Sicherheit und IT-Infrastruktur verantwortlich.

Als Präsident des Landesamtes für Digitalisierung, Breitband und Vermessung tritt er die Nachfolge von Präsident Dr.-Ing. Klement Aringer an, der mit Ablauf März 2017 in den Ruhestand tritt. Söder dankte Bauer für seine bisherige Arbeit im Finanzministerium und wünschte ihm viel Erfolg für seine neue verantwortungsvolle Tätigkeit. **□**

Orientierungshilfe für die sichere Kommune

Am 1. Januar 2018 müssen alle Rathäuser, Landratsämter sowie Bezirksämter im Freistaat den Nachweis über ein Informationssicherheitskonzept erbringen können. Hintergrund dieser Vorgabe ist Artikel 8 BayEGovG, der die Behörden auffordert, die Sicherstellung ihrer informationstechnischen Systeme zu gewährleisten und zu diesem Zweck entsprechende Sicherheitskonzepte zu erstellen – und dies unabhängig von der Größe der Organisation.

Obwohl es bereits mehrere Standards gibt, haben Informationssicherheitskonzepte bisher keinen flächendeckenden Einzug in den kommunalen Behördenalltag gefunden. Die Innovationsstiftung Bayerische Kommune hat angesichts des immer näher rückenden Stichtags diese Problematik aufgegriffen und Ende 2016 kostenlos eine Arbeitshilfe zum Download bereitgestellt, die bei Ausarbeitung und Umsetzung eines Informationssicherheitskonzepts explizit die spezifischen Belange von Kommunen berücksichtigt.

Die Idee hinter dem Projekt ist, eine praxistaugliche Hilfe zur Selbsthilfe für diejenigen Kommunen zu schaffen, die nicht über ausreichende Kapazitäten zur

Einführung und Anwendung anderer Standards verfügen.

Die neue Arbeitshilfe stellt per se noch kein Konzept für die jeweilige Kommune dar. „Das Informationssicherheitskonzept gibt es nicht. Tatsächlich unterscheiden sich die konkreten Konzepte vergleichbarer Einrichtungen deutlich voneinander“, erklärt Sascha Kuhrau, erfahrener Sicherheitsberater im kommunalen Bereich, der das Projekt der Innovationsstiftung Bayerische Kommune federführend betreut hat. „Informationssicherheit betrifft immer die gesamte Organisation einer Behörde und bedeutet Arbeit.“

In der Tat ist die Arbeitshilfe so konzipiert, dass erst nach dem Durchlaufen der vier Schritte

„Bestandsaufnahme“, „Bewertung“, „Umsetzung“ und „Betrieb“ ein Informationssicherheitskonzept in der Behörde eingeführt wird. Im Anschluss ist eine regelmäßige Überprüfung und Anpassung des Konzepts an sich verändernde Rahmenbedingungen erforderlich.

Kostenfreie Webinarreihe

Um Kommunen den Einstieg in dieses weitreichende und komplexe Aufgabenfeld zu erleichtern, wird die Innovationsstiftung Bayerische Kommune zusammen mit der AKDB im März mehrere Online-Vorträge als Orientierungshilfe anbieten. In der kostenfreien Webinarreihe „Sichere Kommune - Informationssicherheitskonzept nach Art. 8 BayEGovG“ informiert Referent Sascha Kuhrau, worauf bei der Einführung eines Informationssicherheitskonzepts unbedingt geachtet werden muss. Des Weiteren gibt er wertvolle Tipps zur richtigen Anwendung der Arbeitshilfe sowie Hinweise, in welchen Fällen es sinnvoll ist, externe Informationssicherheitsberater zuzuziehen.

Generell sind alle Personen, die in der kommunalen Verwaltung am Thema Informationssicherheit beteiligt sind, herzlich eingeladen, an den Webinaren teilzunehmen. Um jedoch den differenzierten Bedürfnissen verschiedener Adressaten von Informationssicherheit gerecht zu werden, wird Kuhrau seine Vorträge auf die unterschiedlichen Hierarchie-

ebenen und Spezialisierungsgrade im Bereich Informationstechnologie abstimmen.

Eröffnet wird die Webinarreihe mit einem Vortrag für die oberste Führungsebene. Einführung und Betrieb eines Informationssicherheitskonzepts wird nämlich nur gelingen, wenn die Behördenleitung im vollen Umfang hinter den Zielen der Informationssicherheit und den dafür notwendigen Maßnahmen steht. Kuhrau verdeutlicht, dass Informationssicherheit als Strategie aufzufassen ist, die nicht ohne Weiteres delegiert werden kann.

Anschließend folgen zwei Vorträge für Verwaltungsmitarbeiter, die sich auf fachlicher Ebene mit Informationssicherheit auseinandersetzen werden. Da hierbei abhängig von der Größe der Organisation mit unterschiedlichen fachlichen Vorkenntnissen der Teilnehmer zu rechnen ist, richtet sich ein Webinar an IT-Experten mit umfassendem Know-how und ein weiteres Webinar an Mitarbeiter, die neben anderen Tätigkeiten in der Verwaltung in begrenztem Umfang auch mit IT-Aufgaben betraut sind.

Die Webinare sind kostenfrei und dauern jeweils 45 Minuten. Anmeldung und Informationen zu den systemtechnischen Teilnahmevoraussetzungen sind unter www.akdb.de/webinare zu finden.

3. März: Führungskräfte, z.B. (Ober-)Bürgermeister, Landräte und Geschäftsleiter

7. März: IT-Leiter, IT-Spezialisten sowie weitere am Thema Informationssicherheit beteiligte Mitarbeiter

23. März: Verwaltungsmitarbeiter, die u. a. für IT-Aufgaben verantwortlich sind sowie weitere am Thema Informationssicherheit beteiligte Mitarbeiter. □

Bundesweite Behördenauskunft:

AKDB startete Probe-Echt-Betrieb

Das am 1. November 2015 in Kraft getretene Bundesmeldegesetz (BMG) regelt die automatisierten Abrufe von Meldedaten durch Behörden, die sogenannten Behördenauskünfte. Mit Inkrafttreten des BMG können diese bundesweit erfolgen. Auf dieser Grundlage kann jede Behörde oder sonstige berechnete öffentliche Stelle im Rahmen ihrer Aufgabenerledigung Auskünfte aus den Melderegistern in allen Bundesländern einholen.

Für die Organisation der bundesweiten Behördenauskünfte betreiben die Bundesländer eine Verwaltungsvereinbarung vor, die sich derzeit noch in Abstimmung befindet. Um aber möglichst frühzeitig praktische Erfahrungen mit länderübergreifenden Behördenauskünften zu sammeln, haben Bayern und Brandenburg als erste Bundesländer am 1. Dezember 2016 einen Probe-Echt-Betrieb gestartet. In beiden Bundesländern kommen dabei von der AKDB realisierte Behördenauskunftssysteme zum Einsatz.

Die abrufberechtigten Behörden und öffentlichen Stellen aus den beiden Bundesländern können ab sofort länderübergreifend Behördenauskünfte aus den Melderegistern von Bayern und Brandenburg einholen. Die Behördenauskünfte umfassen – wie im Bundesmeldegesetz geregelt – die Auskünfte für Sicherheitsbehörden und die einfache Behördenauskunft für alle anderen Behörden und öffentlichen Stellen.

Die erwähnte Verwaltungsvereinbarung regelt insbesondere die Einrichtung zentraler Stellen in den Bundesländern für die Durchführung bundesweiter Behördenauskünfte. Als zentrale Stelle für den Freistaat Bayern fungiert die AKDB, die seit dem 1. Juli 2007 erfolgreich das Bayerische Behör-

deninformationssystem BayBIS betreibt. Den frühzeitigen Start des Probe-Echt-Betriebes für die länderübergreifende Behördenauskunft ermöglichte die konstruktive Zusammenarbeit zwischen der AKDB und dem Brandenburgischen IT-Dienstleister ZIT-BB in Potsdam, der zentralen Stelle des Landes Brandenburg.

Die zentrale Stelle ist eine wesentliche Komponente im Betriebsmodell für die bundesweite Behördenauskunft, die auch als Präqualifizierung bezeichnet wird. Alle abrufberechtigten öffentlichen Stellen in den Bundesländern müssen sich jeweils nur einmal bei der zentralen Stelle ihres Bundeslandes registrieren. Da die bayerischen Behörden und sonstigen öffentlichen Stellen bereits für BayBIS registriert sind, sind sie auch für die Einholung von Behördenauskünften aus allen anderen Bundesländern berechtigt und müssen für die Präqualifizierung nichts weiter veranlassen. Das Modell der Präqualifizierung ist klar strukturiert und transparent. Dazu trägt auch bei, dass für eine sichere und verlässliche Adressierung der Anfragen im Endausbau nur die zentralen Stellen der 16 Bundesländer in das Deutsche Verwaltungsverzeichnis einzutragen sind und nicht alle bundesweit abrufberechtigten Stellen. □

Internationale Studie:

Digitalisierung erfordert lebenslanges Lernen

Die Digitalisierung krepelt die Arbeitswelt um. Arbeitnehmer müssen sich auf den Umgang mit stetiger Veränderung und immer wieder neuem Lernen einstellen, um mit dem Wandel Schritt zu halten. Es entstehen neue Jobs und bestehende Arbeitsabläufe werden teilweise automatisiert. Arbeitgeber in Deutschland setzen vor allem auf interne Fortbildungen und gehen nicht davon aus, dass sich insgesamt die Beschäftigtenzahl durch die Robotisierung ändert. Zu diesen Ergebnissen kommt die Studie „Ressource Weiterbildung“ der ManpowerGroup Deutschland, für die weltweit 18.000 Arbeitgeber befragt wurden.

Die Studie, die auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos vorgestellt wurde, sendet positive Signale für den Arbeitsmarkt der Zukunft. Weltweit erwarten mehr Befragte einen Jobanstieg aufgrund der digitalen Revolution als einen Rückgang (19 Prozent zu 12 Prozent). Sie gehen auch davon aus, dass 65 Prozent der Jobs, die die zwischen 1995 und 2010 Geborenen der Generation Z künftig ausführen werden, noch gar nicht existieren.

Zwar ist noch nicht klar absehbar, wie diese Tätigkeiten genau aussehen werden. Doch die Arbeitgeber haben bereits eine Vorstellung davon, welche Qualifikationen, Abteilungen und Berufszweige in Zukunft stärker nachgefragt werden. 26 Prozent gehen von einem starken Anstieg an IT-Jobs aus, 20 Prozent glauben an eine steigende Bedeutung der Personalabteilung und für 15 Prozent sind Arbeitsplätze mit Kundenkontakt im digitalen Zeitalter von hoher Relevanz. Dabei sind weniger administrative und buchhalterische Tätigkeiten gemeint, sondern vielmehr Aufgaben, die Fertigkeiten wie emotionale Intelligenz, Kreativität und flexibles Denken erfordern.

Die Arbeitgeber sehen Handlungsbedarf

Handlungsbedarf, um die Mitarbeiter für Tätigkeiten in der digitalen Zukunft zu schulen, wird auch in Deutschland in fast allen Unternehmen gesehen. Nur zwei Prozent der deutschen Firmen wollen hier untätig bleiben. Für diese neuen Jobs müssen jedoch keine neuen Studiengänge und Ausbildungen eingerichtet werden. „Die Einstellung von perfekt ausgebildeten Mitarbeitern wird immer mehr zur Utopie.“

Stattdessen ist lebenslanges Lernen gefragt. Auf Veränderungen müssen Unternehmen und Mitarbeiter gerade im Bereich der

Weiterbildung gleichermaßen flexibel reagieren“, sagt Herwarth Brune, Vorsitzender der Geschäftsführung der ManpowerGroup Deutschland.

Besonders in Deutschland setzen die Arbeitgeber dabei auf das Thema Fortbildung. 87 Prozent der hierzulande befragten Unternehmen wollen ihre Mitarbeiter mit internen Schulungen auf die Jobs der Zukunft vorbereiten, international sind es 79 Prozent. Externe Schulungen wollen 85 Prozent ihren Angestellten anbieten, international nur 70 Prozent. Die bereits im Unternehmen arbeitenden Mitarbeiter durch besser qualifizierte neue Arbeitskräfte zu ersetzen, planen dagegen nur 31 Prozent. Deutlich häufiger (47 Prozent) sollen Experten zusätzlich eingestellt werden.

Die Jobbilanz bleibt ausgeglichen

Angst um den Arbeitsplatz, die durch Berichterstattungen zur Digitalisierung immer wieder geschürt wird, ist somit unnötige Panikmache. Laut der aktuellen ManpowerGroup Studie wird sich durch die Digitalisierung nichts an der Jobsituation in Deutschland ändern. Nach Einschätzung der Arbeitgeber werden genauso viele neue Jobs geschaffen wie abgebaut.

Denn Entscheider in Unternehmen glauben nicht daran, dass Automation bestehende Stellen komplett ersetzen kann. Fast die Hälfte der Befragten erwartet, dass Computer und Roboter bestimmte Aktivitäten innerhalb eines Arbeitsplatzes ersetzen können, jedoch nicht den Menschen verzichtbar machen. „Wer bereit ist, sich mit neuen Tools auseinanderzusetzen und sich nicht auf einmal gelerntem Wissen ausruht, wird in der digitalen Welt eher stärker gebraucht, als dass er Angst um seinen Arbeitsplatz haben müsste“, so Brune. □

Verwaltungsliebling.

Kommunalsoftware powered by SYNERGO®



Verwaltungssoftware muss einfach sein.

Software soll Menschen entlasten. Genau das machen unsere neuen Fachverfahren der Generation SYNERGO®. Übersichtliche Masken und einheitliche Bedienkonzepte führen sicher, selbsterklärend und spielend einfach durch die einzelnen Bearbeitungsschritte. Mit SYNERGO® lässt die AKDB den Verwaltungsarbeitsplatz der Zukunft heute schon Wirklichkeit werden. Software, die sich einfach bedienen und administrieren lässt, ist Software, die dem Menschen dient.

CeBIT 2017 in Hannover:

Digitalisierung erlebbar machen

Wege zur Smart City auf dem Public Sector Parc

Autonome Systeme, humanoide Roboter, Drohnen, Künstliche Intelligenz, das Internet der Dinge: Die Digitalisierung verändert Wirtschaft, Verwaltung und Gesellschaft in rasender Geschwindigkeit. Auf der CeBIT 2017 vom 20. bis 24. März 2017 in Hannover werden die Potenziale der digitalen Transformation entlang der gesamten Wertschöpfungskette erlebbar und alle Facetten von disruptiven Technologien bis Cyber-Security thematisiert.

Nach den Worten von Oliver Frese, Vorstand der Deutschen Messe AG, „wird die CeBIT 2017 die Digitalisierung für unsere Besucher so konkret erlebbar machen wie noch nie“. Gut 3.000 beteiligte Unternehmen aus 70 Ländern werden konkrete digitale Anwendungsbeispiele zeigen, Startups präsentieren disruptive Geschäftsmodelle und digitale Visionäre diskutieren über die digitale Zukunft von Wirtschaft und Gesellschaft bei den CeBIT Global Conferences. Eröffnet wird die CeBIT vom Premierminister des diesjährigen Partnerlandes Japan, Shinzo Abe, und Bundeskanzlerin Angela Merkel.

Präsentiert werden zahlreiche neuartige Einsatzfelder von künstlicher Intelligenz und Cognitive Computing. Zu sehen sein werden humanoide Roboter, die

mit künstlicher Intelligenz ausgestattet und in der Lage sind, mit Menschen zu interagieren sowie Drohnen, die in unterschiedlichen Einsatzfeldern auf der CeBIT präsentiert werden.

Internet der Dinge

Drohnen sind unter anderem auch ein mobiler Teil des Internets der Dinge. Experten sehen darin große Chancen neuer Geschäftsmodelle und Wertschöpfung. „Die Netze werden dank 5G immer schneller und machen damit das Internet der Dinge möglich. So werden völlig neue Einsatzfelder möglich wie etwa das autonome Fahren“, so Frese.

Für einen intensiven Wissensaustausch sorgt die IoT Expert Conference. Technologieführer aus dem CeBIT Partnerland Ja-

pan sind ebenso mit IoT-Lösungen vertreten wie die z. B. der E-Mobility-Pionier Tesla. Darüber hinaus greifen zahlreiche weitere prominente Aussteller den Megatrend auf, darunter Vodafone oder die Deutsche Telekom.

Letztere hat im vergangenen Jahr 150 IT-Entscheider aus der Fertigungs- und Transportbranche im deutschsprachigen Raum zum Potenzial von IoT-Lösungen befragt. Dabei gaben 73 Prozent an, dass sie in diesem Bereich zunächst in die Sicherheit investieren wollen, bevor Ausgaben für die Sensorik oder die Netzinfrastruktur anstehen. Dahinter steht die Sorge, dass eine engmaschige Vernetzung der Produktion deren Anfälligkeit für Cyberattacken erhöhen könnte. Auf der CeBIT werden daher auch die weltweit führenden Security-Spezialisten mit neuen Sicherheitslösungen für das Internet of Things präsent sein.

Vom Urlaubsantrag über die Rechnungslegung bis hin zur sicheren Archivierung von E-Mails und wichtigen, unternehmensre-

levanten Dokumenten: Dass sich Unternehmen und auch die Verwaltung der öffentlichen Hand schnell und ohne größeren Aufwand in das Data-driven Business überführen lassen, zeigen viele konkrete Beispiele. Vor allem kleine und mittelständische Unternehmen haben hier noch erheblichen Nachholbedarf. Auf ihrem Weg zum papierlosen Büro sind sie mehr denn je auf eine fachmännische Beratung angewiesen. Die CeBIT 2017 bündelt sämtliche Aspekte rund um das digitale Büro in Halle 3.

Digital Office Index

Dass sich Investitionen in diesem Bereich lohnen, bestätigen all jene Unternehmen, die den Weg zum digitalen Büro bereits beschritten haben. So berichten 74 Prozent dieser Unternehmen, dass sich die Einführung neuer Softwarelösungen in dem Bereich positiv auf die Performance ihrer internen Büro- und Verwaltungsprozesse ausgewirkt hat. Das hat die Bitkom-Studie „Digital Office Index“ ergeben. Auch die Kunden profitieren: Knapp zwei Drittel (63 Prozent) der Unternehmen geben an, dass sie die Zufriedenheit ihrer Kunden durch optimierte Prozessabläufe deutlich steigern konnten. Gut die Hälfte (51 Prozent) konnte außerdem die Datensicherheit erhöhen.

Wichtiger Anlaufpunkt

Mit der „Digital Office Area“ des Bitkom bietet die CeBIT in Halle 3 einen Anlaufpunkt für all jene, die sich über die Vorteile und Möglichkeiten des digitalen Büros informieren wollen. In der Digital Office Area präsentieren Hersteller, Anbieter und Berater ihr Lösungsportfolio aus allen Bereichen des digitalen Büros. Angefangen von den neuesten Tools für die mobile Zusammenarbeit (Collaboration) und Kom-

Risiko Reizüberflutung:

„Das letzte Drittel wird abgehängt“

Digitale Medien halten Einzug in deutsche Schulen, im Alltag der Schüler sind sie längst präsent. Über die Gefahren und Chancen digitalen Lernens äußerte sich im Interview Bildungswissenschaftler Prof. Dr. Klaus Hurrelmann.

Herr Prof. Dr. Hurrelmann, inwiefern prägen digitale Medien die heutige Generation der Jugendlichen?

Prof. Hurrelmann: Junge Menschen werden heute unvermeidlich mit diesen neuen Techniken groß und das prägt sie sehr. Eltern können verkrampft versuchen, die Begegnung mit digitalen Medien aufzuschieben und sie vielleicht dadurch noch interessanter machen. Die beste Strategie ist es aber auch für Väter und Mütter, sich damit zu beschäftigen. Schon Kinder eignen sich die neuen Medien und Techniken früh an. Auf einer intuitiven Ebene sind sie den eigenen Eltern im Laufe ihrer Kinder- und Jugendzeit schnell überlegen.

Verfügen Jugendliche denn automatisch über Medienkompetenz, wenn sie mit Smartphones und Computern aufwachsen?

Prof. Hurrelmann: Nein, nur über eine intuitive Nutzerfähigkeit. Das ist etwas anderes als Kompetenz. Aber diese Frage beschäftigt unsere Gesellschaft heute sehr: Ist diese frühe Nutzung für kleine Kinder vielleicht sogar riskant? Werden sie von Impulsen abgehalten, die für die Entwicklung ihrer Persönlichkeit, ihres Gehirns, ihrer Wahrnehmung, Kognition und Intelligenz wichtig sind, für ihre Gefühle und ihre Sprachfähigkeit?

Da gibt es äußerst kritische Positionen in der Hirnforschung, teilweise auch in der pädagogischen Forschung, die geradezu schwarzmalen. Ich halte das für einseitig, denn wie immer hat ei-

munikation über Lösungen zur Prozessautomatisierung, cloudbasierte Archivierung bis hin modernen Systemen zum Einlesen oder Drucken von Dokumenten.

Anhand konkreter Anwendungsbeispiele lassen sich Parallelen für das eigene Unternehmen ziehen. Wer tiefer in die Materie einsteigen möchte, kann sich auf der „Digital Office Stage“, dem ECM-Fachforum, ausführlich über die einzelnen Themenschwerpunkte informieren. Während der gesamten Messelaufzeit diskutieren hier Experten die Chancen und Herausforderungen, die mit der Umsetzung des digitalen Büros verbunden sind.

Mit einer nie dagewesenen Vielzahl spannender Events erweitert der Public Sector Parc in Halle 7 sein Angebot. Neben Fragen nach E-Government-Anwendungen, behördenübergreifender IT-Infrastruktur oder dem papierlosen Büro werden die Angebote der Leitmesse des öffentlichen Sektors durch vier Konferenzen ergänzt. Diese setzen sich mit intelligenten Konzepten und Technologien für die Städte von morgen auseinander.

Smart Urbanism

Die Konferenz „Beyond Smart Cities: Smart Urbanism“ beleuchtet die Herausforderungen und Chancen des Wandels zusammen mit Rednern aus dem Technologiesektor, der Forschung und der Stadtplanungspraxis. Durch eine globale Vernetzung von Städten sollen diese schneller lernen und gemeinsam effektive Strategien entwickeln. Technologien sollen in Zukunft in soziale Innovationen eingebaut werden. „Smart Urbanism“ bildet hier den Mittelpunkt. Das Bild der Smart City soll nicht mehr unreflektiert auf jede Stadt übertragen werden, sondern passende Konzepte und Technologien für sichere, saubere und effizientere Städte unter einer Berücksichti-

gung der verschiedenen Wechselbeziehungen zwischen Stadtleben und Natur entworfen werden.

Auf der Tagung „Smart Options“ werden Möglichkeiten für die Einbindung größerer Bevölkerungsschichten in die aktive Gestaltung des Klimawandels vorgestellt. Der Fokus liegt auf Lösungen für Mieter mit kleinem Budget. So werden Apps für die Einsparung von Heizenergie oder auch Ingenieurlösungen im Low-Cost-Bereich, die eine wirtschaftliche Basis zum Einstieg in die Energieoptimierung der Gebäudedebstände sein können, vorgestellt. Durch die präsentierten Angebote soll es ermöglicht werden, breitere Bevölkerungsschichten als bisher anzusprechen.

Die Konferenz „B2City“ beschäftigt sich mit den Potenzialen von Innovationen junger und mittelständischer Unternehmen für Kommunen. Sie ermöglicht einen Erfahrungsaustausch und internationale Kooperationen zwischen Anbietern und Kommunen.

Ebenfalls auf der CeBIT zu finden ist die neue Roadshow „Intelligente Stadt“ der Deutschen Energie-Agentur (dena). Die Konferenz im Convention Center will Technologieanbieter (Hersteller, Dienstleister), Anwender (Kommunen) und Multiplikatoren zusammenbringen. Städtischen Vertretern soll der Nutzen einer beschleunigten Modernisierung ihrer Infrastruktur vor Augen geführt werden, Hersteller sollen Chancen für eine strategische Positionierung erkennen.

Mobilitätsmanagement, öffentliches WLAN, digitale Hilfen für den Parksuchverkehr, Notrufsäulen, die Ladeinfrastruktur für Autos und E-Bikes – all das sind zentrale Smart-City-Anwendungen auf Basis der Beleuchtungsinfrastruktur. Auch für Car2X-Anwendungen, im Stadtmarketing und natürlich beim Energiesparen kann eine intelligente Straßenbeleuchtung aus dena-Sicht hilfreich sein. **DK**

Mehr persönlicher Freiraum durch effiziente Smartphone-Nutzung

Wer ein Smartphone oder ein anderes Mobilgerät hat, ist im Durchschnitt fast drei Stunden pro Tag online, über eine Stunde länger als Internetnutzer ohne mobilen Zugang. Egal ob zuhause, in öffentlichen Verkehrsmitteln, im Wartezimmer oder in der Pause am Arbeitsplatz: Die Deutschen lieben ihr Smartphone und das mobile Internet. Das belegt aktuell die gemeinsame Online-Studie von ARD und ZDF, nach der auch 2015 vor allem mobile Datenfunktionen und Apps zunehmend beliebt sind. So ist die Smartphone-Nutzung bei 14- bis 29-Jährigen von 75 Prozent 2014 auf 81 Prozent gestiegen. Bei der Gruppe der 30- bis 49-Jährigen sind es mittlerweile 63 Prozent und damit elf Prozent mehr als 2014.

Insgesamt haben laut der Studie „Zukunft der Consumer Electronics – 2015“ von Deloitte und bitkom zwei Drittel aller Deutschen ein Smartphone und damit zehn Prozent mehr als noch 2014. Neben den klassischen Funktionen wie Telefon und SMS sind die Online-Funktionen immer wichtiger. 93 Prozent der Smartphone-Nutzer gehen mit dem Gerät ins Netz. Am häufigsten werden Apps heruntergeladen und genutzt: Allein mit dem Instant-Messaging-Dienst WhatsApp wird täglich von 44 Prozent kommuniziert. Immerhin 70 Prozent sind in den sozialen Netzwerken unterwegs, während 68 Prozent das Smartphone als mobile Musikanlage verwenden. Fast ein Viertel lesen auf dem Gerät E-Books oder E-Papers.

Doch die reinen Nutzungszahlen sagen noch nichts über den Nutzen, den das Smartphone seinem Besitzer bringt. Am meisten profitiert derjenige von seinem mobilen Begleiter, der die gebotene Funktionsvielfalt für sich selbst optimal einsetzt und das Gerät für größtmögliche Effizienz konfiguriert. „Wer sich auf die persönlich wichtigsten Anwendungen konzentriert, ist gut vernetzt und bestens informiert, behält aber noch Freiräume“, weiß Stephan Heining, Marketingleiter des Kölner Telekommunikationsanbieters congstar. Diese können – so der Mobilfunkexperte – ganz bewusst für Entertainment und Erholung verwendet werden.

Mit Musik- und Video-Apps, Hörbüchern oder Begleitern für das persönliche Entspannungsprogramm bietet das Smartphone hier viele Möglichkeiten. „Und man kann die gewonnene Zeit natürlich auch dafür nutzen, einfach mal jemanden anzurufen“, so Stephan Heining. Apropos Entspannung: Auch die Konfiguration der Hinweistöne beim Eingang einer neuen Nachricht, durch die nur be-

stimmte Absender gemeldet werden, oder das Stummschalten von Benachrichtigungen aus dem Messenger helfen, die eigenen Tätigkeiten durch weniger Unterbrechungen effizienter zu machen.

Doch nicht nur die Smartphone-Nutzung selbst, sondern auch viele andere Bereiche des Lebens lassen sich mit Apps & Co. optimieren. Ausgestattet mit den richtigen Anwendungen kann das Smartphone viel Zeit und jede Menge Nerven sparen, aber auch kleine „Auszeiten“ zwischendurch schenken. So erlaubt beispielsweise eine gut gepflegte Einkaufszettel-App, bei der alle Haushaltsmitglieder auf ein gemeinsames Benutzerkonto zugreifen, das zielgerichtete und koordinierte Ansteuern der richtigen Supermarktregele. Sie verhindert zugleich, dass etwas Wichtiges vergessen wird. Und wer früher wieder zu Hause ist, kann die gewonnene Zeit gemeinsam mit Freunden, Partner oder Familie verbringen.

Doppelter Nutzen

Klassiker sind bereits die zeitsparende Organisation von gemeinsamen Sportaktivitäten oder Feiern über Kalender-Apps und Messenger-Gruppen. Und gleich doppelt lohnt sich die Nutzung des Smartphones für Literaturfreunde. Mit Hörbüchern auf dem Smartphone können schwere Bücher zu Hause bleiben, Wartezeiten oder Fahrten in Bus und Bahn werden dennoch bestens überbrückt. Dank Streamingdiensten mit Downloadfunktion können sich Reisende und Pendler sogar in der Bahn von ihren Lieblingsserien unterhalten lassen, anstatt auf die Fernsehstrahlung zu später Stunde angewiesen zu sein.

Der Mobilfunkanbieter congstar weiß, mit welchen einfachen Tricks die effiziente und entspannte Smartphone-Nutzung gelingt und wertvolle Zeit gewonnen wird. Experte Stephan

Heining gibt hierzu sieben „smarte“ Tipps:

1. Nur die Funktionen installieren, die auch wirklich regelmäßig benötigt werden. So lässt sich das Smartphone konzentrierter und zielgerichteter verwenden. Nicht genutzte Apps regelmäßig vom Gerät entfernen, dann arbeitet es zudem durch optimierte Speicherlastung oft schneller.

2. Mehrere gleichartige Apps für Nachrichten, Messenger oder Navigation bringen meist nur wenig Mehrwert. Besser ist die Konzentration auf die für den eigenen Bedarf bestgeeignete Anwendung. Weniger ist mehr und vermeidet unnötigen Konfigurationsaufwand und überflüssige Benachrichtigungen.

3. Wer Organisations-Apps nutzt und dabei ggf. auch Terminerträge und Aufgaben mit Familie, Partner oder Kollegen teilt, behält den Überblick und schafft sich Freiräume – auch für spontane Aktionen und Verabredungen.

4. Spiele-Apps können fesseln und verlangen nach immer neuen Anläufen, um den Highscore zu knacken oder das nächste Level zu schaffen. Wer sich dennoch ein Zeitlimit setzt, verkrampft nicht und behält länger Freude an guten Games.

5. Die neuesten Nachrichten in den sozialen Netzwerken gerne regelmäßig, aber nicht zu oft überprüfen. Wer viele Kontakte hat, bekommt viele Benachrichtigungen. Mit der entsprechenden App-Einstellung landen nur die wichtigen auf dem Startbildschirm – und ein Benachrichtigungston kann oft auch eher stören und sollte eher ausgeschaltet bleiben.

6. Hörbücher oder Musik-Apps bieten nicht nur Entertainment, sondern können ganz bewusst zur Entspannung zwischendurch eingesetzt werden. Erholungspausen für Augen und Nacken beugen zugleich Übermüdung und Verspannungen vor.

7. Display und Prozessorleistung des Smartphones sollten auf die persönlichen Anforderungen abgestimmt werden. Wer gerne Videos schaut, wählt eher ein großes und kontraststarkes Display. Spielefans benötigen einen leistungsfähigen Prozessor. Außerdem empfiehlt sich die Buchung von ausreichend Datenvolumen und Surfgeschwindigkeit für die Nutzung von mobilen Anwendungen. **□**

Müsste die Vermittlung von Medienkompetenz in der Lehreraus- und -fortbildung eine größere Rolle spielen?

Prof. Hurrelmann: Ganz entschieden. Es ist nicht in Ordnung, dass es heute in Deutschland – bei einer solchen technischen Revolution, die das Lernen maßgeblich verändert – nur in der Verantwortung des einzelnen Lehrers liegt, ob er sich damit auseinandersetzt. Etwa ein Drittel der Lehrkräfte in Deutschland sind den neuen technischen Herausforderungen für Lernprozesse wirklich gewachsen. Sie haben die Kompetenz, damit souverän umzugehen, sodass für die Kinder Vorteile entstehen. Ein weiteres Drittel dürfte sich einigermaßen zurechtfinden. Das letzte Drittel wird abgehängt und lehnt möglicherweise das digitale Lernen sogar ab und hält es für schädlich.

So lange wir keine Leitlinien für die Arbeit von Pädagogen haben, die einheitlich auf bisherigen wissenschaftlichen Erkenntnissen aufbauen, werden wir nicht weiterkommen. Wir brauchen eine verpflichtende Fortbildung für Lehrkräfte, gerne auch schul- und jahrgangsspezifisch.

Was passiert, wenn Lehrkräfte die technische Entwicklung im Unterricht tatsächlich ausklammern?

Prof. Hurrelmann: Das können wir ja schon besichtigen. Die Schule verliert an Autorität, weil Schüler merken, dass in den Schulbüchern veraltetes Wissen steht. Sie können elektronisch auf neuere Informationen zugreifen. Das wird aber in der Schule oft nicht geduldet. **□**

Kommunales Flüchtlings- und Integrationsmanagement:

KGSt veröffentlicht Denkanstöße

Die aktuelle Flüchtlingssituation ist eine der größten Herausforderungen, der sich die kommunalen Praktiker in Städten, Gemeinden und Landkreisen stellen müssen. Unterstützt werden sie durch die Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) mittels praxisnaher Hilfestellungen zum kommunalen Flüchtlingsmanagement.

Vor kurzem hat die KGSt eine Serie „Denkanstöße zum kommunalen Flüchtlingsmanagement“ herausgegeben, die dazu dienen soll, weitere Wege zur Bewältigung der schwierigen Flüchtlingssituation aufzuzeigen. Ein „Online-Katalog“ beinhaltet eine Vielzahl bewährter Praxisbeispiele aus allen Bundesländern, darunter ein knappes Dutzend aus Bayern.

Für mehr Bürgernähe sozialer Angebote sorgt beispielsweise die Landeshauptstadt München mit der Organisation REGSAM. Zudem koordiniert sie professionelles sowie ehrenamtliches Engagement. Dadurch wird eine bessere Nutzung der Ressourcen erreicht und es entstehen passgenaue Angebote in den Sozialräumen. Die Stadt München finanziert die Initiative.

Das Angebot des EU-geförderten Projekts „Rückkehrhilfe Coming Home“ der Landeshauptstadt umfasst wiederum Beratung

und Information, Hilfe bei der Rückkehrvorbereitung, finanzielle Hilfe, Qualifizierungsmaßnahmen, Existenzgründungsförderung und bei Bedarf eine Weiterbetreuung nach der Ausreise.

Rotationsverfahren im Landkreis Würzburg

Ihre Liegenschaften stellen die 52 Gemeinden des Landkreises Würzburg im Rotationsverfahren als Notunterkunft zur Verfügung. Sie helfen sich dabei, indem freie Sporthallen auch anderen zur Verfügung gestellt werden, deren Vereine aufgrund von Flüchtlingsunterbringung keine Trainingsmöglichkeiten mehr haben.

Den Landkreis Lindau begleitet die KGSt dabei, einen entsprechend neu aufgestellten Fachbereich agil auszurichten, um in der komplexen, kaum planbaren und sich ständig wandelnden Situation möglichst

effektiv agieren zu können.

Weiteres Beispiel: In Zusammenarbeit mit der Stadt Augsburg und dem Verein Tür an Tür e.V. hat der Lehrstuhl für Wirtschaftsinformatik der TU München die Informationsplattform Integreat entwickelt. Sie bietet eine einfache, mehrsprachige und offline nutzbare App für Flüchtlinge, die Informationen zu Asylprozess, medizinischer Versorgung oder Sprachkursen beinhaltet. Dahinter steht ein flexibles Content-Management-System, das mit wenig Aufwand in verschiedenen Kommunen eingesetzt werden kann und unkompliziert zu pflegen ist.

Stichwort Gesundheitliche Versorgung: Da langfristig gesehen die Strapazen der Flucht sowie die Entfremdung vom eigenen Land bei vielen Geflüchteten insbesondere zu psychischen Problemen führt, hat die Stadt Nürnberg Flyer in mehreren Sprachen herausgegeben.

Eine zentrale Anlaufstelle für Konfliktlösungen im öffentlichen Raum ist das Allparteiliche Konfliktmanagement München (AKIM). Insbesondere für die soziale Integration ist eine Ver-

mittlung zwischen den Parteien in einem Sozialraum oft erfolgsentscheidend. AKIM bietet eine erste Konfliktanalyse mit einem allparteilichen Ansatz vor Ort und ist mit rein kommunikativen Mitteln präsent.

Unabhängig von der aktuellen Situation setzt man in der Landeshauptstadt bereits seit 2013 auf eine Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund bei Planungsvorhaben. Ziel ist es, in einem prozessorientierten und ergebnisoffenen Verfahren Qualitätsmerkmale für Quartiere zu entwickeln, in denen Menschen unterschiedlicher Kulturen zusammenleben.

2012 wurde unter dem Motto „Kein Kind und Jugendlicher darf verloren gehen“ in Passau in Kooperation mit der Universität und dem Wirtschaftsforum das Projekt „PASSgenAU - Zukunftschancen durch Bildung“ ins Leben gerufen. Es richtet sich an Kinder und Jugendliche und soll durch gezielte Maßnahmen dazu beitragen, dass Ausbildungsabbrüche vermieden und mehr erfolgreiche Schulabschlüsse sowie berufliche Anschlüsse erreicht werden.

Sprachpaten an kommunalen Schulen

Extra ausgebildete Lehramtsstudierende der Universität arbeiten als Sprachpaten an den kommunalen Schulen und geben individuelle Deutschkurse und dienen während des Unterrichts als Lernpaten. Alle an Bildung interessierten Personen, Institutionen und Unternehmen schließen sich zu einem Netzwerk zusammen, um so die Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungsangebote so aufeinander abzustimmen, dass sie als stabiles und verlässliches Gesamtsystem Synergieeffekte bewirken und die bestmögliche Förderung von Kindern gewährleisten.

Durch die Ankunfts- und Rückführungseinrichtung Bamberg (ARE) der Regierung von Oberfranken sollen schließlich Flüchtlinge mit geringer Bleibeperspektive schneller zurückgeführt werden können. Beschleunigt wird das rechtsstaatliche Verwaltungsverfahren durch die Bündelung aller notwendigen Verwaltungseinrichtungen sowie des Verwaltungsgerichts vor Ort. **DK**

Einkäufer und Produzenten zusammenführen

BMEL fördert Netzwerkarbeit für eine nachhaltige und biobasierte öffentliche Beschaffung

Die Universität Würzburg entwickelt in den kommenden drei Jahren eine interaktive Kommunikationsplattform, um den Austausch zwischen öffentlichen Auftraggebern und Anbietern biobasierter Produkte zu verbessern. Im ersten Schritt analysiert sie dazu die beschaffungs- und vertriebsseitigen Abläufe und Probleme in diesem Bereich mittels empirischer Studien. Die Ergebnisse fließen in die Erstellung einer Online-Kommunikationsplattform ein, auf der auch „Best Practice“- und „Lessons Learned“-Beispiele veröffentlicht werden.

Soziale Netzwerke erfreuen sich mittlerweile auch am Arbeitsplatz und im fachlichen Informationsaustausch zwischen Kollegen großer Beliebtheit. Sind sie doch ein Mittel, ad hoc mit mehreren Kollegen an verschiedenen Orten in Kontakt zu treten und Informationen einzuholen oder sich schnell ein Bild über einen komplexen Sachverhalt zu verschaffen.

Komplexe Sachverhalte

Ein solch komplexer Sachverhalt ist das Thema „nachhaltige Beschaffung“, innerhalb derer biobasierte Produkte einen Teilbereich abbilden. Das Wissen um zu berücksichtigende Nachhaltigkeitskriterien innerhalb einer Vergabe und die Formulierung im Ausschreibungsverfahren stellen viele Bedarfsträger und Einkaufsverantwortliche vor große Herausforderungen. Hinzu kommen eingefahrene Lieferwege sowie etablierte Produkte und Bieterfirmen, die immer wieder angefragt werden. Aber auch neuen, innovativen Bieterfirmen fällt die Kontaktaufnahme zu öffentlichen Auftraggebern oft nicht leicht, weil ihnen der Zugang zu aufwändig erscheinenden Kapazitäten nicht ausreichen. Unterstützung benötigen demzufolge beide Seiten.

Detaillierte Analyse

An dieser Problemstellung setzt das Praxisvorhaben des Betriebswirtschaftlichen Instituts der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Julius-Maximilians-Universität in Würzburg an. Auf

Initiative von Prof. Dr. Ronald Bogaschewsky sollen über empirische Studien Auftraggeber und Bieterseite eingehend analysiert werden. Dabei sollen die Erkenntnisse und Erfahrungen aus dem Projekt „Nachwachsende Rohstoffe im Einkauf“ sowie der Zentralen Vergabestelle des BMEL in die Wirkungsanalysen einbezogen werden. Auf Basis der gewonnenen Erkenntnisse wird eine interaktive Kommunikationsplattform für öffentliche Auftraggeber und potenzielle Anbieter biobasierter Produkte entwickelt und wissenschaftlich begleitet. Dabei sollen auch Beispiele für „Beste Praxis“ identifiziert und veröffentlicht werden.

Sonderstellung

Biobasierte Produkte nehmen aufgrund ihrer Umwelteigenschaften und oft kleinteiligen Herstellerstruktur eine Sonderstellung innerhalb der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung ein. Ihre Wirtschaftlichkeit ist nicht ohne weiteres nur über den Preis kommunizierbar. Aus diesem Grunde bietet der Informationsaustausch über eine interaktive Kommunikationsplattform eine gute Ergänzung zu den herkömmlichen Wegen der Informationsvermittlung.

Das Vorhaben wird vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) über den Projektträger Fachagentur Nachhaltigkeitsforschung e. V. (FNR) gefördert.

Weitere Infos stehen auf fnr.de unter dem Förderkennzeichen 22027215 zur Verfügung. **□**

Cartapping:

Autos werden seit 15 Jahren digital verwandt

Um den Standort eines Autos zu überwachen, muss längst keine GPS-Wanze mehr angebracht werden. In den USA wird das offenbar schon lange mithilfe der intelligenten Navigations- und Bordsysteme praktiziert.

Autos mit intelligenten Navigations- und Bordsystemen werden offenbar seit rund 15 Jahren digital verwandt, wie Forbes berichtet. Bei vielen Verbrauchern lösen Systeme wie eCall ohnehin Datenschutz- und Privatsphärebedenken aus. Auch andere Sensoren können genutzt werden, um detaillierte Profile von Autofahrern zu erstellen. Bei eCall soll den Bedenken mit Verwertungsverboten entgegen getreten werden - doch in den USA gibt es bereits viele Beispiele dafür, wie Autokomponenten zur Überwachung genutzt wurden.

So soll der US-Autokonzern General Motors (GM) in den Jahren 2007 und 2009 Daten über Autobesitzer weitergegeben haben, die über das Onstar-System erhoben wurden. Die Onstar-Systeme ermöglichen zahlreiche Funktionen von der Wartung bis hin zur Navigation und Internetanbindung des Autos und sind auch in Modellen der GM-Tochter Opel verbaut.

Im Jahr 2009 wurde so ein Drogendealer überführt, das System arbeitete offenbar so genau, dass das Auto auf dem Interstate-Highway 20 inmitten anderer Autos

eindeutig identifiziert werden konnte. Die Polizei verfolgte die Fahrtroute des Verdächtigen von Houston, Texas bis nach Ouchita Parish in Louisiana.

Auch Audio-Überwachung möglich

Der Zugriff auf die Systeme ermöglicht aber nicht nur die Feststellung des Standortes, sondern auch das Mithören von Gesprächen. Der Hersteller ATX Technologies wurde bereits im Jahr 2001 aufgefordert, einen Mercedes-Benz-Besitzer dauerhaft zu überwachen.

Das Unternehmen führte die entsprechende Überwachung für 30 Tage durch, einer Verlängerung widersprach es mit dem Argument, der von der Polizei verlangte Aufwand sei deutlich zu hoch. Demnach sind nicht nur Autohersteller selbst von solchen Anfragen betroffen, sondern auch Zulieferfirmen.

Ein weiterer Fall soll sich im Jahr 2007 zugetragen haben. Ein Besitzer eines GM Chevrolet Tahoe wurde überwacht, nachdem ein Notfall-Knopf gedrückt worden war, der mit dem Onstar-System

verbunden ist. Nach Angaben des Besitzers war dieser sich nicht bewusst, einen entsprechenden Schalter betätigt zu haben. Ein Mitarbeiter von GM hörte dann, wie die Insassen des Autos einen Drogendeal besprachen und zog die Polizei hinzu. Diese stoppte das Auto und fand Marihuana.

GM sagte dazu: „Wir führen weder eine Überwachung noch anderes Tracking von mit Onstar ausgerüsteten Autos durch, es sei denn es gibt einen gültigen Gerichtsbeschluss oder es besteht Gefahr im Verzug“ („exigent circumstances“).

Nach Angaben von Forbes hatte die New Yorker Polizei im Jahr 2014 den Betreiber von Funk- und Telematiksystemen Siriusxm aufgefordert, Standortdaten zu einem bestimmten Auto zu übermitteln. Die Anordnung galt für die Dauer von zehn Tagen, das Unternehmen entsprach dem Gesuch.

Ziel war in dem Fall ein Toyota 4-Runner, der Besitzer soll in illegales Glücksspiel verwickelt gewesen sein. Siriusxm sagte Forbes, man sei der Aufforderung nachgekommen, indem die Diebstahlschutz-Funktion des Autos aus der Ferne angeschaltet wurde. Diese Funktion ist mit den bei Smartphones vorhandenen Funktionen vergleichbar und überträgt den GPS-Standort.

Die Besitzer der überwachten Autos gingen zum Teil gerichtlich gegen die Verwertung der Beweise vor. In den meisten Fällen sahen die Gerichte aber eine genügende Rechtsgrundlage („probable cause“, nach US-Recht). Nach Vorliegen eines Gerichtsbeschlusses gebe es keine rechtliche Garantie der Privatsphäre mehr („no expectation of privacy“).

Alle hier präsentierten Fälle basieren auf der Kooperation von Autoherstellern mit den Behörden. In Zukunft ist es aber auch denkbar, dass Angriffe gegen die IT der Autos gefahren werden, um Systeme zu infiltrieren. Dass das möglich ist, haben mehrere erfolgreiche Hacks gezeigt.

Quelle: Conrad Tech-Ticker



46. Bayerische Behörden-Skimeisterschaft in Schliersee/Spitzing:

Landratsamt Fürstenfeldbruck punktet auch im Schnee

Bei den 46. Bayer. Behörden-Skimeisterschaften der Verwaltung auf der Firstalm in Spitzing erzielten die Mitarbeiter des Landratsamtes Fürstenfeldbruck unter Teamchef Charly Stecher wieder tolle Erfolge. In der Riesenslalom-Einzelwertung trumpten Charly Stecher mit dem 2. Platz und Heidi Harnisch mit dem 3. Platz auf. Auch Christa Thiel (Platz 4) und Margret Scholl (Platz 5) erzielten ein ausgezeichnetes Ergebnis. Weitere Platzierungen: Patrick Lindenmüller (4. Platz), Franz Schlegel (13. Platz), Rudi Jais (19. Platz) und Bruno Fischer (20. Platz). In der Riesenslalom-Mannschaftswertung (von vier Startern werden die drei besten Zeiten als Gesamtzeit gewertet) erreichte die Damen-Mannschaft in der Besetzung Heidi Harnisch, Margret Scholl und Christa Thiel den 7. Platz.

Die 1. Herren-Mannschaft mit Charly Stecher, Thomas Epp, Christian Priller und Patrick Lindenmüller belegte den beachtlichen 11. Platz und die 2. Mannschaft mit Franz Schlegel, Bruno Fischer und Rudi Jais konnten sich in der starken Bergkonkurrenz mit Platz 24 behaupten.

Unser Bild zeigt von links: Rudi Jais, Franz Schlegel, Margret Scholl, Patrick Lindenmüller, Charly Stecher, Christian Priller, Heidi Harnisch, Thomas Epp, Christa Thiel und Bruno Fischer.

Bild: Landratsamt Fürstenfeldbruck

Bernhard Seidenath und Klaus Holetschek:

„Dr. Google“ nicht das Feld überlassen!

„Wir dürfen ‚Dr. Google‘ nicht das Feld überlassen“, mahnt Bernhard Seidenath, Vorsitzender des Arbeitskreises Gesundheit und Pflege der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag. Mit großer Mehrheit hat der Gesundheitsausschuss einem Antrag der Landtags-CSU zugestimmt, der den gezielten Umgang von Ärzten mit sogenannten selbstinformierten Patienten fördern soll.

Klaus Holetschek, stellvertretender Vorsitzender des Arbeitskreises Gesundheit und Pflege, hat den Antrag initiiert: „Wenn sich Patienten vor einem Arzttermin im Internet falsch informieren, dringen die Mediziner mit ihren richtigen Diagnosen oft nur noch schwer zum Patienten durch. Mit unserem Antrag wollen wir darauf hinwirken, dass in der Aus- und Fort- und Weiterbildung von Ärzten durch einen speziellen Leitfaden ein verstärktes Augenmerk auf den Umgang mit selbstinformierten Patienten gelegt wird.“ **□**

Landshuter Umweltmesse 2017:

E-Mobilität und Pilgern

Auch in diesem Jahr dreht sich im Messepark Landshut vom 24. bis 26. März wieder alles rund um das Thema „Umwelt“. Unter der Schirmherrschaft des neuen Oberbürgermeisters der Stadt Landshut, Alexander Putz und von Bundesumweltministerin Barbara Hendricks wird der Messeorganisator, die LA-umwelt gemeinnützige GmbH unter der Geschäftsführung von Andrea Lapper und Rudolf Schnur, rund 250 Aussteller begrüßen, die die Besucher über die Bereiche „Bauen & Wohnen“, „Natur & Technik“, „Gesundheit & Ernährung“ sowie „Energie & Mobilität“ informieren. Die Eröffnungsrede hält der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Umwelt, Florian Pronold.

Bei freiem Eintritt zeigt die ökologische Informations-, Kontakt-, Präsentations- und Wissensplattform für die gesamte Region bereits zum 12. Mal, was Industrie, Handwerk, Forschung, Handel und Dienstleistung an umwelt-, klima- und gesundheitsfreundlichen Leistungen bieten. Dieses Angebot hat der ganzheitlichen Betrachtungsweise von der Herkunft der Rohstoffe über deren Verarbeitung bis hin zur Entsorgung standzuhalten. Verschiedene Fachvorträge und Workshops zu aktuellen Themen ergänzen das Ausstellungsspektrum der Landshuter Umweltmesse.

Schwerpunktthema der diesjährigen Umweltmesse ist die Elektromobilität. In einer „E-Mobile Sternfahrt“ werden sich aus

dem Länderdreieck Österreich-Bayern-Tschechien Elektromobilitäten einfinden. Die Stadtwerke Landshut sorgen für das kostenlose Nachtanken der E-Autos. Die drei E-Mobilisten mit den weitesten Anfahrtswegen oder den ausgefallensten Modellen werden mit Preisen ausgezeichnet.

„Pilgern und Wandern“ als „Messe in der Messe“

Erstmals präsentieren die Veranstalter den Themenbereich „Pilgern und Wandern“, sozusagen als „Messe in der Messe“. Aktuelle Produkte und Dienstleistungen, Vorträge und Schnuppertouren sollen dem interessierten Publikum möglichst vielgestaltige Informationen bieten.

Landshut sei mit dieser Idee durchaus Vorreiter, betont Rudolf Schnur. In Bayern sei ihm kein derartiges Ausstellungskonzept bekannt. Bundesweit gebe es eine Pilgermesse wohl nur in Hamburg. Nun setzen die Ausstellungsmacher Schnur und Lapper darauf, dass das Thema 2017 in Landshut eine „Eigendynamik“ entfaltet, von der alle profitieren – die Aussteller wie die Besucher.

Gesunde Ernährung

Neben diversen Vorträgen über Pilger- und Wandertouren sind insbesondere Anbieter von bequemer Outdoorbekleidung, ergonomischen Schuhen, gesunder Ernährung sowie Wanderreiseveranstalter, Wanderbuchverlage und Gesundheitsartikelanbieter eingeladen, sich an der Messe zu beteiligen. Unter dem Motto „Pilgern to go“ werden Schnuppertouren auf der Messe veranstaltet. Außerdem präsentieren sich auf der Umweltmesse namhafte Wander- und Pilgervereine aus Europa.

Neben Ausstellung, Vorträgen und Vorführungen beinhaltet das vielfältige Rahmenprogramm Kunst- und Kulturbeiträge. Der Holzbildhauer Franz Weickmann zeigt seine zum Teil exotischen Tiere aus Holz. Ein breites Angebot an ökologischen Schmankeleis aus der Region und eine unentgeltliche umweltpädagogische Kinderbetreuung runden das Programm ab.

Weitere Informationen unter: www.la-umwelt.de DK

Donau-Ries:

Jobs in der Region suchen und finden

Im Regionalportal gibt es jetzt ein Jobportal mit attraktiven Stellenangeboten

In den vergangenen Jahren sind im Landkreis Donau-Ries tausende neuer Arbeitsplätze entstanden. Doch nicht immer finden Betriebe und Unternehmen auch die passenden Mitarbeiter. Ein neues Jobportal auf dem Regionalportal will nun helfen, Arbeitsangebote in der Region zu suchen und zu finden. Damit soll die Fachkräftesicherung in der Region unterstützt werden. Als weitere Neuheit stellt das Konversionsmanagement die kostenlose Unternehmensdatenbank vor. Dort können sich Firmen aus dem Landkreis präsentieren und Bürger im Gegenzug Unternehmen und Handwerksbetriebe suchen. Das Regionalportal bietet zudem umfangreiche Informationen über die Region unter www.donauries.bayern.

Um Fachkräfte und Neubürger für die Region zu gewinnen, sind vor allem attraktive Jobangebote notwendig. Die stabile Wirtschaftslage und der ausgewogene Branchenmix aus starken mittelständischen und international erfolgreichen Unternehmen im Landkreis Donau-Ries sorgen dafür, dass die Wirtschaft boomt und neue Stellen geschaffen werden. Potentielle Arbeitnehmer können nun im neuen Jobportal nach geeigneten Arbeitsstellen suchen. Dort werden nicht nur Voll- und Teilzeistellen angeboten, sondern auch Stellen für eine geringfügige Beschäftigung, für Ferienjobs, Praktika und duale Studienangebote. Die Unternehmen können zusätzlich zu den Jobangeboten ihre positiven betrieblichen Leistungen darstellen. Die zukünftigen Arbeitnehmer sehen also schon bei der Suche, ob das Unternehmen beispielsweise Arbeiten von Zuhause oder Kinderbetreuung anbietet.

Ebenfalls ist es möglich, über das Jobportal Veranstaltungen zu organisieren. So wird beispielsweise die „Projektwoche Schule-Wirtschaft“ des Wirtschaftsforderverbandes über das neue Jobportal organisiert. Die Schülerinnen und Schüler, die sich vor Ort in den teilnehmenden Unternehmen über deren Berufsangebote informieren wollen, können sich über das Programm anmelden und erhalten sofort eine Anmeldebekräftigung per Mail.

Als weiteres Angebot für Unternehmen, Fachkräfte und Bürger steht ab sofort eine Unterneh-

mensdatenbank zur Verfügung. Dort können sich die Unternehmen des Landkreises Donau-Ries präsentieren. Dieser Service steht allen regionalen Betrieben kostenlos zur Verfügung. Fachkräfte und Bürger können im Gegenzug Unternehmen suchen, sei es für eine Dienstleistung, eine handwerkliche Leistung oder zu Informationszwecken.

Mehrwert für Marke

Landrat Stefan Rößle sieht in den beiden neuen Produkten des Regionalportals einen Mehrwert für die Zielgruppen der Marke DONAURIES: „Die Bürger, Fachkräfte und Unternehmen sind mit diesem zusätzlichen Programm nun intensiver vernetzt und erhalten Informationen aus erster Hand. Diesen Mehrwert können wir vor allem in Hinblick auf den Fachkräftemangel gut gebrauchen.“

Unter www.donauries.bayern finden sich interessante Informationen rund um Leben und Arbeiten in der Region. Es werden Bildungsangebote vorgestellt, über Bus und Bahn oder die Angebote der Energie-Beratung informiert. Die Themenfelder Familie, Soziales, Wirtschaft und Gesundheit geben jeweils einen Überblick. Auch das Ferienland Donau-Ries und der Geopark Ries werden vorgestellt. Zudem hat jede Kommune der Region einen eigenen Auftritt. Aktuelle Meldungen der Region, des Regional- und Konversionsmanagements sowie der Marke DONAURIES werden

veröffentlicht. Ein umfassender Veranstaltungskalender steht den Nutzern ebenfalls zur Verfügung.

Daten und Fakten

Interessante Daten und Fakten über die Region wie beispielsweise die Lebenswertstudie des Magazins Focus, in welcher der Landkreis in Sachen Lebensqualität auf Platz drei deutschlandweit war, werden zugänglich gemacht. Eine Immobilienbörse sowie innerörtliche Immobilienangebote stehen für zukünftige Haus- und Wohnungseigentümer bereit. Die Informationen können direkt auf der Startseite, speziell auf die Zielgruppen Bürger, Fachkräfte und Unternehmen abgestimmt, aufgerufen werden. Konversionsmanagerin Barbara Wunder betont: „Die Homepage ist für alle Arten von Endgeräten geeignet. Das heißt, dass sich die Seite in ihrer Darstellung automatisch an Smartphones und Tablets anpasst.“ □

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Jakob Döring

Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Jörg Kunstmann (KPV)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertrieb:

Constanze von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 51 vom 01.01.2017

Anzeigenschlusstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:

Theresa von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MwSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MwSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MwSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Theresa von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 9307-22

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Kreis- und Stadtparkasse Dillingen

IBAN: DE38 7225 1520 0010 0215 66

BIC: BYLADEM1DLG

VR Bank Kaufbeuren-Ostallgäu eG

IBAN: DE96 7346 0046 0000 1443 20

BIC: GENODEF1KFB

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH; Geschäftsführerinnen:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Theresa von Hassel

Druck und Auslieferung:

DZO Druckzentrum Oberfranken

GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Landkreis Bayreuth:

Vorbild in der Betreuung junger unbegleiteter Ausländer

Es ist keine Asylbewerberunterkunft wie jede andere, die der oberfränkische Bezirkstagspräsident Dr. Günther Denzler jüngst besuchte. Zusammen mit dem Bayreuther Landrat Hermann Hübner und Bürgermeister Martin Dannhäuser informierte sich Dr. Denzler in einer speziell für über 18jährige unbegleitete Ausländer eingerichtete Wohngruppe in Creußen (Landkreis Bayreuth).

Die Wohngruppe mit derzeit 16 jungen Männern aus Afghanistan, Äthiopien, Somalia, Guinea und Syrien wird ambulant von einer Pädagogin des Jean-Paul-Vereins versorgt. Dadurch ist gewährleistet, dass die jungen Erwachsenen nach ihrer Zeit in der stationären Jugendhilfe im Alltag betreut werden und passgenaue Hilfen erhalten. Eine solche flexible und passgenaue Lösung hatte Denzler in Interviews immer wieder gefordert. „Die Mehrzahl der Jugendlichen, die bei uns ankommen, ist nicht traumatisiert. Die wenigsten brauchen eine umfassende Therapie. Im Vordergrund stehen eher praktische Hilfen und Lösungen für den Alltag“, so der oberfränkische Bezirkstagspräsident.

Stationäre Einrichtungen

Denn immer noch würden auch über 18jährige unbegleitete Ausländer viel zu oft einfach in den teuren stationären Einrichtungen der Jugendhilfe verbleiben. Oder aber, sie werden ab dem 18. Geburtstag, der oftmals nur beliebig gewählt wird, in eine normale Gemeinschaftsunterkunft zurückgeführt. Das führe ebenfalls am Ziel vorbei. „Die Jugendlichen sind dann oft von heute auf morgen auf sich alleine gestellt. Hier sollten bereits erreichte Erfolge nicht aufs Spiel gesetzt werden“, erläutert Dr. Günther Denzler bei seinem Besuch in Creußen.

Angetan zeigte er sich von einer Lösung, die im Landkreis Bayreuth bereits Schule macht. Die unbegleiteten Ausländer werden nach ihrem stationären Aufenthalt ab dem 18. Lebensjahr in der Wohngemeinschaft

untergebracht und betreut. Mit Christina Will steht den 16 jungen Männern am Nachmittag eine ausgebildete Pädagogin mit Rat und Tat zur Seite. Etwa wenn es um die Beantwortung offizieller Post oder die Beantwortung von Leistungen geht.

Hilfe bei Problemen

Aber Christina Will hilft den jungen Flüchtlingen auch, wenn es private Probleme gibt, bei den Hausaufgaben Fragen auftauchen oder die Freizeitgestaltung besprochen wird. „Die Jungs haben Vertrauen zu mir. Und das ist in unserer Arbeit von enormer Bedeutung“, sagt die junge Pädagogin. Die jungen Erwachsenen gehen in Bayreuth und Pegnitz in speziell in den Berufsschulen eingerichtete Flüchtlingsklassen. Kamran Delsoz aus Afghanistan hat bereits den Sprung in die neunte Klasse der Mittelschule geschafft, wie er stolz erzählt. Ali Reza Moradi, der ebenfalls aus Afghanistan stammt, hat wegen seiner künstlerischen Begabung ein Stipendium des Kunstmuseums der Stadt Bayreuth erhalten und bereitet derzeit seine erste Ausstellung vor.

Nach ihrer Schullaufbahn möchten sie Erzieher, Friseur oder Schreiner werden. Ihren Lebensunterhalt müssen sie alleine bestreiten, dafür bekommen sie die regulären Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz durch die Stadtverwaltung in Creußen ausbezahlt. Von dem Geld kaufen die jungen Erwachsenen ihr Essen ein, kochen dann oft zusammen in der Unterkunft. „Am Anfang hatten wir die Befürchtung, dass das Geld schnell aufgebraucht

sein würde. Aber die Jungs haben das im Griff und haushalten gut mit ihren Mitteln“, erklärt Georg Schmelzer vom zuständigen Jugendamt, das zusammen mit der Regierung von Oberfranken die Zuweisungen für die Einrichtung regelt. Der Freistaat Bayern hat das zweistöckige Mehrfamilienhaus langfristig angemietet.

„Die Einrichtung hat sich bewährt. Sie ist kein Sparmodell, wir bieten passgenaue Hilfen jenseits der klassischen Jugendhilfe an“, erklärt Landrat Hermann Hübner und dankt der Stadt Creußen für das gute Miteinander.

Sollte ein Jugendlicher doch traumatisiert oder eine spezielle Betreuung erforderlich sein, könnten schnell weitergehende Schritte angewiesen werden. Lösungen, die Bezirkstagspräsident Dr. Günther Denzler nachhaltig unterstützt. „Eine umfassende Ausbildung und die Eingliederung in den Arbeitsmarkt sind wichtige Voraussetzungen für eine gelungene Integration. Die Jugendlichen brauchen eine Tagesstruktur und eine Perspektive, um nicht von der Bahn abzukommen. Dies alles ist in diesem Modell vorbildlich umgesetzt“, ist Bezirkstagspräsident Dr. Günther Denzler überzeugt. Und spricht damit Regina Skierlo, Bereichsleitung Ambulante Dienste beim Jean-Paul-Verein, aus der Seele.

„Die Zukunft der Jugendlichen ist das Wichtigste in unserer Arbeit. Die Idee dieses Hauses beruht darauf, dass die Jugendlichen eine strukturierende Beschäftigung haben. Ohne eine Tagesstruktur würde ihnen sicher bald die Decke auf den Kopf fallen und mit einer Fachkraft wäre es dann nicht mehr getan“, bangt Dipl.-Pädagogin Skierlo, dass ihre jungen afghanischen Schützlinge nach Beendigung der ersten Flüchtlingsklasse bald nicht mehr zur Schule gehen dürfen und auf ihre Abschiebung warten müssen. □

Bildung und Integration:

Straubing setzt auf mehr Vernetzung

Unterstützung durch die Transferagentur Bayern besiegelt

Um den Bildungsbedarf Neuzugewandter besser gerecht zu werden und ihnen eine Integration durch Bildung zu erleichtern, will die Stadt Straubing künftig alle dafür relevanten Akteure mit ihren Angeboten stärker vernetzen. Dazu soll auch das bestehende Bildungsportal zu einer zentralen Informationsplattform sowohl für Anbieter als auch für Nutzer ausgebaut werden.

Finanzielle Unterstützung erhält die Stadt Straubing dabei vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), das der Kommunalverwaltung im Rahmen des Förderprogramms „Kommunale Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte“ eine Vollzeitpersonalstelle für zwei Jahre finanziert, welche die nötigen Koordinierungsaufgaben übernimmt.

Begleitet und beraten wird die Stadt Straubing bei ihren Vorhaben von der Transferagentur Bayern für Kommunales Bildungsmanagement. Diese Zusammenarbeit wurde in einer Kooperationsvereinbarung festgehalten, die jüngst in Straubing unterzeichnet wurde.

„Der Stadt Straubing ist bei der Umsetzung ihrer bildungsbezogenen Ziele der regelmäßige Austausch mit anderen Kommunen sehr wichtig. Ein Schwerpunkt in der Begleitung durch uns wird daher sein, Kontakte zu Kommunen mit einer ähnlichen Ausgangslage herzustellen und den interkommun-

alen Austausch zu ermöglichen“, erläutert Dr. Tobias Schmidt, Koordinator der Transferagentur Bayern die Unterstützungsleistungen. Er ergänzt: „Außerdem bieten wir regelmäßig kostenlose Veranstaltungen an, in denen wir Bildungskoordinatorinnen und -koordinatoren für ihre Aufgaben qualifizieren und beraten.“

Dr. Rosa Strohmeier, Leiterin des Referats Ordnung, Soziales und Integration der Stadt Straubing, fügt hinzu: „Bildung ist für uns ein wichtiger Standortfaktor und Voraussetzung für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Für Neuzugewanderte haben wir in Straubing bereits ein vielfältiges Angebot. Durch den Aufbau eines verbesserten Netzwerks der Bildungsakteure sollen die bestehenden Angebote optimiert und aufeinander abgestimmt werden. Denn je besser wir die Integration von Neuzugewanderten durch Bildung heute meistern, umso harmonischer wird das Zusammenleben von morgen sein.“ □

900 Jahre Schwabach:

Glänzende Höhepunkte

Goldschlägerstadt, Fachwerk, goldene Rathaustürme – das sind wahrscheinlich die Attribute, die den meisten zu Schwabach einfallen. Zum diesjährigen 900-jährigen Stadtjubiläum soll den Menschen in der Region und natürlich auch in Schwabach ein anderes Gesicht der Stadt präsentiert werden. Der Bogen der Veranstaltungen spannt sich dabei von Kultur und Sport über Umwelt und Soziales bis hin zu Wirtschaft und natürlich Historischem. Eine Fülle von Ereignissen und Ideen, für Groß und Klein – traditionell und innovativ – begleitet das Jubiläum.

„Wir sind der Meinung, das Stadtjubiläum bietet einen wunderbaren Anlass, sich mit unserer Stadt auseinanderzusetzen, einen Anlass, wieder einmal genauer hinzusehen, Menschen zu Wort kommen zu lassen und Wissen aufzufrischen. Jubiläumsveranstaltungen sind daher nicht nur Leuchttürme, nicht nur nostalgische Rückblicke, sondern auch Ausblicke in die Zukunft. Jeder Programmpunkt hat seine Besonderheit. Etliche der Veranstaltungen feiern dabei ein eigenes Jubiläum im großen Festjahr“, erläutert Oberbürgermeister Matthias Thürauf.

Geschichte feiern und an die Zukunft denken

Mit einem Feuerwerk und einer Projektion zur Stadtgeschichte feierte Schwabach im Museumspark bereits ins Jubiläumsjahr hinein. Zum Auftakt des Stadtjubiläums zeigte das Stadtmuseum Schwabach die älteste erhaltene Abschrift der Zwiefaltener Klosterchronik. Diese Handschrift ist ein grundlegender Baustein der Stadtgeschichte: In ihr wird 1117 zum ersten Mal Schwabach namentlich erwähnt. In einer einzigartigen Präsentation erzählt das Stadtmuseum die Geschichte der Mönche, die damals Schwabach durchwanderten und zur Übernachtung in der Ansiedlung gezwungen waren. Die Meisterschule für Vergoldung München setzt das historische Schriftstück dazu beeindruckend mit einem „goldenen Schein“ in Szene. Gezeigt werden blattvergoldete Meisterwerke der letzten Jahre, wie z. B. die Neuvergoldung eines gotischen Altars.

Jahresbilanz Tourismusverband Franken:

Städte als Quotenbringer

Eine positive Tourismusbilanz 2016 präsentierte der Vorsitzende des Tourismusverbandes Franken, Bayerns Innenminister Joachim Herrmann, beim Jahrespressegespräch in Nürnberg. Im Vergleich zum Vorjahr stiegen die Übernachtungen um 3,3 Prozent auf insgesamt 21,5 Millionen (ohne Gebiet „Liebliches Taubertal“, ohne Mitglieder in Hessen und Thüringen). Diese positive Entwicklung spiegelt sich in den Bilanzen fast aller Reisegebiete und insbesondere der Städte wider, die sich laut Herrmann wiederum als Quotenbringer erwiesen haben.

Beispielhaft führte der Vorsitzende die Stadt Nürnberg an, die 2016 mit einem Zuwachs von 6,8 Prozent rund 3,2 Millionen Übernachtungen verzeichnete. Auch im Segment des Ausländerreiseverkehrs wurde ein Plus von 1,9 Prozent bei dem Übernachtungsergebnis verbucht.

Kommunikationsstrategie

Diese hervorragende Position gründet Herrmann zufolge auf der stimmigen Kommunikationsstrategie des Tourismusverbandes Franken. Sie konzentriert sich auf Qualität, Kernkompetenzen, starke Jahresthemen und die Marke „Franken“. Hervorzuheben sei insbesondere die „verzahnte Kommunikation“ mit den gebietlichen, örtlichen und betrieblichen Partnern. Als bestes Beispiel hierfür nannte Herrmann die Werbekampagne „Franken – Wein.Schöner.Land“, die vor kurzem zehnjähriges Jubiläum feierte.

Mit dieser erfolgreichen Ausrichtung ist der Tourismusverband Franken gut in die neue

Ein 900-jähriges Jubiläum bietet nicht nur Gelegenheit zu feiern, sondern ist auch Anlass, an die Zukunft zu denken. Das will Schwabach tun und greift für die Wälder und gegen den Klimawandel gemeinsam zum Spaten: Alle, die Lust haben mitzumachen, pflanzen im März 900 Bäume als Beitrag zum Erhalt eines wichtigen Lebensraumes.

Fränkischer Sommer

Alle zwei Jahre bringt die renommierte Musikreihe „Fränkischer Sommer“ von Mai bis August international bedeutende Konzerte nach Mittelfranken. Mit dem Festival ziehen nicht nur herausragende Musiker in Städte, malerische Dörfer, historische Kirchen oder wunderschöne Schlösser ein, sondern auch die angenehm entspannte Atmosphäre kulturgeladener Sommernächte. Zur Feier des Jubiläumjahres eröffnet das sommerliche Konzertspektakel 2017 in Schwabach. Der Schirmherr des „Fränkischen Sommers“, Innenminister Joachim Herrmann, lädt nach dem Konzert geladene Gäste zum Empfang in den Apothekergarten.

Vielfältiges Sportissimo

Einzigartig, weil vielfältig ist das Sportfestival „Sportissimo“, bei dem es darum geht, alle erdenklichen Sport- und Spielarten gemeinsam auszuprobieren. Es ist ein inklusives Festival – das heißt, Menschen mit und ohne Behinderung sporteln gemeinsam, lernen voneinander und können Neues ausprobieren. Jede und jeder, der spontan vorbeikommt, kann mitmachen bei Workshops, Schnupperkursen oder Wettkämpfen –

zum Beispiel beim Frisbee- oder Indica-Turnier. Ob Groß oder Klein, für jeden ist etwas dabei, um aus der Puste zu kommen.

Statt eines offiziellen Festakts findet im Juli ein großes Stadtparkfest mit Tanz, Illumination und einem „Bürgermahl“ statt. Bereits zum 40. Mal geht das Schwabacher Bürgerfest über die Bühne. Für all die zahlreichen Jubiläumsstände treten beim 1. großen Schwabacher Schülerchor- und musikfestival verschiedene Chöre und Musikgruppen auf den beiden Bühnen des Königsplatzes auf. Schwabacher Schülerinnen und Schüler singen und musizieren unter dem Motto „happy with music“!

Zudem entführt ein Zeitreisencamp Kinder in die Schwabacher Geschichte. Das Historienspiel „Die Stadt am Weech“ nimmt alle Besucherinnen und Besucher auf einen Streifzug durch die Altstadt mit.

Reformationsstadt

Viele Schwabacher wissen nur ansatzweise, welche Branchen, welche Weltmarktführer oder auch „Hidden Champions“ in der Region angesiedelt sind. Was spielt sich heute hinter den Werkstücken der Unternehmen an spannenden Produktionsprozessen ab und wo warten attraktive Job- und Ausbildungsplätze? Im Rahmen der 900-Jahrfeier geben Schwabacher Unternehmen Einblicke in ihre Firmen. Mit dabei sind mittelständische Familienbetriebe ebenso wie internationale Konzerne, Industriebetriebe, Dienstleister, Einzelhändler, Handwerksbetriebe und viele mehr.

Nicht nur, aber vor allem wegen der „Schwabacher Artikel“, die 1529 im Gasthaus zum Goldenen Stern am Schwabacher Königsplatz beraten wurden und in die Confessio Augustana einfließen, bekam die Stadt Schwabach den Titel Reformationstadt verliehen. Daher finden sich im Jubiläumsjahr auch besonders viele Veranstaltungen zur Reformation. **DK**

chen Lebensgrundlagen auf dem Land ebenso wie die Städte als Keimzellen für wirtschaftlichen Aufschwung und neue Ideen.

Als weitere Höhepunkte für das Jahr 2017 nannte Herrmann das 900-jährige Jubiläum der Stadt Schwabach, den 400. Todestag des Fürstbischofs Julius Echter in Würzburg und den 25. Geburtstag des Main-Donau-Kanals. Im Juni 2017 eröffnet außerdem die Ausstellung „Herrschaftszeiten“ auf der Cadolzburg, die sich mit der „Hohenzollern-Dynastie“ beschäftigt. Auch hier erwartet der Minister positive Akzente für den fränkischen Tourismus.

Zeitreise ins Mittelalter

Auf rund 1500 m² Ausstellungsfläche bietet eine der mächtigsten Burganlagen Bayerns eine Zeitreise ins Mittelalter. Auf vier Etagen des Alten Schlosses und in der gesamten Kernburg können die Besucher anhand von originalen Objekten, aufwändigen Reproduktionen, Inszenierungen und Medienstationen verschiedene Facetten des Lebens auf einer Herrschaftsburg kennenlernen.

Die Ausstellung wagt den Brückenschlag zwischen Mittelalter und Moderne und zeigt, wo uns das angeblich so ferne Mittelalter doch ganz nah ist – und umgekehrt. Die Besucher werden an vielen Stellen aktiv in das

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...



„Es ist manchmal eine schmale Linie, die Sinn von Wahnsinn scheidet. Ich kann mich des Gefühls nicht erwehren, als würde die Rechtsprechung derzeit darauf balancieren.“ Mein Chef, der Bürgermeister, ist nicht selbst betroffen, keine Angst. Er wird auch nicht mit Scham vor dem Mund Richterscheitel via Twitter betreiben, wie dies in anderen Weltgegenden der Brauch zu werden droht. Aber sein Gefühl für Maß, Mitte und Verhältnismäßigkeit war doch arg strapaziert worden von zwei Gerichtsentscheidungen, die kürzlich durch die Medien gingen.

Die eine kann theoretisch Auswirkungen auf viele kommunale Bauvorhaben haben, weil das Bundesverwaltungsgericht in einem Verfahren betreffend die Vertiefung der Elbe als Zulauf zum Hamburger Hafen umweltrechtliche Vorgaben erneut für den Stopp eines wichtigen Infra-

Wo bleibt der gesunde Menschenverstand?

strukturprojekts herangezogen hat. Festgemacht wird dies am mangelnden Schutz einer Pflanze namens Schierlings-Wasserfenichel, die angeblich so selten ist, dass die Schaffung von hunderten Arbeitsplätzen, bedeutende Investitionen und die Wettbewerbsfähigkeit der Exportnation Deutschland hinter deren Blüten zurücktreten müssen. Ich bin keine Botanikerin, gut, aber das Unkraut ist so unscheinbar, dass ich es garantiert ausrufen würde, suchte es sich meinen Garten als Habitat aus. Meine Meinung: Ausgraben, umtopfen, fertig.

Das Ganze erinnert stark an die Verzögerungen beim Bau einer Eisenbahnstrecke durch einen Vogel namens Großtrappe, der irgendwo in der Prarie ansässig ist. Oder an die 10.000 daumengroßen Eidechsen, die zum stolzen Preis von 8.300 Euro pro Stück umgesiedelt werden müssen, damit die Bahn das Projekt Stuttgart 21 durchziehen kann. Vom Juchtenkäfer ganz zu schweigen, dessen Schicksal auch im Zusammenhang mit Stuttgart 21 die Gemüter monatelang bewegte und dessentwegen notwendige Baumfällungen in Frage standen.

Aber den absoluten Vogel schießen unsere österreichischen Nachbarn ab. Da hat deren

Bundesverwaltungsgericht entschieden, dass eine dritte Start- und Landebahn am Flughafen Schwechat nicht gebaut werden darf, weil – jetzt kommt's – dadurch der CO₂-Ausstoß der Alpenrepublik steigen und wertvolles Ackerland versiegelt würde, das künftigen Generationen zur Nahrungsmittelproduktion dienen könnte.

Mit dieser originellen Begründung kann sich Österreich jetzt gleich schockfrosten, denn außer Reparaturarbeiten an Radwegen und Klettersteigen ist ja kein Ausbau der Infrastruktur mehr möglich. Wohnungen, Schulen, Kitas, neue Gerichtsgebäude – alles erhöht den CO₂-Ausstoß und es geht ein Fleckerl Erde verloren, auf dem man in späteren Zeiten Steckrüben ziehen könnte.

Für mich ist die Analyse eindeutig: Wir sind zu wohlhabend und zu bräsig, um noch den Zusammenhang zwischen Arbeit und Wohlstand zu realisieren und viel zu sehr mit der Schaffung von Problemen statt mit deren Lösung beschäftigt. Es ist ja gut und richtig, dass man bei Bauvorhaben, Infrastrukturprojekten und sonstigen Eingriffen in die Natur die Belange des Umweltschutzes, die Interessen von Tieren und Pflanzen abwägt. Aber bitte abwägen, nicht verabsolutieren, so dass auch mal die Interessen des Gemeinwohls, von Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätzen entscheidend sein können.

Natürlich sollten wir auch nicht mit Amerika in einen Wettbewerb eintreten, wer die Klimaziele schneller über Bord wirft. Aber die mögliche Zunahme von CO₂-Ausstoßen zur Begründung anzuführen, einer ganzen Volkswirtschaft den Kraken umzudrehen, ist doch weit übers Ziel hinausgeschossen.

Mein Chef, der Bürgermeister, hört nachdenklich zu. Im Ergebnis ist es eine Abwägung zwischen zwei Konzepten der Zukunft – zwischen Entwicklung und Erstarrung. Hier die richtige Balance zu finden braucht es etwas, das der Philosoph Samuel Coleridge so beschreibt: „Gesunder Menschenverstand in ungewöhnlichem Maße ist das, was die Welt Weisheit nennt“.

ihre
Sabrina

Ausstellungsgeschehen mit einbezogen: sei es nun durch Spiele, Medienanwendungen, Fühlstationen oder durch das ausführliche pädagogische Begleitprogramm.

Die Ergebnisse vieler Projekte mit regionalen Gruppen im Vorlauf der Museumseinrichtung wurden dauerhaft in die Ausstellung integriert.

Für die Saison 2017 zeigte sich

Herrmann insgesamt optimistisch und verwies auf die aktuelle Studie der Forschungsgemeinschaft Urlaub und Reisen e.V., die unter anderem eine Steigerung der Reiselust der Deutschen prognostiziert. Diesen Ausblick untermauerte er mit der hohen Nachfrage bei Messen und dem deutlichen Plus bei den Anfragen in der Geschäftsstelle des Tourismusverbandes Franken. **DK**

Dritter Nationalpark nur mit den Regionen

Ministerin wirbt im Spessart für offenen Dialog vor Ort

Ein dritter Nationalpark in Bayern soll im Dialog mit den Regionen entstehen. Für diesen Dialog warb die Bayerische Umweltministerin Ulrike Scharf bei einer Informationsveranstaltung im Spessart.

Scharf betonte: „Ich freue mich, dass wir den Dialog im Spessart fortsetzen werden. Wir haben der Region dazu ein umfassendes Informations- und Veranstaltungspaket angeboten. Wir werden jetzt eine umfassende Studie zu offenen Fragen und Details in Auftrag geben. Der Spessart ist eine hochattraktive Region. Der dritte Nationalpark ist ein Angebot, das wir den Regionen machen. Das Ja zum Nationalpark muss am Ende des Dialogs aus der Region heraus kommen. Unsere Nationalparke Bayerischer Wald und Berchtesgaden sind in den vergangenen Jahrzehnten zu kraftvollen Motoren der regionalen Entwicklung geworden. Und sie sind Leuchttürme der Biodiversität. Wir haben dort im Jahr rund 3 Millionen Besucher und eine Wertschöpfung von fast 70 Millionen Euro. Diese Erfolgsgeschichte wollen wir fortschreiben.“

An der Informationsveranstal-

tion in Aschaffenburg haben neben den Landräten Dr. Ulrich Reuter (Landkreis Aschaffenburg), Jens-Marco Scherf (Landkreis Miltenberg) und Thomas Schiebel (Landkreis Main-Spessart) auch viele Bürgermeister aus dem Spessart und regionale Mandatsträger teilgenommen. Dabei wurde über die Chancen eines Nationalparks und die Auswirkungen auf die Region diskutiert.

Im Mittelpunkt der Diskussion standen Aspekte wie Forstrecht, Holzversorgung, Zukunft der Eiche und Wasserversorgung. Außerdem wurde vom Ministerium ein Kartentwurf präsentiert, der für die weiteren Gespräche als Orientierungsgrundlage dient. Der Flächenumfang des im weiteren Dialog abänderbaren Vorschlags beträgt rund 10.900 Hektar, um Spielraum für eine Feinabgrenzung zu haben. Für einen Nationalpark sind entsprechend der gesetzlichen Vorgaben 10.000 Hek-

tar Fläche erforderlich. Dieser erste Vorschlag basiert auf natur-schutzfachlichen Überlegungen.

Dialog ist essenziell

Ministerin Scharf hob bei der Veranstaltung die Bedeutung der Region für die weiteren Schritte hervor. „Wir setzen auf Dialog. Gemeinsam mit den Regionen soll ein maßgeschneiderter Nationalpark entwickelt werden. Basis der weiteren Schritte ist eine neutrale und sachliche Information für die Bevölkerung“, so Scharf. Um möglichst breit über aktuelle Fragen im Spessart zu informieren, wird das Umweltministerium die Nationalpark-Homepage um eine eigene Rubrik „Spessart“ erweitert. Dort werden relevante Informationen und Fragen rund um den Spessart dargestellt.

Außerdem wurde den Bürgermeistern und regional Verantwortlichen im Spessart angeboten, sich bei einer gemeinsamen Bereisung über den Nationalpark Bayerischer Wald zu informieren. In den kommenden Wochen soll es außerdem im Spessart eine weitere Informationsveranstaltung mit Umweltministerin Scharf für die Verbände geben. Daneben hat das Umweltministerium angeboten, noch im Frühjahr mit Informationsveranstaltungen auf kommunaler Ebene im Spessart zu beginnen.

Neben dem Dialog mit dem Spessart finden in Bayern weitere Gespräche mit naturschutzfachlich geeigneten und interessierten Regionen statt. Weitere Gespräche hat Umweltministerin Scharf bereits mit regional Verantwortlichen aus der Rhön sowie den Regionen Neuburg-Schrobenhausen und Kelheim geführt. **□**

Leuchtturmprojekt der Familienbildung

In Oberhaching eröffnete der erste Familienstützpunkt im Landkreis München

Vor mehr als zwei Jahren hat der Landkreis München begonnen, die familienfreundliche Infrastruktur in seinen Kommunen nachhaltig zu fördern. Zentraler Baustein dabei: die Einrichtung und Begleitung wohnortnaher Anlauf- und Kontaktstellen für Familien. Jüngst wurde nun der erste Familienstützpunkt des Landkreises in Oberhaching eröffnet; kurz darauf folgte mit dem Kindererziehernetz Schäftlarn e. V. bereits die zweite Einrichtung von insgesamt sieben geplanten Stützpunkten.

Viele interessierte Gäste waren in das Familienzentrum der katholischen Kirche St. Bartholomäus in Deisenhofen gekommen, um der feierlichen Eröffnung des ersten Familienstützpunktes im Landkreis beizuwohnen – unter ihnen auch zahlreiche Kreisräte und Bürgermeister. Künftig sollen hier Familien und alle mit der Erziehung von Kindern betrauten Personen unabhängig von Religion, Weltanschauung und persönlicher Lebenssituation kompetente Ansprechpartner finden, Hilfe und Beratung in Anspruch nehmen können und auf Gleichgesinnte treffen.

Ein tragbares Netzwerk für Familien

Familienstützpunkte sollen in erster Linie dabei unterstützen, sich im Dschungel der Angebote und Möglichkeiten der Famili-

enbildung zu orientieren und passgenaue, individuelle Angebote zu identifizieren. Tipps und Tricks zur Erleichterung des Alltags mit Kind, Angebote zur Stärkung der Familienbindung, aber auch Beratung in Krisen und Begleitung – all das will das Team des Familienzentrums um die Leiterin des Kinderhauses St. Bartholomäus, Christiane Sperber, und Stützpunktleiterin Cornelia Gollwitzer künftig unter einem Dach vereinen.

Segnung

Viel Lob und Anerkennung für das Engagement von Landkreis und Familienzentrum gab es von Weihbischof Graf Rupert von Stolberg, der auch die Segnung des neuen Familienstützpunktes übernahm, Bürgermeister Stefan Schelle und Dr. Silvia Rückert von der Erzdiözese München

Freising. Insbesondere der Kern der Familienstützpunkte, Familie als Einheit zu betrachten und auch über traditionelle Muster hinaus weiterzudenken, fand den Beifall der Gäste. Schließlich seien es doch immer wieder die gleichen Themen, die Familien bewegen und beschäftigen würden. Mit dem Austausch in den Familienstützpunkten haben die Familien die Möglichkeit, an Begegnungen und Gesprächen mit anderen Eltern und Erziehungsberechtigten zu wachsen. Auf diese Weise würden sie sehen, dass sie mit ihren Sorgen und Problemen nicht alleine sind, so der allgemeine Tenor.

Großes Interesse

Landrat Christoph Göbel freute sich über das große Interesse am neuen Familienangebot in Oberhaching und dankte den Beteiligten und den Organisatoren für die gelungene Umsetzung des neuen Konzeptes. „Die Stützpunkte sind ein Bekenntnis zur Familie. Sie sollen helfen, Familie zu leben und Partnerschaften zu festigen. Kinder sind unsere Zukunft, aber sie brauchen nicht nur Hilfe und Anleitung und die passende Infrastruktur. Ein stabiles und liebevolles Umfeld sind mindestens ebenso wichtig. Darum müssen wir daran arbeiten, die Familie als Keimzelle zu fördern“, so der Landrat.

Wichtiges Signal

Die Eröffnung des ersten Familienstützpunktes im Landkreis sei ein wichtiges Signal für die Familienförderung im Landkreis und



Eröffneten gemeinsam den ersten Familienstützpunkt im Landkreis München. Von links: Caroline Gollwitzer, Leiterin des Familienzentrums, Landrat Christoph Göbel, Weihbischof Rupert Graf von Stolberg, Christiane Sperber, Leiterin des Kinderhauses St. Bartholomäus, Pfarrer Rüdiger Karmann, Silvia Rückert von der Erzdiözese München Freising und Oberhachings Bürgermeister Stefan Schelle.

ein guter Ansatzpunkt, die Gesellschaft für dieses zentrale Zukunftsthema zu sensibilisieren. Schließlich könne man so dazu beitragen, Sozialkompetenz zu fördern – und „letztendlich ist auch unsere Gesellschaft eine große Familie“, die zusammengehalten werden müsse, so der Landrat abschließend.

„Familienfreundlicher Landkreis“ am Ende des Prozesses

Nachdem der Landkreis 2014 die Teilnahme am Förderprogramm „Strukturelle Weiterentwicklung kommunaler Familienbildung“ beschlossen hatte, wurde die Koordinierungsstelle „Familienbildung und Familienstützpunkte“ des Landratsamtes ins Leben gerufen, die sich um den Aufbau von Arbeits- und Kooperationsstrukturen kümmert. Ziel

der Koordinierungsstelle ist die Erarbeitung eines Familienbildungskonzepts für den gesamten Landkreis sowie die Etablierung und Begleitung sogenannter Familienstützpunkte in den Landkreisstädten und -gemeinden. Sie sollen über passgenaue Unterstützungsangebote informieren und Kontakte vermitteln. Darüber hinaus werden in den Familienstützpunkten auch eigene Angebote der Familienbildung durchgeführt oder in Kooperation mit anderen Einrichtungen organisiert.

Zweiter Familienstützpunkt eröffnet in Schäftlarn

Zusammen mit der Gemeinde Schäftlarn und dem KinderNetz Schäftlarn e.V. machte der Landkreis München gleich den nächsten Schritt, um ein flächendeckendes Netz an Anlaufstellen für Familien zu schaffen. Unter

der Leitung von Lutz Hübner eröffnete kurz darauf der zweite Familienstützpunkt im Landkreis München. Die Anlaufstelle in der Käthe-Kruse-Str.1 richtet sich hauptsächlich an Familien aus den Gemeinden Straßlach-Dingharting, Schäftlarn, Baierbrunn, Pullach und Grünwald.

„Die Familienbildungslandschaft wird so ausgedehnt und strukturell bereichert“, betonte Sozialpädagogin Lutz Hübner. Die Arbeit im Familienzentrum erfährt durch die Koordinierungsstelle für kommunale Familienbildung besondere Wertschätzung. Die Einrichtung hat Angebote für alle Generationen im Programm, von der Babygruppe bis zum Familiencafé mit Kinderbetreuung, von Kursen zur Elternbildung bis zur Demenzbegleitung. Außerdem bekommen Familien Beratung und Informationen über Hilfsleistungen.

Vorschau auf GZ 5

In unserer Ausgabe Nr. 5, die am 9. März 2017 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Kommunale Energiethemen
- Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV
- Kommunalfahrzeuge · Städtereinigung
- Dienstfahrzeuge
- Kommunale Museen
- Handwerkliche Dienstleistungen
- Ausstattung kommunaler Gebäude

LIEFERANTEN - GZ NACHWEIS

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
 Thüringer Fahnenfabrik GmbH
 Postfach 1654
 96406 Coburg
 Tel.: 09561-5527-0
 Fax: 09561-5527-23

Ankauf / Briefmarken

Briefmarken-Ankauf
 auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten
 Briefmarkenauktionshaus Schulz
 Frauentorgraben 73 · 90443 Nürnberg
 Telefon: 0911 / 2 40 68 70

Energiedienstleistung



Fahnenmaste + Fahnen

HELA-MAST
 P. HENKEL
 Fahnenmaste, Fahnen, Lichtmaste, Leuchten, Flutlichtanlagen, Fahrradständer, Abfallsammler
 HELA-MAST GmbH · Postfach 10 11 55 · 57202 Kreuztal
 Telefon: 02732/7687-0 · Telefax: 02732/7687-10
 E-Mail: info@hela-mast.de · Internet: www.hela-mast.de

FAHNEN KOCH COBURG
 Thüringer Fahnenfabrik GmbH
 Postfach 1654
 96406 Coburg
 Tel.: 09561-5527-0
 Fax: 09561-5527-23

Inserieren bringt Erfolg!
 www.gemeindezeitung.de

Gebäudedienstleistungen

Ihr zuverlässiger Partner für die Gebäudereinigung
 seit 1910

Prior & Peußner Gebäudedienstleistungen
 Für Sie vor Ort:
 86356 Neusäß · 90427 Nürnberg
 www.pp-service.com

Gewerbebau

Laumer Bautechnik GmbH
 Bahnhofstr. 8
 84323 Massing
 Tel.: 08724/88-0 Fax: 88-500
 Kindergärten · Turnhallen · Mehrzweckhallen
 Maschinenhallen · Wertstoffhöfe · Technikräume
 Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung
 www.laumer.de · info@laumer.de

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:
 www.twitter.com/gz_aktuell
 www.facebook.com/GZaktuell

Kommunalfahrzeuge

Für jeden der richtige Unimog.
 Bei Ihren Profis in der Region.
 Henne Nutzfahrzeuge GmbH
 85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de
 Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
 93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de
 Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
 89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com
 Carl Beuthauser Kommunal- und Agrartechnik GmbH & Co. KG
 95326 Kulmbach, www.beuthauser.de
 Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
 97076 Würzburg-Lengfeld, www.kurt-herold.de
 KLMV GmbH
 95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Multifunktionale Wärmerückgewinnung

Energieeinsparung für Ihre Luft- und Klimaanlage

Mit Einsatz multifunktionaler Wärme- / Kälterückgewinnungssysteme

- Hohe Reduzierung der sonst erforderlichen Heiz-, Kälte- und Rückkühlleistungen
- Maximale Einsparung an Wärme, Kälte und Strom auf Jahrzehnte
- Die Rückgewinnungstechnik ist absolut keim- u. schadstoffübertragungsfrei - auch im Störfall ohne Rauch- und Brandübertragung → **optimale Zuluftqualität**

Insgesamt: **hocheffizient + hochrentabel**

Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl): Amper Kliniken Dachau, Bay. Nationalmuseum München, Dräxlmaier Technologiezentrum Vilsbiburg, Fachhochschule Aschaffenburg, Klinikum München-Großhadern u.v.a.
Vorbildprojekte bundesweit (Auswahl): Bundeskanzleramt Berlin, Tonhalle Düsseldorf, Fraport Frankfurt u.a.

SEW® GmbH
 47906 Kempen
 Tel.: 02152/91560



Schacht-Ausrüstungen

Schachtabdeckungen, Schachtleitern Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme



Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
 Postfach 1262 · D-35702 Haiger · Fax: (02773)821218
 Telefon: (02773)821256 · www.hailo-professional.de

Wissen was für bayerische Kommunen wichtig ist:

Ihr ABO der
 BAYERISCHE
GemeindeZeitung
 www.gemeindezeitung.de

FAHNEN KÖSSINGER

www.fahnen-koessinger.de
 Telefon: 09451 / 9313-0

- Fahnen
- Maste
- Roll-Ups
- Bekleidung
- und vieles mehr